

Die Neue Gesell- schaft 6

1978
25. Jahrgang

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Telefon (0 22 21) 88 31
Postcheckkonto Köln 560 70-600
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,
Bonn, Nr. 10 11 35 08
Druck: Vorwärts Druck, Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug
durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch
den Verlag.

Einzelheft 4,- DM, Jahresabonnent 42,- DM
zuzüglich Versandkosten.

Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen
Vorlage einer Studienbescheinigung 30,- DM
zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim
Verlag.

Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 8

Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Willy Brandt
Prof. Dr. Raimut Jochimsen
Prof. Dr. Peter Langefeld
Friedel Schirmer
Prof. Dr. Carlo Schmid
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm
Heinz O. Vetter

Redaktion:
Herbert Wehner (Chefredakteur)
Dr. Heinz Dieter Bauer
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 91, 37 80 92

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich
Dr. Werner Thönnessen
Dr. Hans-Jochen Vogel

Zwei Schwerpunkte kennzeichnen das vorliegende Heft: Zum einen wird versucht, sich etwas näher mit dem Begriff „Staat und Bürokratie“ auseinanderzusetzen, und zum anderen nimmt das Thema „Abrüstung – Entspannung“ einen breiten Raum ein, wobei die Konferenz der Sozialistischen Internationale in Helsinki und die Sondergeneralversammlung der UN in New York die äußeren Anlässe bilden. Beide Konferenzen könnten (aber müssen nicht) kleine Schritte zu dem sein, was zwar immer wieder beschworen wird, von dem wir aber leider noch immer allzu weit entfernt sind: eine friedlichere Welt. Die Schwierigkeiten auf dem Weg zu einem friedlicheren Nebeneinander der Völker und Staaten werden von Seidelmann und Bruns eingehend geschildert – wobei sich nicht ganz überraschend als Fazit herausstellt, daß die Haupthindernisse für eine von allen angeblickt gewünschte Abrüstung weniger technischer, sondern vielmehr irrational-emotionaler Natur sind, wobei allerdings auch sehr handfeste materielle Interessen sich der entsprechenden Emotionen und Ängste zu bedienen wissen.

Die Dokumentation der Rede Willy Brandts und von Auszügen aus der Rede des sowjetischen Gastes Ponomarew vor der SI-Konferenz in Helsinki ist sicher – gemessen an der Bedeutung des Ereignisses – zu knapp ausgefallen, und der aus Platzgründen notwendige Verzicht auf die Dokumentation anderer, politisch ebenfalls bedeutsamer Beiträge ist der Redaktion schmerzlich empfunden und kann nur durch die Tatsache entschuldigt werden, daß im Artikel Reimund Seidelmanns ausführlich besonders auch der Beitrag des US-amerikanischen Gastes Leonard zitiert wird. Für Auszüge aus der Rede Ponomarews sprach die Überlegung, daß bei den Lesern der NG der

„westliche“ Standpunkt in der Abrüstungsdiskussion bekannter sein dürfte als der sowjetische – wobei bei den Auszügen darauf verzichtet wurde, die sowjetischen Beschuldigungen („Schuld an unseren eigenen Rüstungsanstrengungen sind nur die anderen“) wiederzugeben, weil sie zumindest in der „natürlichen“ Umkehrung („Schuld ist die Sowjetunion“) bereits bekannt sein dürften.

Das Schwerpunktthema „Bürokratie“ ist leider nicht so umfangreich ausgefallen, wie es sich die Redaktion gewünscht hätte, und dies offensichtlich nicht deshalb, weil kein Interesse am Thema bestand, sondern weil es für Sozialdemokraten besonders schwer zu sein scheint, das in mehrerer Hinsicht ambivalente Thema in den Griff zu bekommen. Denn einerseits erfordern notwendige gesellschaftliche Reformen offensichtlich häufig auch mehr Staat und damit mehr Bürokratie, schon um notwendige Schutzfunktionen für den einzelnen Bürger wahrzunehmen; andererseits aber bedeutet eine wachsende Bürokratie auch eine größere Entfremdung des Staatsbürgers vom Staat und damit weniger Demokratie.

Die CDU tut sich da leichter: Sie veranstaltet zwar durchaus ernst zu nehmende wissenschaftliche Kongresse zum Thema Bürokratie, aber ohne Rücksicht auf eventuelle Ergebnisse steht das (Wahlkampf-)Urteil mit dem Kongressmotto für die öffentliche Beschäftigung mit dem Thema durch die Konservativen schon fest: „Gesellschaft in Fesseln“.

Ganz besonders hingewiesen sei noch auf die kontroverse Darstellung der verfassungsrechtlich-innenpolitischen Situation in der Bundesrepublik durch Gerhard Gründler und Gerhard Jahn, deren Diskussionsgegenstand sicher noch einige Zeit auch die Diskussion innerhalb der SPD bestimmen dürfte.

Seite	Autor	Titel
		Thema Bürokratie
420	Johannes Rau	Brauchen wir ein Umdenken in der Politik?
425	Peter Conradl	Es geht um die Herrschaft. Die Doppelrolle der Bürokratie
432	Dietrich Sperling	„Entbürokratisierung“ und Etikettenschwindel
438	Sigrid Skarpelle-Sperk	Inflation der Ansprüche und Verteilungsgerechtigkeit
441	Gerhard E. Gründler	Der heimliche Notstand
448	Gerhard Jahn	Furcht vor der Freiheit?
451	Heldmarie Wieczorek-Zeul	10 Jahre nach der Studentenbewegung
455	Hermann Scheer	Politische Planung in der Partei
460	Thomas H. Eschbach	Welchen Beitrag kann Bildungsarbeit zur Vertrauensarbeit leisten?
464	Ulrich Kalbitzer	Historische Hypothesen deutscher Geschichte – auch für die Bundeswehr?
468	Wilhelm Bruns	Abrüstung ist nötig und möglich
469	Reinund Seidelmann	Die Abrüstungskonferenz der SI und ihr Beitrag zur militärischen Entspannung
		Dokumentation
478	Willy Brandt	Entspannung und Abrüstung. Rede in Helsinki am 28. April 1978
482	Boris Ponomarew	Für dauerhaften Frieden
484	Klaus Funksen	Sozialdemokratie und Euro-Kommunismus
490	Horst Helmann	Die Kommunistische Partei Italiens auf dem Wege zum demokratischen Sozialismus?
494	Karl-Ludolf Hübener	Reden allein schaffen keine gerechtere Weltordnung. Die SI in Dakar
498		Kritik
504		Mitarbeiter dieses Heftes

Johannes Rau: Brauchen wir ein Umdenken in der Politik?

Ärger über Arroganz und Arbeitsweise der Administration erregt bei vielen Bürgern, aber auch bei Politikern, zunehmend Unzufriedenheit. Die Undurchsichtigkeit und die Langwierigkeit zahlreicher Entscheidungsprozesse werden immer noch einem obrigkeitshörigen Gebaren der Verwaltungsbehörden zugeschrieben. „Staat und Bürokratie“ scheinen in unserer Gesellschaft ein Synonym zu sein. In hochentwickelten Industriegesellschaften – nicht nur in der Bundesrepublik – werden sie zunehmend zu einem Klischee für die Sorgen der Bürger vor anonymen Mechanismen der Verwaltung.

Als Beweis für den Hindernislauf durch die Instanzen der Bürokratie wird häufig ein lebensnahes und alltägliches Beispiel herangezogen: Bevor eine einzige Baugenehmigung erteilt wird, sind 234 „Prüfungsvorgänge“ nötig. Diese Zahl löst Schrecken oder auch Empörung aus, und gewiß ist bei vielen Gesetzen, Verordnungen und Erlassen – nicht nur im Baurecht – Treibsand in den Paragraphen. Aber gerade bei diesem Beispiel sollte man auch sehen, welche Überlegungen und Überprüfungen nötig sind, die nicht nur den einzelnen, sondern die Gesellschaft insgesamt betreffen. Die Verwaltung muß Fragen einer vernünftigen städtebaulichen Entwicklung berücksichtigen: Kein Bürger befürwortet ein weiteres Zersiedeln unserer Landschaft und niemand noch mehr Betonöde in den Zentren unserer Großstädte. Bei jedem Bauantrag geht es um die sicher wichtigen Belange des Landschaftsschutzes und um das Interesse der Bürger, Erholungsgebiete zu erhalten. Umweltschutz, Lärmbelästigung, Auflagen des Denkmalschutzes, Rechte der Nachbarn, Infrastrukturmaßnahmen für Wohngebiete, angefangen von der Planung von Schulen, Kindergärten, Einkaufs- und Dienstleistungszentren über die Festlegung der zukünftigen Verkehrsführung bis hin zur Schaffung von Erschließungs- und Versorgungsmöglichkeiten für Wasser, Gas und Strom, müssen bei vielen Einzelentscheidungen ebenfalls bedacht werden.

So aufgelistet, werden vielleicht viele, die andernorts häufig die „Bürokratie“ kritisieren, eher dafür Verständnis haben, daß diese Erwägungen nötig sind. Denn hinter den Verwaltungsabläufen, die an diesem Beispiel

durchschaubarer und verständlicher werden, kann sich der oft zitierte „Otto Normalverbraucher“ wenig vorstellen. Und genau in diesem Punkt liegen erhebliche Versäumnisse der Politiker wie der Bürokraten. Wir müssen den Menschen stärker als bisher den Sinn dessen deutlich machen, was wir tun. Sie müssen erkennen können, wozu etwas geschieht, und daß das mehr ist als ein Mehr an Gütern und an Dienstleistungen oder ein willkürliches Mehr an „Bürokratie“. Ich sehe dafür Chancen. Die Dringlichkeit, hier etwas zu ändern, die heute von vielen erkannt wird, ist eine belebende Herausforderung und auch eine Chance für die politischen Parteien.

Schlagzellen reden vom mangelnden Selbstbewußtsein des Staates. Ich will nur einige Stichworte liefern: „Von ungenügender Aufmerksamkeit der Parteien“ ist da die Rede, von der „Arroganz mancher Verwaltung“, von den „Informationsdefiziten“ mancher Bürger, von der „Unverständlichkeit der Sprache unserer Gesetze und sonstiger Vorschriften“. Wir alle kennen Kommentare und Fußnoten, in denen das griffig formuliert ist.

Nach meiner Meinung bleibt das alles zu plakativ und vordergründig. Aber dennoch hat jeder dieser kritischen Hinweise einen richtigen Kern. Hier werden freilich eher Symptome beschrieben, die oft den Charakter von Beschwörungsformeln haben. Wenn wir über solche Verdrossenheit nachdenken und reden, müssen wir uns vor Fehlreaktionen hüten. Wir müssen uns davor hüten, ganz bestimmte – und, wie ich behaupte, nur vorübergehende – Erscheinungen schon für die umfassende Beschreibung einer solchen Entwicklung zu halten.

Wenn vom „Parteiverdruß“ die Rede ist, wenn Meinungsforschungsinstitute ermitteln – oder müßte man genauer sagen: teilweise nur herausfragen? –, daß ein Viertel der Bevölkerung in der Bundesrepublik eine Partei wählen würde, die eine Partei der blanken Verweigerung wäre, eine „Ohne-mich-Partei“, eine Steuerstreik- und Reformverhinderungspartei, wie die des Dänen Gilstup oder wie die des Franzosen Poujade in den fünfziger Jahren, dann ist das noch kein ausreichender Beweis für eine Krise der Industriegesellschaften, ja nicht einmal für die oder eine Krise unseres Staates.

Ich halte es für falsch, Parteiverdrossenheit mit Staatsverdrossenheit gleichzusetzen. Das widerspräche unserem Verständnis von der Rolle der Partei im modernen Staat. Es wäre politisch und historisch falsch, wenn aktuelle Orientierungsschwierigkeiten nicht nur einzelner, sondern auch der Parteien, aktuelle politische Fehler, aktuelle politische Schwächen — hier wie dort, bei welcher Partei auch immer — zur „Legitimationskrise“ des Staates oder der Gesellschaft hochstilisiert würden.

Internationale „Legitimationskrise“?

Allerdings gibt es in den Sozialwissenschaften seit geraumer Zeit eine anhaltende Diskussion unter dem Stichwort „Legitimationskrise“. Sie möchte gerne Brüche und Schwächen in der parlamentarischen Demokratie mit ihrem Repräsentationsprinzip aufdecken, möchte problematisieren und kritisieren. Dies ist mehr als eine politische Mode, die im nächsten Frühjahr schon wieder gewechselt hat und abgelegt werden kann. Wir haben es hier zu tun mit einem Bündel von Symptomen, mit tieferliegenden Ursachen, mit einer — nicht nur in der Bundesrepublik — weitverbreiteten Unzufriedenheit mit unserem politischen System. Da hilft es nach meiner Überzeugung wenig weiter, nach hausgemachten Erklärungen zu suchen. Denn das Problem, das vielen gegenwärtig ist, ohne daß sie es genau artikulieren können, ist kein Problem allein der Bundesrepublik. Im Gegenteil: diese Erscheinung gibt es in fast allen westlichen Industrienationen, ja sie entlädt sich in anderen Ländern oft mit einer Heftigkeit, von der wir in unseren Breiten weit entfernt sind. Deshalb dürfen wir uns nicht einfach mit selbstgestrickten und schnellgestrickten Analysen begnügen.

Die Ölkrise des Jahres 1973 hat die Industriestaaten und noch mehr die Vierte Welt in große Schwierigkeiten gebracht. Aber ist das wirklich eine Zäsur? Oder ist das eine Etappe im Abbau des Kolonialismus, des Imperialismus, der Herrschaft der Industriestaaten über die weniger entwickelten Länder? Auch die heutige Weltwirtschaftskrise, die uns alle bedrückt, ist kein historischer Einschnitt. Sie ist eine Krise in einer langen Reihe sehr ähnlicher Krisen, die die Weltwirtschaftsordnung, zumal die kapitalistisch genannte, von jeher gekenn-

zeichnet haben. Auch zu den früheren Krisen haben Arbeitslosigkeit und tiefgreifende Strukturveränderungen gehört. Es wird also niemals wieder so sein wie vorher. Aber das war immer so und das gilt für jede Entwicklungsphase. Wenn das so ist, dann stellt sich die Frage: „Was ist denn nun die Dimension des anderen, des Neuen, die die Politik ausmessen muß; die wir erahnen, ohne sie zu kennen, und die wir füllen müssen?“ Warum denn ist ein Umdenken oder besser ein Besinnen in der Politik nötig?

Entfremdungssyndrom

Es gibt erkennbare Widersprüche unserer Zeit: Wir fühlen uns durch die Medien informiert über Krisen und Konflikte, über Zusammenhänge und über Zäsuren in den entferntesten Winkeln der Welt, in Asien, in Lateinamerika — und können doch die vom Computer erstellte Rechnung für unseren Wasserverbrauch nicht lesen, wissen mit unserer computergesteuerten Gehaltsabrechnung nichts anzufangen. Uns steht ein nie gekanntes Maß an Freizeit zur Verfügung — und doch wird die Klage über Hetze, Streß und Gesundheitsschädigungen durch zu viel Arbeit immer lauter. Durch ein Übermaß an Arbeitsteilung und an Arbeitszerlegung ist ein ungeahntes und ungekanntes Maß an Spezialisierung und Kompetenz am Arbeitsplatz erreicht worden — zugleich aber hat die Entfremdung von der Arbeit und vom Arbeitskollegen ein nie gekanntes Maß erreicht. Wir sind durch Telefon, durch Radio, durch Fernsehen mit der ganzen Welt verbunden — und beklagen doch die Einsamkeit der Menschen in den Hochhäusern und die Öde unserer Innenstädte. Wir reisen um die ganze Welt — und kennen unseren Nachbarn nicht. Wir haben die Rechtswegs für Bürger und Verbände geöffnet und geebnet, wir haben die Ausweglosigkeit administrativer Entscheidungen begrenzt — und doch scheint es manchmal, als entfernten wir uns auf dem Weg der Rechtmäßigkeit und der Rechtsmittel immer mehr vom Ziel der Gerechtigkeit. Die Verrechtlichung der Politik, die wir in vielen Bereichen beobachten, droht aus dem Rechtsstaat einen Rechtsmittelstaat zu machen.

Da gibt es das Stichwort von der „Funktionalität“, Schlagwort eines „unkritischen“

Fortschrittsglaubens. Seit der bürgerlichen und der ersten industriellen Revolution haben alle sich entwickelnden Gesellschaften ihre Hoffnung auf Technik, Ökonomie und Wissenschaft gesetzt. Inzwischen klappt das, was wir wollen, und das, was wir erreichen, trotz des erreichten Fortschritts immer weiter auseinander. Die Zuversicht auf eine Automatik des ständigen „Sich-Weiterentwickelns“ ist längst verfliegen oder sie beginnt doch zu verfliegen. „Zugleich verflachte der Fortschrittsglaube für breite bürgerliche Schichten zu der Vorstellung, der materielle, quantitative Fortschritt sei nicht nur die Grundlage und Garantie, sondern selbst schon das Ganze des gesellschaftlichen Fortschritts“, wie es die Grundwertekommission der SPD formuliert hat. Aber in dem Wissen, an die Grenzen der Erde gestoßen zu sein, auf die letzten Energiereserven, auf das Ende vieler Tierarten, auf das Ende der Belastbarkeit von Bächen und Bäumen, von Luft und Meer, ohne zu wissen wofür: dort liegt die Orientierungslosigkeit gesellschaftlichen Handelns.

Der Begriff des Fortschritts ist also ins Wanken geraten. Der Begriff der Reform scheint diskreditiert. Und doch ist Reform heute nötiger denn je. Die Flucht in die Nostalgie bringt keine Befreiung. Kulturpessimistischer Ekel ist nicht erlaubt — er führt zur Regression und zur Depression. Aber die Frage nach dem Sinn dessen, was wir tun in der Politik, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, im Staat: diese Frage ist nicht nur erlaubt, sondern sie wird immer notwendiger und aktueller.

Orientierungsmarken setzen

Politische Parteien müssen und können, — bei der Formulierung „können“ denke ich zuerst an Sozialdemokraten — Orientierungsmarken für das Mögliche und für das Notwendige setzen. Ich will versuchen, an wenigen Beispielen exemplarisch zu zeigen, wie das geschehen könnte. So sind die Begriffe der Funktionalität und der Effizienz gerade auch in Staat und Bürokratie in den vergangenen Jahrzehnten mit Ballast, auch mit Ideologischem Ballast, beladen worden, der ihren ursprünglichen Sinn kaum noch erkennen läßt. „Funktionalität“, das hatten wir alle auf unseren Fahnen. Aber mit dem Begriff der „Funktionalität“ sind unsere Städte unwirtlich gemacht worden. Wir erken-

nen diese „Funktionalität“ ohne Funktion in der Norm unserer Spielplätze, die darauf angelegt sind, genormte Geräte zu benutzen und nicht darauf, Geist und Glieder zu erproben.

Wir beobachten spätestens seit dem Ende des Ersten Weltkrieges ein stetiges und anscheinend unaufhaltsames Anwachsen der staatlichen Aufgaben. Ich kenne keinen wichtigen gesellschaftlichen oder individuellen Lebensbereich, in dem der Staat nicht inzwischen Zuständigkeiten hat, Rahmenbedingungen setzen kann, Regelungen trifft und Verantwortung übernimmt. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Familienpolitik, Gesundheitspolitik, Verkehrspolitik, Technologiepolitik, Städtebau- und Raumordnung — ich nenne nur einige Bereiche. Sie wurden mehr und mehr der privaten Verfügung und der individuellen Entscheidung entzogen und ganz oder teilweise staatlichen Institutionen überantwortet. Die Entwicklung des Staates zum Träger umfassender Daseinsvorsorge ist offenbar unaufhaltsam. Wer will und wer kann denn etwa die Entwicklung des Arbeitsmarktes, das Angebot neuer Arzneimittel, den Bau von Atomkraftwerken privater Entscheidung, privater Beliebigkeit überlassen? Es geht also nicht darum, die zwingende Notwendigkeit für Konzentration, Zentralsierung, für Effektivität, für die genannte Funktionalität zu bestreiten. Aber es kann auch niemand bestreiten, daß mit diesem Weg die Notwendigkeiten und die Möglichkeiten staatlichen Handelns für den einzelnen noch undurchsichtiger und noch weniger beeinflussbar werden. Dem ständigen Zuwachs staatlicher Aufgaben folgt parallel ein kontinuierlicher Ausbau der öffentlichen Verwaltung. Allein der Begriff der „Leistungsverwaltung“ — Politikern und Juristen vor fünfzig Jahren noch ein Fremdwort — bezeichnet eine völlig neue Qualität und Quantität staatlichen Handelns.

Wachsende Einflußnahme des Staates mit dynamischer Expansion der Verwaltung: diesem stürmischen Strukturwandel haben sich Institutionen und Instrumente staatlicher und politischer Willensbildung offenbar nur unzureichend anpassen können. In der Tat haben sich ja die wesentlichen parlamentarischen Mechanismen, die Organisation und die Struktur der Verwaltung oder die herkömmlichen

Formen staatlichen Handelns – Gesetz, Verordnung, Verwaltungsakt – nicht entscheidend verändert.

Weniger Kontrollmöglichkeiten für die Bürger

Beim Bürger verdichtet sich daher das Gefühl, immer weniger Möglichkeiten der direkten oder der über Parteien und Parlamente mediatisierten Kontrolle zu haben. Aber selbst Politiker spüren hier ein zunehmendes Unbehagen. Die wachsende Verlagerung von gesellschaftlich wie individuell existentiellen Entscheidungen auf die Exekutive schmälert parlamentarische und politische Kontrolle. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat mit seinem Vorlagebeschluß an das Bundesverfassungsgericht zum Atomgesetz nachdrücklich daran erinnert. Ein gewiß eklatanter Fall, aber keineswegs ein untypischer.

Diese Verschiebung in den Kräftekonstellationen des parlamentarischen Systems fördert ohnehin schon vorhandene Verselbstständigungsmechanismen der Verwaltung. Ermessensspielräume, ohne die die Exekutive nun einmal nicht auskommen kann, verschärfen das Problem. Diese Entwicklung wieder einzuholen, ist um so dringlicher, als Politik zunehmend komplexer wird, die Probleme immer differenzierter und spezieller angegangen werden müssen und die Verzahnungen der verschiedensten Bereiche ständig enger werden. Jede wichtige politische Einzelentscheidung innerhalb eines bestimmten Problemfeldes hat weitreichende Konsequenzen für andere Sektoren: man muß nur die aktuellen Fragen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, der Technologieentwicklung und des Umweltschutzes bedenken.

Politik wird so immer weniger durchschaubar, die Gründe für bestimmte Entscheidungen bleiben unsichtbar und deshalb oft unverständlich. Der gewiß heute leichtere Zugang zu Information und Informationsquellen hat dieses Defizit nicht ausgleichen können. Neigen doch Massenmedien häufig dazu, politische Prozesse zu personalisieren, ohne die ihnen zugrundeliegenden Konfliktsituationen oder Interessenlagen zu analysieren. Und dort, wo man bewußt mögliche Transparenz verhindern will, um sich nicht stören zu lassen, braucht man sich nur auf „Sachzwänge“ zu berufen,

um sich lästiger Begründungspflicht oder Legitimation zu entziehen.

Mangelnde Transparenz hat uns auch die Konzentration und Zentralisierung staatlicher Macht eingebracht. Technisierung und Rationalisierung sprengen gewiß die Grenzen kleiner Einheiten und erfordern lokal und regional übergreifende Planungs- und Entscheidungsinstrumente. Ich will hier deshalb kein nostalgisches Klagegedicht auf das verlorengegangene Rathaus oder auf das aufgelöste Amtsgericht beginnen. Aber ich frage mich doch, ob in manchen Fällen nicht ein einseitig oder falsch verstandener Effizienzbegriff die Entscheidung diktiert hat. Jedenfalls gilt es jetzt, diesen Prozeß zu stoppen und sich daran zu erinnern, daß Dezentralisierung und Selbstverwaltung genuine Ausprägungen demokratischer Tradition sind und auf „mehr Bürgernähe“ zielen.

Konkretere Mitwirkungsmöglichkeiten

In diesem Gegenüber von Grundwerten der Freiheit und Zwang des Staates, immer mehr Dinge zu ordnen, liegt der Grund dafür, daß wir bei der Demokratisierung des Staates nicht haltmachen können und dürfen, daß vielmehr die gesamte Gesellschaft demokratisch verfaßt werden muß. Deshalb brauchen wir mehr und deshalb brauchen wir konkretere Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bürger in den Gemeinden, in den Betrieben, in den Schulen und Hochschulen, in den Kirchen und in anderen gesellschaftlichen Institutionen.

Wir brauchen neue Freiräume in der Gemeinde, im Betrieb – und im Betrieb zu allererst. Deshalb geht es um neue Stichworte: Um das Stichwort Mitbestimmung und Selbstorganisation und, davon bin ich überzeugt, um das Stichwort Nachbarschaft, das in der Politik erst ganz allmählich wieder entdeckt wird. Mitbestimmung, Selbstorganisation und Nachbarschaftswille brauchen aber zum Beispiel neue Ansätze in der Stadtplanung und in der Architektur. Wir werden dann erkennen können, daß solche Freiräume für bürgernahe Entscheidungsstrukturen nicht nur demokratischer und freiheitlicher, sondern auch effektiver sind als die großen Organisationen und Instanzen.

Ich nenne noch ein zweites Beispiel: das Parlament. Der öffentliche Ärger über leere Plenarsäle, die wir im Fernsehen sehen, ist eben-

so verständlich wie falsch begründet. Der leere Plenarsaal schadet nämlich der parlamentarischen Demokratie nicht etwa deshalb, weil die Abgeordneten faul wären, sondern weil sie arbeiten, bei ihrer Arbeit aber nicht immer die richtigen Schwerpunkte setzen. Unsere Parlamente sind mehr und mehr dazu übergegangen, Verwaltungsvorschläge zu durchleuchten, so nützlich und notwendig dies im Einzelfall auch sein mag, statt die Probleme der Bürger öffentlich und im Streit zu verhandeln. Parlamente vergessen an vielen Stellen, wofür sie gebildet und gewählt wurden: Grundlinien politischer Entscheidungen deutlich zu machen, also Alternativen aufzuzeigen, Streitpunkte zu bezeichnen, Konflikte auszutragen, um einen Konsens möglich zu machen. Man braucht sich nicht darüber zu wundern, daß parlamentarische Demokratie mißverstanden wird, solange in einem Landtag zwar ein Wegerelnigungsgesetz viele Stunden Debatte in Ausschüssen und im Plenum einnimmt, der Standort für einen Schnellen Brüter aber überhaupt nicht im Parlament verhandelt worden ist. Dies ist ein Beispiel von vielen.

Aufgabe des Politikers ist es, deutlich zu machen, daß er es als Repräsentant der Allgemeinheit ernst meint mit der politischen Kontrolle der Bürokratie. Er hat die Verwaltung in Dienst zu nehmen und nicht umgekehrt die Verwaltung ihn.

Wehren müssen wir uns auch gegen die bürokratische Infiltration des Politischen gleichsam durch die Hintertür. Wenn in einigen Parlamenten über vierzig Prozent der Abgeordneten Beamte sind, dann laufen wir Gefahr, ein Stück echter Repräsentanz des Volkes zu verlieren. Wir werden jedoch gegen die wachsende „Verbeamtung“ unserer Parlamente nicht durch Dekret von oben vorgehen können. Der Weg zu einer Verstärkung des politischen Engagements aller Bevölkerungskreise kann nur über die politische Arbeit selbst führen. Nicht nur die Arbeitsergebnisse sind wichtig, sondern auch die Art und Weise, wie sie zustande kommen.

Wenn wir uns darauf einigen können, daß die Forderungen nach der Qualität des Lebens das Verlangen der Menschen nach Maßstäben ausdrückt, die umfassender und menschlicher sind als rein quantitative Zuwächse, dann

haben wir bereits die Richtschnur gefunden, nach der wir die vorgebliche Automatik der Entwicklung kontrollieren und korrigieren müssen. So gestellt, kann die Frage nach dem Sinn dessen, was wir tun in der Politik, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, eine Antwort über einen glaubwürdigen Sinn des Fortschritts vorbereiten helfen. Für die notwendige Auseinandersetzung mit der Bürokratie und ihren Ausuferungen und Wucherungen heißt das, daß wir Staatsverdrossenheit und Angst vor den übermächtigen Apparaten der Verwaltung nicht durch die Abschaffung der Bürokratie, sondern durch ihre bessere Kontrolle bekämpfen müssen.

Peter Conrad: **Es geht um die Herrschaft** **Die Doppelrolle der Bürokratie**

Es kommt nicht von ungefähr, daß das Thema Bürokratie plötzlich aktuell und in aller Munde und Feder ist. Die großen gesellschaftlichen Themen kommen nicht naturwüchsig, als Trends oder Wellen auf geheimnisvoll-unerklärliche Weise. Es sind auch nicht ein paar Trendmacher, schlaue Publizisten oder Politiker, wie manche meinen mögen, die solche Themen in die Welt setzen und hochschaukeln. Wenn wir uns die großen Themen der letzten Jahre ins Gedächtnis rufen, dann wird deutlich, daß sich jedes dieser Themen aus gesellschaftlichen Erfahrungen, Mißständen, Widersprüchen herleiten läßt, die dann von einzelnen, von Parteien, von Gruppen angesprochen und bewußt gemacht wurden. Die große Bildungsdebatte nach 1963, angefaßt von Picht und Dahrendorf, die Frage nach den beiden deutschen Staaten, von Egon Bahr in Tutzing und im Südwestfunk mit Gaus angesprochen, das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, untrennbar verbunden mit den Namen Brandt und Scheel, oder die Frage „Was wird aus unseren Städten?“, der sich die Jungsozialisten und der Städtetag mit Vogel annahmen. In letzter Zeit sind es die Themen Umwelt, Energie und Arbeitsplätze, die die Menschen bewegen, schließlich das Thema Terrorismus.

Wer wollte bestreiten, daß diesen Themen reale Erfahrungen, Ängste, Hoffnungen, Erwartungen zugrundeliegen? Es ist Aufgabe einer politischen Partei, diese Themen herauszufinden, sie frühzeitig zu spüren, anzusprechen, bewußt zu machen, „zu besetzen“, wie die Politstrategen sagen, so wie man ein Gebiet besetzt.

Im Rückblick auf die angeführten Themen Bildung, Deutschland- und Ostpolitik, Stadtpolitik, Umwelt- und Energiepolitik wird deutlich: die SPD hatte auf diesen Gebieten die Themenführerschaft. Das war politisch ein Startvorteil. Wenn allerdings die Politik die Erwartungen nicht erfüllt, wenn die Themenführerschaft nicht einmündet in reale, vermittelbare politische Maßnahmen, dann wird das besetzte Gebiet leicht zum Klotz am Bein, das große Thema zum Bumerang. In der Bildungspolitik haben wir ein Musterbeispiel dafür, wie ein Thema richtig angesprochen, aber politisch nicht ausgefüllt, nicht den Betroffenen vermittelt und mit ihnen in reale politische Schritte umge-

setzt wurde, mit dem Ergebnis, daß sich die CDU/CSU des Themas und der unerfüllten Erwartungen bemächtigte: Beispiel Koop-Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen.

Die Opposition hat inzwischen begriffen, daß sie – wenn sie der sozialliberalen Koalition Wähler abspenstig machen will – dies nicht allein durch Polarisierung und Emotionalisierung schaffen wird, sondern selbst Themen finden und besetzen muß. Beim Thema „Terrorismus“ ist ihr dies gelungen; der Kongreß „Der Weg in die Gewalt“ der CDU hatte beachtliche Beiträge, die zwar nicht in die praktische Politik der Union eingegangen sind – da wird weiter drauflosgeholt wie bisher –, die aber bestimmten Wählergruppen den Eindruck einer seriösen Beschäftigung der Opposition mit diesem Thema vermitteln sollten.

Beim Thema „Energie und Umwelt“ ist die Politik der Union zu eindeutig, die Themenführerschaft der SPD zu fest, als daß hier ein Einbruch erzielt werden könnte. Auch bei den Themen Verteidigung und Recht, zu denen die Union Kongresse veranstaltet, sehe ich keine Chancen für die Opposition. Mit dem Thema „Bürokratie“ jedoch hat die Union ein brisantes Thema angeschlagen, an dem die SPD sich bisher weithin vorbeigedrückt hat.

Dabei waren wir ja auf der richtigen Spur mit der Forderung der Demokratisierung aller Lebensbereiche, mit der klaren Alternative zwischen der Union, die Demokratie nur für den politischen Bereich gelten lassen wollte, so damals ihr Generalsekretär Bruno Heck, und der SPD, die das Versprechen Demokratie gleich Volksherrschaft für unerfüllt hält, solange in der Wirtschaft nicht Produzenten und Verbraucher mitbestimmen, sondern das Kapital allein das Sagen hat, solange in der Bildung Klassenprivilegien fortbestehen, solange in der Verwaltung obrigkeitstaatliche Machtstrukturen bestimmen. „Mehr Demokratie wagen“, diese Forderung Willy Brandts ist ein Versprechen, das wir auf vielen Gebieten, vor allem aber in der öffentlichen Verwaltung, noch nicht eingelöst haben.

Im Gegenteil, die Bürokratie hat zugenommen, die Gesetzesflut ist angeschwollen, viele Bürger fühlen sich nicht freier, sondern ohnmächtig einer für sie nicht mehr durchschaubaren Verwaltung ausgeliefert. Enttäuschte Hoffnungen aber sind politisch höchst wirk-

same Kräfte, und die Opposition wird nicht zögern, die enttäuschten Erwartungen, das Gefühl der Ohnmacht gegenüber der Bürokratie auszubeuten. Um so notwendiger ist es, daß wir Sozialdemokraten uns mit diesem Thema befassen, nicht wie beim Thema Terrorismus aus der Defensive, sondern offensiv. Ich will ohne Anspruch auf wissenschaftliche Systematik oder gar Vollständigkeit zu dieser Diskussion einige Anmerkungen machen.

Wenn von Bürokratie die Rede ist, denkt jeder an öffentliche Bürokratie, an Ämter, Dienststellen, Behörden, als gäbe es im nicht-öffentlichen Bereich keine Bürokratie. Tatsächlich gibt es in der Wirtschaft die gleichen bürokratischen Entwicklungen wie in der öffentlichen Verwaltung. Im Unterschied zur öffentlichen Verwaltung unterliegt die Wirtschaftsbürokratie jedoch keiner öffentlichen Kontrolle durch Parlament und Presse. Wenn das Amt für Wohnungswesen etwas verbummelt, wenn das Wasserwirtschaftsamt oder das Gesundheitsamt einen Fehler machen, dann kommt das in die Zeitung und trägt bei zum Bild der „unfähigen öffentlichen Verwaltung“. Wenn die Verwaltung eines großen Wirtschaftsunternehmens Fehler macht, schwerwiegende Fehler, die das Unternehmen Geld kosten, die möglicherweise Arbeitsplätze gefährden, dann steht darüber kein Wort in der Zeitung. So ist es erklärlich, daß in der öffentlichen Meinung der Bürokratieworwurf allein der öffentlichen, nie der privatwirtschaftlichen Verwaltung gilt.

Wer Einblick in Großunternehmen, in Konzerne hat, wird bestätigen, daß dort die Bürokratie genau so wuchert wie im öffentlichen Bereich. Ein Unterschied liegt in der Kostenfrage: Die auf Gewinn orientierten privaten Unternehmen sind bemüht, ihre unproduktiven Bereiche, z. B. die Verwaltung, möglichst knapp zu halten. Die öffentliche Bürokratie kennt solches Kostendenken nicht. In der Arbeitsweise aber unterscheiden sich öffentliche und private Bürokratie nicht. Max Webers Feststellungen über die Rationalität durch Bürokratie (in „Wirtschaft und Gesellschaft“, 1922) gelten umfassend: „Die rein bürokratische, also: die bürokratisch-monokratische aktenmäßige Verwaltung ist nach allen Erfahrungen, die an Präzision, Stetigkeit, Disziplin, Straffheit und Verlässlichkeit, also: Berechenbarkeit für den

Herrn wie für den Interessenten, Intensität und Extensität der Leistung, formal universeller Anwendbarkeit auf alle Aufgaben, rein technisch zum Höchstmaß der Leistung vervollkommnbare, in all diesen Bedeutung: formal rationalste Form der Herrschaftsausübung.“

Die Marx'sche Überlegung, daß bürokratische Herrschaft die schließliche politische Form eines an seinen inneren Widersprüchen zugrundegehenden Kapitalismus sei, der des offenen Autoritarismus bedarf, um das im Selbstverwertungsprozeß des Kapitals eingeschlossene revolutionäre Potential an seiner Entfaltung zu hindern, ist geschichtlich widerlegt. Die Bürokratie hat sich als Herrschaftsform in den Staaten, in denen der private Besitz an Produktionsmitteln abgeschafft worden ist, noch stärker etabliert als bei uns; Max Webers These von der Universalität der Bürokratie als rationalster Form der Herrschaftsausübung hat sich eindrucksvoll bestätigt.

Weber sieht die Gefahr dieser Herrschaft und vergleicht die Hörigkeit, in die der Mensch durch die Bürokratie gerät, mit der Hörigkeit, in die ihn die Maschine gebracht hat. Einerseits sind bürokratische Verwaltungsstäbe zur Übersetzung demokratisch fundierter Herrschaftsansprüche in den Alltag unentbehrlich, andererseits sind sie ein Instrument, mit dem man den widerstrebenden Willen des einzelnen brechen und die dauerhafte Herrschaft des Apparats über den Menschen begründen kann. (Zitiert nach Wolfgang Schluchter: „Aspekte bürokratischer Herrschaft“, München 1972.)

Um Herrschaft geht es. Alle staatliche Herrschaft geht vom Volke aus, sagt das Grundgesetz. Das verbreitete Unbehagen an der Bürokratie signalisiert, daß die Bürger, das Volk, die vollziehende Gewalt der Bürokratie als nicht mehr von sich ausgehend, vom Volk legitimiert, sondern als verselbständigte, nicht mehr überschaubare, unkontrollierte Herrschaft empfinden. Die Einschätzung von Franz Josef Strauß dürfte stimmen: „Wenn es heute eine Anti-Paragrafenpartei, eine Anti-Bürokratenpartei, eine Anti-Staatspartei gäbe ...“ Und wer hätte weniger Skrupel, diese Emotionen anzufachen und auszubeuten als er selbst, so wie er das schon immer mit der nationalen Frage, der Angst vor den Russen und dem Haß gegen Minderheiten getan hat.

Das Bürokratiethema ist vielseitig: wer damit umgeht, muß sich der Gefahr bewußt sein, Beifall von der falschen Seite zu bekommen, mißverstanden oder mißinterpretiert zu werden. Wenn Kohl und Strauß gegen Bürokratie wettern, dann wollen sie damit den öffentlichen Bereich zugunsten des privaten zurückdrängen, nicht nur in Form der Privatisierung öffentlicher Aufgaben, vielmehr geht es insgesamt um „weniger Staat“, d. h. weniger staatlichen Einfluß, weniger staatliche Kontrolle, weniger Macht, damit private Wirtschafts- und Eigentumsinteressen ungestörter, freier schalten und walten können.

Wenn Sozialdemokraten sich kritisch mit der Bürokratie auseinandersetzen, dann geht es ihnen um den Abbau von Entfremdung, von Fremdbestimmung, um die Befreiung des Menschen von Abhängigkeiten, die er nicht kontrollieren kann.

Bürokratie hat — wie viele unserer Gesetze — auch Schutzfunktionen: Schutz des Schwächeren vor dem Stärkeren, Schutz der Gemeinschaft vor dem mächtigen Einzelnen. Wenn Politiker über die vielen bürokratischen Hemmnisse im Baugenehmigungsverfahren klagen und fordern, das müsse doch einfacher und schneller gehen, dann muß ihnen entgegengehalten werden, daß unser umständliches und zeitraubendes Baugenehmigungsverfahren den Nachbarn, die Gemeinschaft, aber auch den Bauherren schützen soll. Den Nachbarn davor, daß ihm ein anderer einen Klotz vor die Nase setzt; die Gemeinschaft davor, daß der Betrieb seine Abwässer in den nahen Bach entleert; den Bauherren davor, daß ihn ein unseriöser Architekt, eine schlampige Firma aufs Kreuz legt. Der Wegfall der amtlichen statischen Prüfung trifft die kleinen Bauherren, die sich nicht wie der große Bauherr einen eigenen Statiker leisten können und die durch die amtliche Bauaufsicht vor skrupellosen Bauherren geschützt werden. Die hohe Qualität des Bauens in der Bundesrepublik, verglichen beispielsweise mit der Qualität des Wohnungsbaues in Frankreich, England oder den USA, ist nicht zuletzt ein Ergebnis einer gründlichen amtlichen Bauaufsicht, die auf die Einhaltung der Vorschriften und Normen drängt.

Der freie Wettbewerb hält keinen Fluß sauber, das freie Spiel der Kräfte — in Wirklichkeit

meistens das freie Spiel der Kräftigen — kümmert sich nicht um Lärmschutz, der freie Markt übertölpelt den kleinen Bauherren. Das kann man z. B. gut in den USA beobachten, wo die billigen Einfamilienhäuser von der Stange rasch geliefert werden und oft nach weniger als einer Generation zu Ghettos und Elendsvierteln verkommen.

Arbeitsschutz ist ohne bürokratische Aufsicht nicht denkbar; nur wenn die Betriebe wissen, daß regelmäßig kontrolliert und gegebenenfalls angezeigt und bestraft wird, halten sie sich an die Bestimmungen. Die Kontrolle von Gewichten und Verpackungen schützt den Käufer, der lästige TÜV schützt den Kraftfahrzeugbesitzer und alle anderen Kraftfahrer davor, daß ein verkehrsunsicheres Fahrzeug uns gefährdet.

Es wäre leicht, die Beispiele fortzusetzen: in vielen Fällen schützt die Bürokratie den Bürger, und wer nach Abbau der Bürokratie ruft, hat dafür oft ganz andere Interessen als den Schutz des Bürgers. Da hätte es mancher gerne, wenn die öffentliche Aufsicht und Kontrolle eingeschränkt würde und man weniger Rücksicht auf Natur, Wasser und Luft, Gesundheit der Arbeitnehmer oder der Käufer, auf die Belange der Gemeinschaft nehmen müßte. Wer die Bürokratie zurückdrängen will, möchte in Wirklichkeit oft die Machtverhältnisse ändern — und nicht zugunsten der Schwächeren!

Es ist eine banale Feststellung, daß die zunehmende Komplexität aller Lebensbereiche, die zunehmende Gefährdung des einzelnen zu immer umfangreicheren, komplexeren Gesetzen führt, die ihrerseits eine Zunahme der Bürokratie bewirken. Deshalb ist es unehrlich, wenn Abgeordnete über das Wachsen der Bürokratie klagen, denn sie selbst bewirken als Gesetzgeber ständig mehr Bürokratie.

Man muß sich klar machen, daß jedes neue Gesetz für die Ministerialbürokratie Betätigung, Aufstiegsmöglichkeit, Machtzuwachs bedeutet. Für den Minister bringt es Presseöffentlichkeit, Reden, Selbstdarstellung. Der Fachmann in der Fraktion darf im Plenum reden, ist im Ausschuß zuständig und berichtet der Fraktion. So profitieren alle fachlich Kompetenten in der Gesetzgebungsmaschine von einem neuen Gesetz.

Das Parlament versteht sich leider zuerst

als Gesetzgebungsmaschine; es wäre unrealistisch zu erwarten, daß diese Maschine sich zum Ziel setzt, weniger statt mehr Gesetze zu machen. Es wäre schön, gäbe es einen kleinen, aber mächtigen Ausschuß im Parlament, der jedes Gesetz auf seine Notwendigkeit hin prüfte. Aber diese Idee scheitert schlicht daran, daß die fachlich kompetenten Abgeordneten und Ministerialbeamten, auf deren Rat ein solcher Ausschuß seine Entscheidungen stützen müßte, aus den eben geschilderten Gründen daran interessiert sind, neue Gesetze zu machen.

Was ich hier aus eigener Erfahrung aus der Gesetzgebung dargestellt habe, gilt im gleichen Sinne für die Bürokratie: Nicht nur auf der oberen Ebene produziert die Bürokratie ständig neue Gesetze und Verordnungen von oft zweifelhaftem Wert. Auch auf der Ebene, in der Gesetze und Verordnungen angewendet werden, ist eine Tendenz zu immer neuen Verwaltungsgängen, Mitzeichnungen, Beteiligungen erkennbar, die für die Betroffenen Beschäftigung, Nachweis ihrer Notwendigkeit, neue Unterbene und damit Stellenanhebung und Machtzuwachs bedeuten. Diese Darstellung ist pessimistisch. Mir ist bislang noch keine Lösung für dieses Problem eingefallen: wie gewinnt, wie bewegt man die Mitglieder der Legislative und Exekutive, die ein vitales eigenes Interesse an mehr Gesetzen, mehr Verordnungen, mehr Verwaltung haben, dazu, die Flut der Gesetzgebung und der Bürokratisierung einzudämmen?

Im Rechtsstaat sind alle Verwaltungsentscheidungen gerichtlich nachprüfbar. Das führt zur zunehmenden Verrechtlichung der Verwaltung. Besonders deutlich wird das am Beispiel der Planung: Der Planer will Entwicklungen offenhalten, nur Unabweisbares entscheiden, Planungen möglichst nicht festschreiben, sondern dynamisch und veränderbar halten. Der Jurist hingegen will Pläne, die wie Gesetze aussehen, eindeutig, statisch, gerichtlich überprüfbar.

Die Stadtplaner wollten beispielsweise die Stadtentwicklungsplanung im Bundesbaugesetz verankern, einige wollten eine weitere Planstufe, den städtebaulichen Rahmenplan, zwischen Flächennutzungs- und Bebauungsplan in das Gesetz einbringen. Doch es zeigte sich, daß eine solche gesetzliche Festlegung

von Planstufen zwingend die gesetzliche Regelung von Planinhalten, Beteiligungspflichten, Rechten und Ansprüchen Dritter etc. nach sich gezogen hätte. Die Stadtplaner haben uns deshalb dringend gebeten, diese Planformen nicht im Gesetz zu verankern, weil sonst jede langfristige Planung im Gestrüpp der Verrechtlichung ersticke.

Bei einer Ausschußreise in Ostfriesland mußten wir feststellen, daß die Planer resigniert hatten: Anstatt Planungsziele festzulegen und Bebauungspläne aufzustellen, überließen sie die Entscheidungen über das Bauen im Außenbereich oder die Abgrenzung von bebauten Ortsteilen kurzerhand dem Oberverwaltungsgericht. Diese Beispiele lassen sich fortsetzen; die Entscheidung des Arztes über eine Operation, die Entscheidung des Lehrerkollegiums über eine Versetzung, alle Entscheidungen unterliegen der gerichtlichen Kontrolle. Da wird der Segen des Rechtsstaates zur Bürde, weil am Schluß allein die Juristen das Sagen haben.

Die Verrechtlichung der Verwaltung hat auch in der Verwaltung schreckliche Folgen. Es ist eine schöne Sache, wenn die Bundesregierung nun einen Gesetzentwurf über die verbesserte Staatsshaftung des Staates für seine Handlungen bzw. Nicht-Handlungen vorlegt. Für den einzelnen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst kann dies böse Folgen haben. Die Gerichte wollen klare Gesetze, Verordnungen, Erlasse, nach denen sie prüfen können, ob der Mann rechtens gehandelt hat. Die Folge wird sein: detailliertere Gesetze, umfangreichere Verordnungen, kleinlichere Erlasse. Der Handlungsspielraum des einzelnen Verwaltungsmitarbeiters wird gegen Null zurückgeschraubt, nicht sein Verstand, nicht seine Urteilsfähigkeit sind gefragt, gefragt ist die peinlich genaue Exekution der Vorschriften.

So wie andernorts die neue Technologie das Können und den Verstand des Facharbeiters verdrängt, so wie etwa der Schriftsetzer zum Bediener der Schreibmaschine des Satzcomputers degradiert wird, so wird in der Bürokratie der einzelne Mitarbeiter seines Ermessensspielraums beraubt; seine Tätigkeit wird mechanisiert, sinnentleert, entfremdet. Wer kennt das nicht, daß der einzelne Beamte ihm sagt, nach dem gesunden Menschenverstand und

wenn er entscheiden dürfte, dann ginge das klar, aber nach seinen Vorschriften und allem, was „die da oben“ sich ausgedacht hätten, gehe es eben nicht. Hier wird deutlich, daß das Gerede von der bürgernahen Verwaltung nicht so sehr eine Frage der Entfernung zum Rathaus ist. Die Bürgerferne der Verwaltung liegt vielmehr darin, daß diese Verwaltung fast nichts mehr selbst, nämlich bürgernah entscheiden darf, weil ihr fast alles von oben vorgeschrieben wird.

Es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie der Typ des Verwaltungsmitarbeiters in Zukunft aussehen wird. Wenn der peinlich genaue Vollzug von Vorschriften Hauptinhalt seiner Tätigkeit ist, dann wird dies bereits in der Ausbildung — und zunehmend bilden die Verwaltungen ihr Personal heute in eigenen Fachschulen und Hochschulen aus — gelehrt, dann werden nicht die beweglichen, kreativen, aktiven, kritischen jungen Menschen in den Verwaltungen vorankommen, sondern die braven, ängstlichen, unsicheren. So bewirkt nicht nur der sogenannte Radikalerlaß, sondern auch die zunehmende Verrechtlichung der Bürokratie eine negative Personalauswahl.

Die Verrechtlichung geht einher mit einer sprachlichen Entfremdung. Schon immer war die Sprache auch Herrschaftsinstrument. Die Kirche sprach lateinisch, der Hof französisch, Mediziner und Juristen entwickelten eigene Sprachen, sogar die Unterwelt, die Gauner setzten sich durch eigene Sprache, das Rotwelsch, von den anderen Menschen ab. Ich erspare es mir, hier Textbeispiele aus Gesetzen der letzten Monate anzuführen. Diese Gesetze, die wir doch für das Volk, im Interesse des Volkes zu machen glauben, werden von den Betroffenen allein durch ihre Sprache, durch ihre Unverständlichkeit nicht als für sie, sondern als gegen sie empfunden. Der Bundeskanzler hätte in seiner Regierungserklärung nicht die ihm unverständliche Wasserrechnung der Stadt Hamburg als Beispiel aufführen sollen, die ist gar nicht so kompliziert, er hätte fast jedes Gesetz aus seinem Verantwortungsbereich anführen können. Ist es wirklich so undenkbar, bei einem Etat von fast 200 Milliarden DM, einigen Millionen im Jahr zu investieren, um Gesetzestexten eine vernünftige sprachliche Form zu geben?

Bürokratie übt nicht nur Herrschaft über andere aus, sie ist auch in sich nach Herrschaftsprinzipien aufgebaut und durchorganisiert. Die große Mehrzahl der in der Bürokratie Beschäftigten übt nicht Herrschaft aus, sondern erfährt, erleidet Herrschaft wie alle anderen Bürger. Das Ernennungsprinzip ist ein wesentliches Strukturmerkmal dieser inneren Herrschaft. So wie der souveräne Fürst seine Beamten ernannte und sich damit ihrer Loyalität versicherte — er konnte sie auch abberufen, strafversetzen, maßregeln —, so ernannt auch in der Demokratie der Souverän die Beamten von oben; da es inzwischen so viele sind, ist es nicht mehr der Minister selbst, sondern die Ministerialbürokratie. Es ist verständlich, daß diese sich gegen alle Versuche, auch in der Verwaltung Wahlmechanismen einzuführen (Loyalität also nach unten) erbittert wehrt.

Ich habe als Amtsvorstand eines staatlichen Hochbauamts mit etwa 100 Mitarbeitern, eingesetzt von oben, vom Minister, nach einem Jahr die Mitarbeiter in einer geheimen, vom Personalrat durchgeführten Abstimmung um eine Äußerung gebeten, ob sie mich als Amtsvorstand behalten wollten oder nicht, und ich hatte zugesichert, mich bei einem negativen Votum um eine Versetzung zu bemühen. Das Votum war positiv, aber für die vorgesetzten Behörden, für die Kollegen Amtsvorstände in den anderen Ämtern war dies ein revolutionärer Vorgang, der allergrößte Gefahr signalisierte.

Es ging dabei gar nicht darum, die Einsetzung von oben durch die Wahl von unten zu ersetzen, vielmehr ging es um eine Balance, ein Zusammenwirken von oben und unten, Prozesse beispielsweise, bei denen ein Ministerium aus den Bewerbern um ein Führungsamt auswählt und ernannt, dann aber das Verbleiben des Ernannten nach bestimmten Zeitabläufen von Voten der Leute abhängig macht, die mit ihm zusammenarbeiten müssen. Das würde den Vorgesetzten in eine völlig neue Situation bringen und Machtverhältnisse verändern. Ich habe mich nach dem positiven Votum meiner Kollegen gegenüber meinen Vorgesetzten und oberen Dienststellen ungleich sicherer und stärker gefühlt.

Es ist schlimm, daß es seit 1969 in der öffentlichen Verwaltung mit der so viel beredeten Reform nicht vorangeht. Zu stark sind die

Interessen des höheren Dienstes, vor allem der Ministerialbürokratie, die bisher jeden Angriff auf ihre Machtstellung, auf ihre Privilegien erfolgreich abgewehrt haben. Was ist von einem FDP-Bundesinnenminister, wer immer das Amt innehat, denn zu erwarten? Er weiß doch, daß die höheren Beamten (wenn ich Beamte sage, meine ich natürlich immer auch Angestellte in der Verwaltung, in diesem Fall also auch „höhere Angestellte“) im Mitglieder- und Wählerpotential eine ungleich größere Rolle spielen als bei der SPD. Die FDP hat zwar immer davon geredet, es müsse „weniger Staat“ geben, aber dort, wo sie für den Staat, für die öffentliche Verwaltung verantwortlich ist, hat sie für „mehr Staat“ gesorgt, hat die Zöpfe nicht wie versprochen abgeschnitten, sondern liebevoll gekämmt und weitergeflochten.

Die SPD tut sich mit dem Bürokratie-Thema aus vielen ähnlichen und anderen Gründen schwer. Der banalste Grund ist, daß viele Sozialdemokraten selbst in der Bürokratie arbeiten. Der öffentliche Dienst ist unter unseren Mitgliedern und Wählern deutlich überrepräsentiert; das verstärkt sich nach oben in den Führungsgremien und Fraktionen bis hin zum Innenausschuß des Bundestags, in dem dann fast nur noch Beamte sitzen. Wer in der SPD das Bürokratiethema anrührt, der rührt gleichzeitig Interessen an, Erbhöfe und Paradiesgärtlein, windstille Ecken und bequeme Treppen. Wer wie ich beispielsweise lineare Besoldungserhöhungen im öffentlichen Dienst für falsch hält und für Sockelbeträge eintritt, also für prozentual stärkere Anhebungen bei den unteren Einkommensgruppen, muß mit dem geballten Unmut der öffentlichen Bediensteten der eigenen Partei rechnen.

Die Schwierigkeiten mit dem Thema Bürokratie aber gehen tiefer. Die Aufklärung, das läßt sich am Beispiel Frankreichs zeigen, war zentralistisch. Von Paris aus wurden die Reformen eingeleitet, die Lehrer und Beamten auf das Land geschickt. Zentralismus war gleichbedeutend mit fortschrittlich, modern, die Konservativen, die fortschrittschennenden Kräfte waren die Regionalisten. („Die Arbeiter müssen . . . nicht nur auf die elne und unteilbare deutsche Republik, sondern auch in ihr auf die entschiedenste Zentralisation der Ge-

walt in die Hände der Staatsmacht hinwirken. Sie dürfen sich durch das demokratische Gerede von Freiheit der Gemeinden, von Selbstregierung usw. nicht irremachen lassen . . . Wie in Frankreich 1793 ist heute in Deutschland die Durchführung der strengsten Zentralisation die Aufgabe der wirklich revolutionären Partei.“ Karl Marx [MEW 7. p. 251]) Heute ist das Thema Zentralisierung/Dezentralisierung ein europäisches Thema, von Schweden über die Benelux-Länder und Frankreich bis nach Spanien, in der Schweiz wie in England; die Engländer haben sogar einen eigenen Begriff dafür: *devolution*.

Die Sozialisten als Kinder der Aufklärung tun sich schrecklich schwer mit dieser Bewegung und wollen und können oft nicht erkennen, daß diese Bewegungen längst nicht mehr als konservativ und fortschrittsfeindlich abgetan werden können — natürlich gibt es dort auch diese Elemente immer noch —, sondern daß es hier um den Versuch einer Humanisierung geht, den Versuch, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung wiederzugewinnen, die eigene Identität zu finden bis hin in die sprachliche Identität. Die Wiederbelebung des Dialekts, der Mundart, ist weit mehr als ein folkloristisches oder kulturelles Ereignis, sie hat eine politische Dimension, die uns nachdenklich machen muß.

Zu diesem zentralistischen Erbe kommt die politische Erfahrung, daß die rechtliche und materielle Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer bislang immer durch Bürokratie geleistet wurde — ich sprach weiter oben von der Bürokratie, die das Recht der Schwächeren schützt. Der weitergehende Aspekt, Aufhebung von Entfremdung, die Möglichkeit der Selbstbestimmung, hat in der Theorie und in Festreden eine Rolle gespielt, in der praktischen Politik fast nie.

Wieviel Gesetze haben wir seit 1969 in Bonn gemacht, die dem einzelnen Bürger mehr Mitwirkungsrechte, Informationsrechte, Mitbestimmungschancen eröffnen? Die betriebliche Mitbestimmung, das Personalvertretungsgesetz und die Bürgerbeteiligung im Bundesbaugesetz. Wo haben wir im Schulwesen, in der Gesundheitspolitik, in der Rechtspolitik die Betroffenen selbst zu Akteuren, die Objekte von Politik zu Subjekten der Politik gemacht?

Statt die Entscheidung über die Schulform zu einer lokalen Entscheidung zu machen, die Eltern jeder Kommune in zeitlichen Abständen und bestimmten Grenzen die Schulform in ihrer Gemeinde bestimmen zu lassen, so wie in England die Gemeinde bestimmt, ob sie Gesamtschulen (comprehensive schools) einrichtet, haben wir die Entscheidung weit nach oben in die Regierung, in den Landtag, gelegt, und wundern uns dann, wenni weder die Betroffenen noch die Partei das als ihre Politik verstehen und dafür kämpfen.

Es ist die alte Diskussion um Verstaatlichung gegen Vergesellschaftung. Was für die Produktionsmittel gilt und mühsam genug ausdiskutiert ist, nämlich daß wir keine Verstaatlichung wollen, die anstelle der alten Entfremdung nur neue Entfremdung setzt, gilt für alle Lebensbereiche. Wir haben gesagt „mehr Demokratie wagen“, und herausgekommen ist nicht mehr Demokratie, mehr Gesellschaftlichkeit, sondern mehr Bürokratie, mehr Staat. Das ist die bittere Wahrheit.

Ich habe versucht, meine Anmerkungen in einige knappe Thesen zusammenzufassen:

1. Das Bürokratie-Thema ist ein politisch wichtiges Thema, das sich gegen die Sozialdemokraten richten wird, wenn es uns nicht gelingt, das Thema selbstkritisch und offensiv aufzugreifen und eine neue Perspektive zu gewinnen. Die Forderung „Mehr Demokratie wagen“ ist in der praktischen Politik, in der Gesetzgebung wie in der Administration, nicht ausgefüllt worden. Diese Forderung muß die Perspektive für die Bürokratiediskussion sein.
2. Die CDU/CSU und Teile der FDP führen die Bürokratiediskussion mit dem Ziel des Abbaus öffentlicher Herrschaft und Kontrolle zugunsten der Stärkung privater, vor allem privatwirtschaftlicher Herrschaft. Die SPD muß die Bürokratiediskussion nach zwei Seiten führen: dort, wo Bürokratie den einzelnen Bürger, vor allem den wirtschaftlich Schwächeren, schützt, muß sie verteidigt, ausgebaut werden. Dort, wo sie sich verselbständigt, aus der dienenden Funktion zur Herrschaftsform wird, muß sie zurückgedrängt werden.
3. Wir können die Schutzfunktion der Bürokratie nur erhalten und ausbauen, wenn wir diese Funktion dem Bürger und der Bürokratie deutlich machen. Das erfordert eine

breite Diskussion über den öffentlichen Dienst, die dem bösartigen Gerede des Bundes der Steuerzahler und anderer Kapitalvertretungen entgegentritt und die positiven Leistungen des öffentlichen Dienstes herausstellt. Das erfordert weiter Zurückhaltung bei der Gesetzgebung und in der Administration, weniger Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, gründlichere Prüfung der Notwendigkeit, ausgefeilte, allgemeinverständliche Gesetzessprache.

4. Die Schutzfunktion der Bürokratie erfordert vor allem die innere Reform des öffentlichen Dienstes, seine Enthierarchisierung, die Einführung von Wahlmodellen, des Rechts zur abweichenden Meinung, die Erhaltung und den Ausbau von Ermessensräumen.

5. Die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft ist richtig. Sie wird die Menschen dann überzeugen, wenn es uns gelingt, im öffentlichen Bereich, in der Bürokratie wie in den öffentlichen Betrieben, z. B. Bahn und Post, praktisch zu zeigen, erfahrbar zu machen, was wir damit meinen. Solange die Menschen erleben, daß alles, was der Staat, d. h. die öffentliche Hand, an sich zieht, teuer, umständlicher, bürokratischer wird, werden wir mit der Forderung nach Demokratisierung scheitern. Wenn wir statt „Verstaatlichung“ „Vergesellschaftung“ setzen, d. h. Beteiligungsmodelle, Angebote zur Mitbestimmung und Mitverantwortung, dann werden die Betroffenen erfahren, daß unsere Politik nicht mehr Abhängigkeit, sondern mehr Freiheit bedeutet.

Es geht in der Verwaltung wie in der Politik um das Verhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung, um ein sozialistisches Subsidiaritätsprinzip. Wenn wir die Menschen länger zur Schule schicken, sie mehr lernen und verstehen lassen, ihnen mehr freie Zeit geben, dann müssen sie doch damit auch etwas machen, mitbestimmen können. Es wäre absurd, die aus der Bildungsreform gewonnenen Kapazitäten an Wissen, an Interesse, an Fähigkeiten nicht zu nutzen, durch ständige Zentrallisierung, Perfektionierung der Bürokratie brachliegen zu lassen.

Umgekehrt wird ein Schuh draus, mit dem sich aufrecht gehen läßt: sozialdemokratische Politik, die das Versprechen: mehr Demokratie, mehr Beteiligung, weniger Entfremdung, mehr Selbstverwirklichung, ernst meint, muß

Dietrich Sperling: „Entbürokratisierung“ und Etikettenschwindel

dezentralisieren, muß Elemente der Genossenschaft, der freiwilligen Kooperation, der Selbstverwaltung ausbauen und stärken.

Das alles und mit der Bürokratie, mit dem öffentlichen Dienst, nicht gegen ihn, wird mühsam werden, wird ein langer Marsch durch die Institutionen sein.

Der vorstehende Artikel basiert auf einem Referat des Autors vor der ASJ-Landeskonferenz in Karlsruhe am 20. 5. 1978.

Das Godesberger Programm fordert die Demokratie als allgemeine Staats- und Lebensordnung, weil nur als Menschenwürde und Eigenverantwortung verwirklichen kann. Und Demokratie als Lebensordnung verlangt nach Selbstverwaltung und Dezentralisierung, nach Mitbestimmung in den vorhandenen Verwaltungen. „Nicht durch zentrale Bürokratie, sondern durch verantwortungsbewußtes Zusammenwirken aller Beteiligten wird der Gemeinschaft am besten gedient.“

Der Kampf der Sozialdemokraten um die parlamentarische Demokratie sieht an der Oberfläche aus wie ein Streben, die parlamentarische Kontrolle über staatliche Bürokratien zu erreichen. Aber zugleich damit sollte auch der Einfluß der mächtigen Wirtschaftsbürokratien begrenzt werden, der von Kartellen und Konzernen und deren Verbänden.

Doch ging es nicht nur um die parlamentarische Kontrolle. Die Forderung nach Mitbestimmung richtete sich auf demokratische Überprüfung und Bestimmung der innerorganisatorischen Herrschaftsausübung und Willensbildung.

Die Mitbestimmungspolitik der SPD ist immer zugleich als Demokratisierungspolitik zu sehen – und innerhalb von Organisationen damit als Bemühen, bürokratische Vorgänge nicht nur der Willensbildung der von ihnen Betroffenen zu unterwerfen, sondern ihren verselbständigten, ihren Herrschaftscharakter aufzuheben.

Wenn heute von „Entbürokratisierung“ so viel die Rede ist, dann redet man von einem alten Thema der Sozialdemokratie, ihrem eigentlichen Dauerthema, der Demokratie als allgemeiner Lebensordnung.

Doch manche, die sich dies Thema vornehmen, wollen es eingeengt behandelt wissen: es soll sich nur gegen staatliche Bürokratien richten, also solche, die parlamentarisch kontrollierbar sind. Da lohnt es zu fragen: wem nützt die Einengung? Sicherlich denjenigen, die sie betreiben: den privaten Bürokratien, deren politisch – auch innerparteilich – nicht kontrollierte Spitze im Wirtschaftsrat der CDU zusammenkommt. Machen wir uns nichts vor: Das Thema „Bürokratie“ und die mit ihr einhergehende Bedrohung von Freiheit und Eigen-

verantwortung des einzelnen ist keineswegs auf den staatlichen Bereich beschränkt. Seit Max Weber weiß auch die bürgerliche Wissenschaft, daß die Bürokratisierung von Staat und Gesellschaft, vor allem auch der Wirtschaft mit ihren Großunternehmen und Verbänden ansteht.

Seit es königlich-preußische oder -bayerische autoritäre Verwaltung gab, ist der Staat übrigens nicht bürgerfremder geworden. Eher ist das Gegenteil der Fall. Nur ist der Umgang mit den vielen dem Staat zugewachsenen oder überlassenen Aufgaben schwieriger geworden und umfänglicher, auch für den Bürger.

Aber ist das Wachsen staatlicher Bürokratien eigentlich schneller gegangen als das Wachsen „privater“ Bürokratien? Sind die Verwaltungen der Banken, der Versicherungsgesellschaften, der Großunternehmen, in Produktion und Handel, der Industrieverbände, der Kammern als „Selbstverwaltungsorganisationen“ von Industrie, Handel, Handwerk und freien Berufen nicht ebenfalls gewachsen und mit ihnen die „Bürokratie“? Braucht der Staat nicht eine handlungsfähige Bürokratie, um nicht von den privaten Bürokratien an die Wand gespielt zu werden? Ist vielleicht die staatliche Bürokratie in Zeiten geringen wirtschaftlichen Wachstums ein Hindernis auf dem Beutezug der von privaten Bürokratien vertretenen Interessen gegen die nicht vertretenen?

Auf den Parteitag von CDU und CSU spricht ein Wirtschaftsprofessor Engels gelegentlich die Wahrheit aus: Die Wirtschaftswissenschaften haben keine Bürokratieforschung vorzuweisen. Und wer wenig über diese Wirklichkeit weiß, leistet sich dann das ideologische Reden vom „effizienten Markt“, der realitätsferne Modell ist und längst von wirtschaftlicher Macht, d. h. bürokratisch organisierter Macht aus seinen Funktionen verdrängt wurde.

Konzentration in der Wirtschaft verlagert die Entscheidungsfindung vom Markt in die innere Organisation: Die selbsthergestellten, nicht die unter Marktkonkurrenz angebotenen Vorprodukte gehen in den weiteren Produktionsprozeß, Investitionen werden nicht aufgrund von „Marktdaten“, sondern in Kenntnis der Daten weniger konkurrierender

Großorganisationen beschlossen. Zulieferer und Abnehmer von Erzeugnissen sehen sich Monopolen von Endproduktherstellern gegenüber, Kleinproduzenten übermächtigen Handelsorganisationen. Willensbildung folgt nicht Marktinformationen, sondern der Datenverarbeitung informierter Großbürokratien. Und wer als Kleiner nicht mithalten kann, der schließt sich informierenden Verbandszentralen mit ihren Bürokratien an.

So kommt es auch, daß die CDU auf ihrem kürzlichen Bürokratiekongreß sich folgendes anhören durfte: „Daß die Bürokratisierung von Wirtschaft und Unternehmen in den westlichen Industrieländern immer weiter fortschreitet und sich weithin keine Unterschiede mehr zur staatlichen Verwaltung ergeben, ist noch nicht ins Bewußtsein der Öffentlichkeit vorgedrungen. Dafür sind drei Gründe maßgebend: die gelungene Imagepflege der Unternehmen selbst und die aus Verstaatlichungsängsten vorgenommene Tabuisierung der bürokratischen Elemente im eigenen Bereich, die Verdrängung des bürokratischen Charakters ihrer Arbeit, die die Angestellten der freien Wirtschaft weithin vornehmen, und das Ausblenden von Bürokratien und Bürokratismus in Wirtschaft und Unternehmen in der Berichterstattung der Massenmedien.“

Aber damit nicht genug: „... für Max Weber ... bestand nie ein Zweifel daran, daß große Industrieverwaltungen ebenso nach bürokratischen Prinzipien organisiert sind wie etwa Behörden und Armeen. Eine Reihe neuerer Untersuchungen bestätigt das auch. So ergibt eine Betrachtung von 40.000 Firmen, die in den letzten vier Jahren Konkurs anmelden mußten, daß die Hauptschuld daran an den bürokratischen Verhaltensweisen ihrer Manager und Mitarbeiter zu suchen ist.“ (Zitat Prof. Bosetzky)

Mit solchen Zitaten ist allerdings das angestrebte Ziel des CDU-wissenschaftlichen Bürokratiekongresses nicht zu erreichen: das Thema zu „besetzen“ und es zu einer Bastion zum Beschließen der Sozialliberalen, vor allem der Sozialdemokraten auszubauen und mit dem Schüren von antibürokratischen Vorurteilen „gegen den Sozialstaat“ und „für die Reprivatisierung öffentlicher Leistungen“ zugunsten „privatbürokratischer Interessen“ Front zu machen.

Bürokratien leben mit Vorschriften, solchen für den zu verwaltenden Außenbereich und solchen für das innere Verfahren. Wuchern tun beide Bereiche, aber auch in den Privatbürokratien der sogenannten freien Wirtschaft. Natur- und Ingenieurwissenschaftler – auch der Professor Steinbuch – klagen über die innovations- und kreativitätsfeindlichen Arbeitsweisen der Großindustrie.

Bereits Anfang der 70er Jahre hatte die freie Wirtschaft sich ein Organisationsarsenal von 5.000 Wirtschaftsverbänden, Arbeitgeberverbänden und Kammern zugelegt, deren Bürokraten­schar von Norbert Blüm auf 120.000 Mitarbeiter geschätzt wurde. Die mehrfach zahlreicher organisierten Gewerkschafter hingegen kommen mit weniger als 10 % Verbandsmitarbeitern aus. Wenn von Verbandsmacht – von bürokratischer – die Rede ist: Sie liegt bei den Wirtschaftsverbänden und spitzt sich im CDU-Wirtschaftsrat zu.

Was macht nun Bürokratie aus? Hierarchisierung und Dienstwege, Erzwingen des Beachtens beider durch Vergabe von Statussymbolen und Schikanen, Verringern der Differenzierungsmöglichkeiten durch Vergabe von abstrakten Schemata, Verzögern von Entscheidungen durch Wandernlassen von Vermerken, Zuständigkeitsgerangel und Kompetenzstreitigkeiten bzw. deren Vermeidung durch Ausuferlassen der Mitzeichnungsbefugnisse und folgendes zeitliches Verschleppen von Entscheidungen, Formalisierung von Vorgängen, bis deren Inhalt für die Bearbeitung kaum noch eine Rolle spielt, Filterung der Informationen von außen nach den verselbständigten „Erfordernissen“ des herausgebildeten internen Betriebs. Dies alles klingt recht negativ: Es gäbe auch die entsprechende Positivistik, formuliert nach dem Idealtypus einer „rationalen Verwaltung“. Und meist ist das Erfordernis, Gleiches gleich zu behandeln, nur mit „bürokratischen“ Regelungen, Vorschriften und Richtlinien zu erfüllen. Doch wer die Rationalität der Verwaltung in bezug auf ihren Aufgabenbereich – ihr Äußeres – wahren will, der muß der Verselbständigung der Formalabläufe wehren.

Dies gilt für alle Lebensbereiche. Wer die Ranglisten, Beförderungsverlangen, Titelvergaben, Zimmerausstattungen, Vorzimmer-

berechtigungen in öffentlichen und privaten Verwaltungen, Staat und sogenannter freier Wirtschaft untersucht, wird keine schwerwiegenden Unterschiede feststellen können. Und der leistungsabhängige Aufstiegsweg in der Privatwirtschaft und deren Großunternehmen und Verbänden dürfte keineswegs die Regelscheinung sein.

Deswegen klingt manches hohl, was an Bürokratie-Kritik aus der freien Wirtschaft kommt. Hier schilt ein Esel den anderen Langohr. Dahinter stehen allerdings ein materielles Interesse und ein Machtanspruch.

Auch der auf der obersten Sprosse der partei-internen Bürokratieleiter stehende CDU-Generalsekretär Geißler kämpft nicht gegen die Bürokratisierung schlechthin und in allen Lebensbereichen, sondern nur für die Entmachtung der Schutzorganisation der schwächeren Glieder unserer Gesellschaft: Der Einfluß der staatlichen Organisation soll beschnitten werden. Heraus käme dabei nicht eine Verminderung bürokratischer Macht, sondern eine Stärkung der parlamentarisch nicht kontrollierbaren bürokratischen Macht – und das ist dann Etikettenschwindel, so wie es die CDU aufzieht.

Wer Entbürokratisierung will, muß Demokratisierung wollen, auch um den Preis der Mitbestimmung (der paritätischen!) in den Großunternehmen und den Kammern. Das wäre eine gemeinsame Anstrengung wert.

Vielleicht kann man der Opposition anraten, außer den Grundwerten des Godesberger Programms: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, auch noch das entscheidende Verfahren von der SPD zu übernehmen: die Demokratisierung aller Lebensbereiche. Doch nicht nur semantisch!

Die bürgerschaftliche Mitwirkung an der städtebaulichen Planung

(Göttinger Rechtswissenschaftliche Studien, Band 89)

von Dr. Reinhard Hendler

1977. XI/170 Seiten. Kart. 39,50 DM. ISBN 3-509-00999-1

Züge unmittelbarer Demokratie in der Gemeindeverfassung

Bürgerentscheid, Bürgerbegehren, Bürgerversammlung u. a.

(Schriftenreihe des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Heft 28)

herausgegeben von Dr. Jörg-Detlef Kühne und Dr. Friedrich Meißner

1977. 220 Seiten. Kart. 4,80 DM. ISBN 3-509-01010-8

Bürgerinitiativen – Wege oder Irrwege der parlamentarischen Demokratie?

(Schriftenreihe des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Heft 30)

Podiumsveranstaltung am 29./30. August 1977 in Bad Honnef

1978. 62 Seiten, Kart. 11,50 DM. ISBN 3-509-01043-4

Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik

(Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Band 54)

von Bernt Armbruster und Dr. Rainer Leisner

1975. XIV/292 Seiten. Kart. 19,40 DM. ISBN 3-509-00834-0

Politische Beteiligung in der Bundesrepublik Deutschland

(Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Band 89)

von Thomas Ellwein, Ekkehard Lippert und Ralf Zoll

1975. VI/200 Seiten. Kart. 16,— DM. ISBN 3-509-00895-2

Bürgerinformation im politischen Willensbildungsprozeß

(Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Band 106)

von Dr. Klaus-Peter Fehlau und Dipl.-Ing. Martin Neddens

1975. X/142 Seiten. Kart. 12,80 DM. ISBN 3-509-00912-6



VERLAG OTTO SCHWARTZ & CO., 3400 Göttingen

Sigrid Skarpells-Sperk: Inflation der Ansprüche und Verteilungsgerechtigkeit

Wird über Krisenerscheinungen im staatlichen Sektor gesprochen, so kann man sicher sein, mit den Stichworten Haushaltskrisen, Strukturkrisen, Konjunktursteuerung, Rentenfinanzierung und Steuergerechtigkeit lebhaft Diskussionen auszulösen und ausreichend öffentliches und innerparteiliches Interesse zu finden. Nicht zu Unrecht! Wenn man aber bedenkt, wieviel Streit es um die Senkung der Vermögenssteuern gegeben hat, dann kann man sich nur wundern, wieviel weniger Debatten vergleichsweise viel bedeutendere öffentliche Leistungen hervorrufen, deren Ausbau die großen Reformprogramme der Sozialdemokratie ausdrücklich gefordert hatten und mit denen die Partei jahrelang sehr erfolgreich Wähler mobilisierte. Im Zeichen der Defizite der öffentlichen Haushalte erschien deren mit nicht geringen Kosten (insbesondere Personalkosten) verbundener Ausbau immer mehr als ein Weg, auf dem man nun innehalten müsse, wolle man nicht auf Dauer unfinanzierbare strukturelle Fehlentscheidungen treffen. Bildungs- und Gesundheitswesen, aber auch die Leistungen aus dem Arbeitsförderungsgesetz standen dabei im Kreuzfeuer der Kritik. Weitergehende Forderungen, die besonders in der kommunalen Ebene auf Bürgerversammlungen immer wieder auftauchen, werden als „Inflation der Ansprüche“ zurückgewiesen; Staatsausgaben und Steuererleichterungen gelten im Wirtschaftsteil der bundesrepublikanischen Presse nur dann als legitim, wenn sie die Gewinne erhöhen oder „Investitionen“ darstellen. Konsumtiv und daher abzulehnen sind nach Meinung dieser Stimmen alle Ausgaben, die sich nicht sichtbar in materiellen Werten (vorzugsweise in Beton und Stahl) niederschlagen, und ganz besonders Personalausgaben. Dieser Auffassung folgend, ist beispielsweise der Bau eines Krankenhauses eine nützliche Investition, die Ausgabe für die Krankenschwester aber ein konsumtiver und damit möglichst zu vermeidender Rechnungsposten.

Noch weit über dieses Mißtrauen gegenüber den öffentlichen Dienstleistungen hinaus gehen die konservativen Forderungen nach „Entstaatlichung“ und Privatisierung, was in den meisten Fällen entweder eine Übertragung

noch gewinnbringender Leistungen an die Privatwirtschaft, oder aber die Einstellung bisher unrentabel gebliebener bzw. nicht mindestens kostendeckender öffentlicher Leistungen mit sich bringen würde. Wenn auch diese letztgenannten Forderungen sich weitgehend nicht durchsetzen konnten, so hatte die Kampagne doch den Effekt, daß die öffentlichen Dienstleistungen in den Ruch der Ineffizienz gerieten und eine Politik des Personalabbaus im öffentlichen Dienst Platz griff, welche nach Schätzungen des DIW ungefähr 220 000 zusätzliche Arbeitslose schuf.

Diese Richtung geriet denn auch im letzten Jahr durch das Beschäftigungsprogramm des DGB und die Vorlagen des Ausschusses für Strukturfragen der Wirtschaft beim Parteivorstand der SPD unter Beschuß. Die Konjunktur- und Wachstumschädlichkeit einer Politik der Privatisierung und der Aufgabe wichtiger Reformprogramme wurde klar erkannt und ein „New Deal“ zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit verlangt. Vieles davon hat sich in den beschäftigungspolitischen Beschlüssen des Hamburger SPD-Parteitages niedergeschlagen. Bedauerlich bleibt dabei nur, daß in den Programmen selbst und auch in den Diskussionen um sie herum der ursprüngliche Ausgangspunkt der Reformprogramme so wenig akzentuiert war: die Ausweitung der öffentlichen Leistungen sollte ja ursprünglich nicht nur die Qualität des Lebens erhöhen, sondern auch ganz gezielt ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit schaffen. Ganz ohne Zweifel ist im letzten Jahrzehnt gerade unter diesem Gesichtspunkt auf vielen Gebieten Beachtenswertes geschehen: der deutliche Ausbau des Bildungs- und Gesundheitswesens sowie des sozialen Sicherungssystems sind dafür beispielhafte Belege. Allein sind nicht gerade diese letzten Feststellungen Argumente dafür, es nunmehr gut sein zu lassen und lieber die Krisenbewältigung, die Stabilisierung des aus den Fugen geratenen ökonomischen Systems in den Vordergrund zu stellen? Können die unteren Einkommens- und Bildungsschichten nicht mit dem erreichten Niveau der öffentlichen Leistungen, die doch – häufig kostenlos oder doch unter Kostenpreis angeboten – in erster Linie ihnen zufließen, zufrieden sein und weitere An-

sprüche auf günstigere Zeiten vertagen? Jedoch, abgesehen davon, daß Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht Forderungen sind, die nur für ökonomische Schönwetterperioden Geltung haben dürfen, ist die Annahme, daß öffentliche Leistungen zugunsten der unteren Einkommen umverteilen, für die Bundesrepublik leider falsch.

Während sich hinsichtlich der Verteilungswirkungen des Steuersystems mittlerweile weithin Skepsis verbreitet hat und auch beim System der sozialen Sicherung klageworden ist, daß nicht zwischen Arbeit und Kapital, sondern nur innerhalb der Lohnabhängigen umverteilt wird, herrscht bei den öffentlichen Leistungen immer noch die Meinung, sie kämen – insbesondere dann, wenn sie kostenlos angeboten werden – den unteren Einkommen zugute. Darauf abzielend wurden die Leistungen geplant und politisch durchgesetzt, in dieser Absicht forderten die Jungsozialisten den Nulltarif, und der gleichen Ansicht war auch weitgehend die Wissenschaft. Was – außer vielleicht fehlender Information – sollte denn noch jemanden abhalten, eine öffentliche Leistung zu nutzen? Nun, in den letzten Jahren vermehrten sich skeptische Stimmen in der einschlägigen Literatur mit dem auch empirisch gestützten Hinweis, daß in der Regel öffentliche Leistungen nicht so sehr von jenen genutzt werden, für die sie vorgesehen waren, sondern weit mehr von den Mittel- und Oberschichten. (Dabei muß angemerkt werden, daß wir – bis auf den Bildungsbereich – diese Erkenntnis nur selten systematischer öffentlicher Forschung verdanken; sie fiel vielmehr eher zufällig als Nebenprodukt anderwärts gerichteter Fragestellungen an.)

Monetäre Transfers

Außerst bescheiden ist die Zahl der Hinweise im Bereich der Geldleistungen. Auf diesem Gebiet war lange die Meinung vorherrschend, die gesetzliche Festlegung, wer zum Empfang solcher Leistungen berechtigt sei, sichere bereits deren positive Verteilungswirkung. Es läßt sich aber zeigen, daß auch die monetären Leistungen vorwiegend von den Bessergestellten der angezielten Gruppen in Anspruch genommen werden, beispielsweise bei der Beantragung von Steuererleichter-

rungen im Rahmen der Lohnsteuer speziell für Prämien und Steuervergünstigungen des Vermögenssparens. Allgemein als benachteiligt erweisen sich Personen mit niedrigem Bildungsniveau, die vorwiegend körperlich Arbeitenden, die Bezieher geringer Einkommen und die Frauen. Analoges wird bei der Sozialhilfe sichtbar. Vergleicht man die Zahl der nach den gesetzlichen Bestimmungen Berechtigten mit der Zahl der Inanspruchnehmer, so zeigt sich eine deutliche Differenz: etwa die Hälfte aller alten benachteiligten Menschen läßt ihre Ansprüche verfallen.

Realtransfers

Bei den öffentlichen Sach- und Dienstleistungen stoßen wir auf ähnliche Strukturen. Nehmen wir als erstes die Freizeiteinrichtungen, so tritt die Unterrepräsentanz der niedrigen Einkommens- und Bildungsschichten am deutlichsten beim Besuch der öffentlichen Theater zutage. Typische Nichtbesucher sind die Arbeiter, die Landwirte, Rentner, Volksschulabsolventen, Bezieher niedriger Einkommen; typische Nutznießer sind gutverdienende jüngere Selbständige, Beamte und Angestellte sowie in Ausbildung Begriffene. Nicht so gravierende, aber dennoch überraschend starke Disparitäten finden sich bei der Nutzung von Sportstätten. Ihr typischer Nutzer entstammt einem Haushalt, dessen Vorstand der oberen Berufshierarchie angehört; der typische Nichtnutzer gehört zum Haushalt eines Arbeiters oder Landwirts und zu den unteren Einkommensschichten. – Als eines der ganz wenigen Angebote ohne sichtbare Bevorzugung einer Gruppe erweist sich die Nutzung von öffentlichen Parks und Gartenanlagen.

Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Weiterbildungsstätten, Ober- und Hochschulen):

Schon bei den Kindergärten ist eine erhebliche Unterrepräsentanz von Kindern der armen und ungelerten Arbeiter festzustellen. Nimmt man die Jahre 1972 und 1974 im Vergleich, so läßt sich sogar eine Zunahme der Benachteiligung der Kinder aus Niedrigeinkommenshaushalten (7 % weniger Kindergartenplätze) gegenüber den gutgestellten Kindern (8 % mehr Plätze) konstatieren.

Daß bei den weiterführenden Schulen der sozioökonomische Status der Eltern noch immer kräftig mitbestimmt, ist hinlänglich bekannt: Der Höhe des formalen Bildungsniveaus der Familie folgend, steigt der Anteil der Kinder von Beamten und Selbständigen und sinkt jener der Arbeiterkinder. Besonders deutlich wird dies bei den wissenschaftlichen Hochschulen. Zwar haben sich hier mit dem Ausbau des Bildungssystems seit 1967 die Verhältnisse stetig zugunsten der Arbeiterkinder gebessert — ihr Anteil stieg von 7 % (1967) auf 11 % (1973) und 13 % (1978) —, aber der Abstand zu den Beamten, die bei einem Erwerbstätigenanteil von nur etwas mehr als 7 % immerhin 25 % der Studentenschaft stellen, bleibt doch enorm.

Auch bei den Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind die mittleren und oberen Einkommensgruppen bevorzugt. Hauptnutzer der Volkshochschulen sind Angestellte und Beamte, speziell die mittleren und leitenden. Ebenso klar ist der Rückstand der Arbeiter in der beruflichen Weiterbildung nach dem AFG: nur 5,3 % der an- und ungelernten und 13,5 % der Facharbeiter, hingegen 22 % der Angestellten mit einfachen Tätigkeiten, 34 % jener in mittlerer und fast 42 % jener in leitender oder gehobener Stellung nahmen sie in Anspruch. Noch besser liegen die Beamten des gehobenen und höheren Dienstes, die die Angebote mit einem Anteil von 47 % nutzten.

In der Fehlbelegung von Sozialwohnungen werden weitere Verteilungsprobleme sichtbar. Zwei Drittel der Haushaltsvorstände in Sozialwohnungen sind voll berufstätig und nur 23 % sind Rentner oder Pensionäre, obwohl deren Anteil an den unteren Einkommenschichten größer ist. Auch hier sind die an- und ungelernten Arbeiter und die Facharbeiter relativ benachteiligt, während bei den überrepräsentierten anderen Gruppen vor allem die leitenden Angestellten und Beamten profitieren.

Ein uneinheitliches Bild ergeben die Gesundheitseinrichtungen. Bei den Vorsorgeleistungen fällt die scharfe Differenzierung zuungunsten der unteren Einkommens- und Bildungsschichten ins Auge: In der Schwangerschaftsvorsorge zum Beispiel ließen sich 83 % der Oberschicht, 30 % der

Mittelschicht, aber nur 18 % der Unterschicht frauenärztlich betreuen. Eine nicht ganz so krasse, aber doch sehr deutliche Minderrepräsentation der Unterschicht wurde bei den Vorsorgeuntersuchungen für Neugeborene, Säuglinge und Kleinkinder ermittelt.

Nur die Inanspruchnahme der Krankenhäuser fällt völlig aus dem bis jetzt beschriebenen Rahmen. Die häufigsten Nutzer sind an- und ungelernte Arbeiter, mit deutlichem Abstand gefolgt von Bauern und Selbständigen, dann erst von Angestellten, Beamten und Facharbeitern. Endlich also ein Bereich, in dem die Unterprivilegierten überrepräsentiert sind! Und doch ist dies wahrhaftig kein Grund zur Befriedigung, ganz im Gegenteil. Die Inanspruchnahme eines Krankenhauses erfolgt ja aufgrund ärztlicher Einweisungen, in der Regel wegen eines schlechten Gesundheitszustandes. Die höhere Nutzung von Krankenhäusern durch Arbeiter ist demnach, analog zu deren höherer Sterberate und ihrer Frühinvalidität, ein Gesundheits- und sozialpolitisches Alarmsignal; sie ist Ausdruck der starken physischen und psychischen Belastung am Arbeitsplatz, der schlechteren Wohn- und Umweltbedingungen, der qualitativ minderen ärztlichen Behandlung, und sie weist auf die Problematik in der Nutzung von Vorsorgeleistungen hin.

Am Beispiel der Krankenhäuser läßt sich verdeutlichen, daß die Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen nicht so ohne weiteres als Maß für positive Umverteilungsprozesse akzeptiert werden kann: sie ist dafür eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung. Und ebensowenig wie die Reparaturkosten nach einem Autounfall oder die Abwasserreinigung eine Erhöhung der sozialen Wohlfahrt bedeuten, so wenig sind die Reparaturkosten der menschlichen Arbeitskraft eine Umverteilung zugunsten der Arbeitenden. Um nicht mißverstanden zu werden: natürlich ist der Einzelne besser gestellt, wenn er die Leistungen erhält. Die Rehabilitation nach einem Autounfall oder einer berufsbedingten Krankheit ist aber nur der Versuch der Kompensation eines zuvor zugefügten Schadens und keineswegs eine Umverteilung gegenüber dem Status quo ante.

Insgesamt zeigen die empirischen Hinweise

klar eine Benachteiligung der unteren Einkommens- und Bildungsschichten. Eine systematische Untersuchung aller Leistungsbereiche würde höchstwahrscheinlich weitere Diskriminierungen zutage fördern.

Soziale Filter

Die Ursachen dieser Benachteiligung liegen – abgesehen von den individual- und sozialpsychologischen Einflußfaktoren – in zwei Blöcken von Filtermechanismen: solche, die vom Staat und seinen Bürokratien ausgehen und solche, die in erster Linie über die individuellen Voraussetzungen der Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen wirken, wie etwa frei verfügbare Zeit, Einkommen, Bildung und Information, Besitz dauerhafter Konsumgüter (Auto u. ä.). Was nützt beispielsweise eine kostenlose Beratungsstelle, wenn man von ihr nichts weiß oder wenn sie nur in der Kernarbeitszeit geöffnet ist; was hilft eine gebührenfreie Autobahn dem Nicht-PKW-Besitzer, was ein Sportplatz, ein Theater, ja jegliches Bildungsangebot dem Arbeiter, der unter solchen Bedingungen schafft, daß ihm all diese „Freizeit“-Angebote nicht Erholung, sondern nur zusätzliche Belastung bedeuten.

Nähere Untersuchungen der individuellen Voraussetzungen des Konsumierens öffentlicher Leistungen zeigen ungeachtet aller Mangelhaftigkeit der verfügbaren sozialstatistischen Unterlagen klar, daß eine z. T. hohe Korrelation mit dem Einkommen besteht. Insbesondere an- und ungelernte Arbeiter, Nichterwerbstätige und berufstätige Frauen werden ausgefiltert, freilich nicht offen und somit für eine sich zunehmend entsolidarisierende Gesellschaft auch nicht besorgniserregend.

Die gleichen Gruppen werden auch durch das Verhalten der öffentlichen Bürokratien benachteiligt. Zwar gibt es hierzu in der Bundesrepublik kaum theoretische oder empirische Studien, aber schon in den wenigen bisher untersuchten Sparten sind diskriminierende Verhaltensweisen zu belegen: Volksschullehrer schätzen die Leistungen und Entwicklungschancen von Unterschichtenkindern betont kritisch ein, Polizisten und Richter zeigten gegenüber Personen aus niedrigem sozialen Milieu weniger Verständnis und urteilten strenger. Es ist zu vermuten, daß

Fichte, Hegel, Marx und Nietzsche? Die deutschen Philosophen des neunzehnten Jahrhunderts, sind sie mitverantwortlich für die totalitären Schrecken des zwanzigsten? Ist dies ihr Staat, den sie vorgedacht, in Frage gestellt haben, der heute GULAG produziert und die Staatsterroristen in Santiago de Chile?

Der französische Philosoph André Glucksmann stellt neu die uralte Frage der Philosophen – welche Verantwortung übernehmen die, die denken, für das, was die Geschichte aus ihren Gedanken macht: die Unfreiheit im Namen der Freiheit, die Ungleichheit im Namen der Gleichheit, die Menschenverachtung im Namen der Brüderlichkeit. Für die jungen, sogenannten »neuen Philosophen« Frankreichs kam die GULAG-Trilogie von Soltschenizyn auch als Befreiung von ihrem akademischen Übervater Karl Marx.

André Glucksmann stellt sich gegen die Philosophie der Revolution – er findet zurück zu einer uralten Position – widersprüchlich, ironisch und subversiv: die Position des Sokrates.



„Der Eklat dieses Buches, seine Schönheit, seine Herfindlichkeit, seine Wortschwärme, sein Lachen – all das ist nicht Ausdruck einer Stimmung, sondern sind Notwendigkeiten. Glucksmann will sich mit nackten Händen in die Schlacht begeben: keinen Gedanken durch einen anderen zurückweisen, jeden Gedanken direkt in die Wirklichkeit stellen, ihn in genau jenes Blut tauchen, das er entweder nicht wahrhaben will oder aber rechtfertigt.“

(Michel Foucault, *Nouvel Observateur*)

**320 Seiten.
DM 19,80**

Rowohlt

gezielte Forschung in anderen Bereichen ähnliche Ergebnisse zutage fördern würde.

Insgesamt liegt in der derzeit gegebenen Aufbau- und Ablauforganisation öffentlicher Bürokratien, in der Einstellung ihrer Bediensteten und in den Bedingungen des Kontaktes zwischen Publikum und Behörden ein nicht unerhebliches Potential der Abschreckung und Diskriminierung, was sich wegen der geringeren Organisations- und Informationsfähigkeit überwiegend gegen die unteren Einkommens- und Bildungsschichten und insbesondere gegen an- und ungelernte Arbeiter richten dürfte.

Aus der bisherigen Entwicklung der kostenorientierten Modernisierung im öffentlichen Dienst läßt sich für die genannten Gruppen noch eine ganze Reihe weiterer negativer Verteilungswirkungen ablesen. Zunehmende Zentralisierung vergrößert die regionale Distanz und baut den direkten Kontakt zum Bürger ab. Die Zeiten (besonders die Wartezeiten), die für die Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen aufzuwenden sind, steigen. Vermehrte Standardisierung und Formalisierung verkürzen zwar die innerbürokratische Bearbeitungszeit, fordern jedoch vom Bürger erheblich höhere Anstrengungen für Informationsbeschaffung und -verwertung. Die verwendeten Fachsprachen sind heute fast nur noch mit höherem formalen Bildungsgrad verständlich. Dies alles bedeutet aber wieder nichts anderes als eine nochmalige Verschlechterung der ohnehin schon schwachen Verteilungsposition der an- und ungelernten Arbeiter, der berufstätigen Frauen und der ländlichen Bevölkerung.

Einige Schlußfolgerungen

Man muß zur Kenntnis nehmen, daß die Ziele einer Umverteilung über öffentliche Leistungen weitgehend nicht erreicht werden konnten. Nur in seltenen Fällen werden schlechte gesellschaftliche Ausgangspositionen kompensiert; die Leistungen kamen überwiegend den Mittel- und Oberschichten zugute. Unter den heutigen Umständen die Forderung nach einer Erweiterung der öffentlichen Leistungen als „Inflation der Ansprüche“ zu brandmarken, heißt letztlich nichts anderes als die Ansprüche der schon bisher zu kurz

Gekommenen als illegitim abzulehnen und so (bei gleichbleibenden oder sich verschlechternden ökonomischen Bedingungen) die unlegitim bestehende überproportionale Reservierung öffentlicher Leistungen für die Mittel- und Oberschichten zu billigen. Aber selbst wenn man den Staatsanteil aus konjunkturellen und strukturellen Gründen ausbaut – und man wird dies tun müssen, will man nicht bewußt Massenarbeitslosigkeit in Kauf nehmen –, sollte man sich darüber im klaren sein, daß ohne eine kräftige Änderung des öffentlichen Angebots alles beim alten bleiben wird bzw. nur einige Aufsteiger profitieren (was immerhin auch schon eine Verbesserung darstellt). Die Änderung darf sich nicht auf eine Reform der Organisationsprinzipien und des Dienstrechtes im öffentlichen Dienst beschränken; es ist ebenso eine qualitätsorientierte Modernisierung der staatlichen Leistungen fällig, um nicht nur die bisherigen Diskriminierungen abzustellen, sondern darüber hinaus eine Kompensation zugunsten der Unterprivilegierten herbeizuführen. Dabei wären die komplementären privaten Bedingungen der Inanspruchnahme in die Überlegungen mit einzubeziehen und – soweit wie möglich – auch vom Staat zu beeinflussen. Denn wer antritt, um über das Steuer- und Transfersystem mehr Gerechtigkeit zu schaffen, wird „perverse“ Verteilungseffekte erzeugen, wenn er vergißt, daß die „individuellen“ Defizite nicht allein historisch gewachsen sind, sondern tagtäglich im Produktionsprozeß neu geschaffen werden. Ohne eine gleichmäßigere Verteilung der im Arbeitsprozeß erzielten Einkommen, der Renten und der freiverfügbaren Zeit sowie ohne eine tiefgreifende Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird jede Reformpolitik ins Leere stoßen.

Gerhard E. Gründler: Der heimliche Notstand

I.

Was alle linken Systemveränderer und Unterwanderer nicht erreichen konnten, das scheint den deutschen Terroristen gelungen zu sein. Mit mörderischer Gewalt, mit Erpressung, Entführung und Millionenraub treiben sie unsere Politiker auf den Weg in eine andere Republik. Seit Beginn des Terrors vor sieben Jahren hat sich unsere Rechtsordnung schon so stark verändert, daß kaum ein Normalbürger noch aufgrund des üblichen Quantum rechtsstaatlicher Schulweisheit mit Sicherheit sagen könnte, was der Staat und seine Sicherheitsorgane tun dürfen und was nicht. Die Grenzen staatlicher Macht sind für das öffentliche Bewußtsein nicht mehr deutlich auszumachen. Lehrbücher für den Politik-Unterricht und Traktate für die staatsbürgerliche Bildung müssen umgeschrieben werden.

Wie sehr sich das allgemeine Rechtsbewußtsein gewandelt und dem Zeitgeist angepaßt hat, das lehrt die Erinnerung an ein viel zitiertes Frage- und Antwortspiel aus der Zeit des demokratischen Aufbaus. Was, so lautete damals die Frage, unterscheidet den Rechtsstaat von einem System des Unrechts und der Polizeiwillkür? Antwort: Wenn es morgens um sechs Uhr klingelt, dann weiß man, es kann nur der Milchmann sein. Ein Lehrer, der aufgeweckten Schülern heute so blauäugig daherkäme, riskierte, ausgelacht zu werden. Denn längst gibt es ganz andere Möglichkeiten. Längst hat das Land Baden-Württemberg die Polizei-Razzia eingeführt. Längst ist die Bundestagsmehrheit fest entschlossen, der Polizei schon beim leisesten Verdacht das pauschale Recht zum Durchsuchen aller Wohnungen in einem Gebäude zu geben. Eine starke oppositionelle Minderheit im Bundestag dringt sogar darauf, das Durchkämmen ganzer Wohnbezirke zu legalisieren. Längst hat sich nach Lauschangriffen und Wanzenaffären bei vielen Bürgern die zynische Ansicht verfestigt, daß die Polizei notfalls auch solche Maßnahmen ergreifen würde, die ihr der Gesetzgeber ausdrücklich verwehren wollte. Und nur wenige hätten dagegen etwas einzuwenden, wenn sie es täte. Die Angst vor den Terroristen verdrängt die Bedenken gegen staatliche Übergriffe. Milchmänner, die um sechs Uhr klingeln könnten, gibt es ohnehin kaum mehr, und Polizei frühmorgens an der Haustür schreckt doch nur den, der ein schlechtes Gewissen hat – so jedenfalls tönt es beschwichtigend von manchem deutschen Stammtisch.

Der Gedanke, daß man die Staatsgewalt von lästigen Schranken und Fesseln der rechts- und bundesstaatlichen Ordnung befreien müsse, um die Terroristen hinter Schloß und Riegel zu bringen, ist mit jedem Anschlag populärer geworden. Die Politiker kennen diese Stimmung, unterliegen ihr zu



einem großen Teil selbst und reagieren mit legislativem Übereifer. Ihre wachsende Sucht, durch immer neue Gesetze in Grundrechte und rechtsstaatliche Vorschriften einzugreifen oder das Strafrecht zu verschärfen, verstärkt wiederum bei den Bürgern das Gefühl, der Rechtsstaat unterliege dem Vorbehalt dauernder Anpassungsbedürftigkeit. Er gilt nicht als etwas Beständiges, sondern steht jeder Augenblicksaufwallung wegen zur Disposition. Schon sind wir auf dem besten Wege, unsere verfassungsmäßige Ordnung so schwer durchschaubar zu machen, wie es unser Steuerrecht seit langem ist. Nur Experten wissen noch auf Anhieb zu sagen, was der Staat tun darf und was er zu lassen hat. Aus einem übersichtlichen System fester Regeln und Grundsätze mit möglichst wenig Ausnahmen wird allmählich ein wirres Geflecht mit immer mehr Ausnahmen, Einschränkungen und Ergänzungen, hinter dem das Wesen mancher Grundrechte sowie der freiheitsichernde Sinn staatlicher Machtbegrenzung und Gewaltenteilung kaum noch zu erkennen sind. Ausnahmen bestätigen die Regel, beschwichtigt der Volksmund. Indessen lehren die Erfahrungen der letzten Jahre, daß immer neue Ausnahmen jede Regel relativieren und allmählich aushöhlen. Das Schicksal des von Artikel 10 des Grundgesetzes für unverletzlich erklärten Postgeheimnisses mag als abschreckendes Beispiel genügen. Jedermann weiß, daß staatliche Stellen heute, wenn sie wollen, immer einen Grund finden können, um jeden Anschluß und jeden Briefwechsel überwachen zu lassen.

II.

Im Parlament hat das große Nachdenken darüber, wo das alles hinführen könnte, noch nicht eingesetzt. Selbst diejenigen Abgeordneten, die von vornherein wußten oder inzwischen eingesehen haben, daß mit guter polizeilicher Handwerksarbeit dem Terrorismus eher beizukommen ist als mit immer neuen Paragraphen, wagen es im allgemeinen nicht, gegen populäre Irrtümer aufzumucken. Noch zeigt zwar die staatliche Gewalt bei uns mehr Toleranz und mehr Gelassenheit als das Staatsvolk. Aber auch Volksvertreter, die sich der Gefahren bewußt sind, wenden immer wieder vor unaufgeklärtem Volksempfinden und wabernden Blierisch-Emotionen zurück, obwohl sie sich doch nach den schönen Theorien des Parlamentarismus' dagegen behaupten müßten. Bekanntlich hält das Grundgesetz nicht viel von Plebisziten. Die Abgeordneten, die gewählten Repräsentanten des Volkes, sollen eigentlich kraft ihrer besseren Einsicht als Sicherungen zwischen dem schwankenden Strom des Volkswillens und der Gesetzgebungsmaschinerie dienen. Daß sie dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen sind, daß die repräsentativen Sicherungen

immer häufiger durchbrennen und die Abgeordneten das bedrohlich gewordene Tempo einer fragwürdigen Paragraphenproduktion mitzuverantworten haben, ist schon häufig beklagt worden. Über die Gründe dafür wird öffentlich zu wenig nachgedacht.

III.

Hier soll nun nicht der Beweis geführt werden, daß sich die Bundesrepublik schon *unaufhaltsam* auf der schiefen Bahn zum autoritären Staat befindet, schon gar nicht, daß sie dort längst angekommen sei. Vergleiche mit anderen rechtsstaatlichen Demokratien brauchen wir auch nach dem Inkrafttreten der jüngsten Anti-Terror-Gesetze nicht zu scheuen. Die harten Reaktionen der Italienischen Republik auf die Entführung Aldo Moros machen nur zu deutlich, wie sehr der Terror auch anderswo den Griff in die Paragraphenkiste provoziert. Es geht darum, die Bedingungen, Kräfte und Tendenzen zu erkennen, die uns allmählich immer weiter von den rigorosen rechtsstaatlichen Ausgangspositionen der Bundesrepublik abdrängen. Für jede neue Einzelregelung läßt sich irgendwo im Ausland ein unverdächtiges Vorbild finden, das hierzulande die Gewissen beruhigt. Doch sollten sich die Bonner Gesetzesmacher die Rechtfertigung nicht zu leicht machen und stattdessen lieber fragen, ob das besonders hohe Maß an Rechtsstaatlichkeit, das uns die Schöpfer des Grundgesetzes als Antwort auf Hitler-Diktatur und Obrigkeitsstaat verordnet haben, nicht eine erhaltenswerte Errungenschaft ist. Verpflichten uns die Erfahrungen mit dem braunen Unrechtsstaat nicht dazu, beizuteilen halt zu machen? Kann es deutscher Ehrgeiz sein, sich dem niedrigsten gemeinsamen Nenner aller rechtsstaatlichen Demokratien zu nähern? Und dann die entscheidende Frage: Wird all der Gesetzgebungseifer, die ganze Novellierungssucht, die Perfektion bei der Zurüstung für jeden vorstellbaren Fall nicht am Ende desavouiert, weil die Regierenden und ihre Beamten in jeder neuen Situation doch tun, was sie für nötig halten, auch wenn Verfassung und Gesetz es ihnen gar nicht erlauben?

IV.

Die politische Verantwortung für das Schicksal unseres Rechtsstaates tragen nun einmal die vom Volk gewählten Abgeordneten. Sie beschließen die Gesetze. Die tonangebenden Volksvertreter müssen heute Berufspolitiker sein, um mit den immer komplizierter werdenden Problemen und dem dank wachsender internationaler Verflechtung immer stärkeren Termindruck einigermaßen fertig zu werden. Nur eine Minderheit der Parlamentarier kann neben ihren politischen Verpflichtungen eine andere Tätigkeit ausüben oder sich wenigstens

die Möglichkeit offenhalten, jederzeit und ohne allzu große Einkommenseinbuße in einen interessanten Beruf überzuwechseln. Die Profis aber, die das Feld beherrschen, sind schon fürs Dranbleiben (erst recht fürs Fortkommen) vor allem auf Wahlerfolge angewiesen. Sie können der Versuchung, den Wählern gegen die eigene Überzeugung nach dem Munde zu reden oder deren Erwartungen zu entsprechen, nur in Ausnahmefällen widerstehen. Auch läßt sich der Verdacht schwer unterdrücken, daß zumal unsere Spitzenpolitiker, weil sie besonders gefährdet sind, bei der Terrorismus-Bekämpfung auch in eigener Sache die Gesetzgebungsmaschine auf Touren bringen. Überhaupt engt zunehmender Druck der politischen Machtapparate, also der Parteiführungen, der Regierung, der Fraktionspitzen, die selbstverantwortliche Rolle des einzelnen Abgeordneten ein. Diese Machtapparate, die fortwährend hart und aufwendig erkämpfte Wähleranteile zu verwalten und zu verteidigen glauben, reagieren auf jedes plebiszitäre Zucken, auf jeden kleinsten Ausschlag des Demoskopie-Barometers noch empfindlicher als der einzelne Abgeordnete. Was der nicht von selbst spürt, das wird ihm schleunigst von höherer Warte aus beigebracht. Das trifft dann auch und vor allem diejenigen, die ihr Mandat nicht einem direkten Wählervotum, sondern der guten Placierung auf einer Landesliste ihrer Partei verdanken.

Die knappen Mehrheitsverhältnisse zwischen Koalition und Opposition tun ein übriges, um die Abgeordneten zu disziplinieren. Wo jede Sachabstimmung ein Teil des Machtkampfes ist, wo jede Stimme, die dem Regierungslager fehlt, die Handlungsfähigkeit der Koalition gefährden oder jedenfalls in Zweifel ziehen kann, da überlegt sich der einzelne Abgeordnete besonders sorgfältig, ob der Anlaß der Abstimmung, ob die Materie, um die es geht, das spektakuläre Ausscheren aus der Fraktionsfront wert ist. Nur wenige können damit leben, daß sie als Neinsager von ihren Fraktionsgenossen geschnitten, wenn nicht gar geächtet werden. Jene SPD-Abgeordneten, die gegen das Kontaktsperregesetz und gegen das jüngste Bündel von Anti-Terror-Paragrafen gestimmt haben, setzten damit ihrer politischen Laufbahn vermutlich ein Ende. Nur jene wenigen, die der hohe Einsatz nicht schreckt, sind noch in der Lage, gegen den Strom zu schwimmen und von der im Grundgesetzartikel 38 garantierten Unabhängigkeit des Abgeordneten Gebrauch zu machen. Für alle anderen gilt längst das imperative Mandat. Als die Jungsozialisten vor einigen Jahren eine strengere Anbindung der Mandatsträger forderten, wurde das von der SPD-Führung zu Recht als systemwidrig verworfen. Gegen Ansprüche der Wähler- oder der Parteibasis,

so hieß es, müsse der Abgeordnete abgesichert bleiben; er dürfe nicht zum Befehlsempfänger seiner Klientel degradiert werden. Wenn sich hingegen die Machtansprüche von Regierung, Partelspitze und Fraktionsmehrheit Geltung zu verschaffen suchen, so gilt das als vollkommen systemgerecht. In Wahrheit zeigt es freilich nur, daß auch diejenigen ein bißchen Systemveränderung betreiben, die sonst so lautstark gegen die erklärten Systemveränderer von links zu Felde ziehen.

Schließlich leidet die Kontroll- und Bremsfunktion des Parlaments unter dem allgemeinen Abwertungsprozeß, dem die gesetzgebenden Körperschaften im Verhältnis zu den Regierungen ausgesetzt sind. Fast mit jedem neuen Gesetz, das sie verabschieden, verschaffen die Abgeordneten wohl oder übel der ohnehin schon übermächtigen Regierungsgewalt einen weiteren Machtzuwachs. Von den immer seltener gewordenen Vorlagen abgesehen, die der Regierung auch einmal Fesseln anlegen, läßt nämlich die Masse der neuen Vorschriften, die der Daseinsvorsorge der Bürger und ihrem gedeihlichen Zusammenleben gelten, immer neue Behörden und neue Planstellen entstehen. Nur so kann ja der Flut von Anpassungen, Ergänzungen und Novellen Geltung und Wirkung verschafft werden. Der Wissensvorsprung der Exekutive, ihr Monopol auf Schlüsselinformationen, ihr Aufgebot an Experten, die Macht ihrer Bürokratie, dazu ihr Macher-Image — sie handelt, während der Gesetzgeber „nur“ diskutieren und beschließen kann — das alles macht die Volksvertretung laufend abhängiger von und unscheinbarer gegenüber der Regierung. Im Ernstfall — und ob der vorliegt, bestimmt natürlich auch die Regierung — muß das Parlament dann tun, was Kanzler und Minister wünschen, obwohl doch nach dem Lehrbuch eigentlich die Exekutive das ausführende Organ sein soll. Die Koalitionssfraktionen sagen Ja und Amen, weil ihre Rolle bei den knappen Mehrheitsverhältnissen ohnehin zunehmend darauf reduziert wird, die Regierung abzustützen. Die Opposition stimmt beifallen zu oder macht noch mit ihrer Ablehnung klar, daß ihr die Regierungsvorlagen viel zu lasch sind. Parlamentarische Kontrolle und Gewaltenteilung bleiben dabei auf der Strecke.

V.

Wie sich Gesetzgebung in einer also veränderten Verfassungswirklichkeit abspielt, zeigt das Lehrstück jener Kontaktsperre, die der Bundestag nach der Entführung Hanna Martin Schleyers verhängte. Sie sollte überführte oder mutmaßliche Terroristen daran hindern, aus den Gefängnissen heraus die Gefahren für Leben, Gesundheit und Freiheit des Entführten zu vergrößern. Ob es wirklich ein not-

wendiges Gesetz war, das hat nicht einmal die ausführliche Dokumentation der Bundesregierung zum Fall Schleyer zweifelsfrei klären können. Daß es kein rundum wirksames Gesetz war, wissen wir seit den Stammheimer Selbstmorden. Doch interessiert hier vor allem seine Entstehung. Bundesminister, ermuntert von Schattenministern der Opposition, tüftelten den Entwurf am Tisch des großen Bonner Kristenstabes aus, selbstverständlich unter Assistenz der sachkundigsten Ministerialbeamten. Alle drei Fraktionen brachten ihn im Bundestag ein und paukten ihn im Blitzverfahren innerhalb von fünf Tagen durch, gerade so, als sei er das ureigene Produkt des Parlaments. Tatsächlich hatte die Exekutive alles vorgefummelt, blieb den Abgeordneten keine Ruhe zur Beratung und keine Möglichkeit, diesen massiven Eingriff in den Gang der Rechtspflege abzumildern. Das Parlament mußte der Regierung blindlings vertrauen, die ihm eine Gesetzesbegründung vorenthielt, um – wie es hieß – die Fahndung nicht zu gefährden.

So ergibt denn die Analyse der parlamentarischen Realität wenig oder nichts, das den fragwürdigen Tendenzen unserer Gesetzgebung entgegenwirken könnte. Offenbar erkennen die allermeisten Abgeordneten nicht, daß bei den verschiedenen Arten von Gesetzen ein unterschiedlich hohes Maß an gesetzgeberischen Skrupeln angebracht ist. Bei Renten und Steuern, bei der Förderung von Mittelstand und Landwirtschaft, bei Umweltschäden und Unfallverhütung, bei Jugendschutz und Energie können vernünftige neue Vorschriften für mehr soziale Gerechtigkeit, bessere Volksgesundheit und mehr Lebensqualität sorgen. Bleibt der Erfolg aus oder treten ganz andere Wirkungen ein als die erwünschten, dann läßt sich alles verhältnismäßig leicht korrigieren; schlimmstenfalls werden dabei Steuergelder vertan und Betroffene verärgert. Wenn es aber um mehr innere Sicherheit geht, um die gesetzliche Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten, um mehr Befugnisse für die Polizei oder um die Verschärfung von Strafbestimmungen, so verändert jeder Eingriff das Gesetzgebers unweigerlich das Verfassungsklima; denn jedes Gramm zusätzliche Sicherheit, genauer: jede Gesetzesverschärfung, von der man sich mehr Sicherheit erhofft, kostet tatsächlich ein großes Stück bürgerlicher Freiheit, das – wenn überhaupt – erst nach langen politischen Kämpfen zurückgewonnen werden könnte.

Die viel beschworene „freiheitlich-demokratische Grundordnung“, ein von den Schöpfern des Grundgesetzes sorgfältig ausbalanciertes Verhältnis zwischen den Rechten des einzelnen Bürgers und den Bedürfnissen der Gemeinschaft, verliert dabei jedes Mal ein bißchen an Verbindlichkeit,

nicht an Rechtsverbindlichkeit natürlich, aber doch an Überzeugungskraft, an innerer Legitimität. Sie wird dem Bürger entfremdet. Je schwächer die Hemmungen der Legislative erscheinen, je häufiger sie in das empfindliche Gefüge des freiheitlichen Rechtsstaates eingreift, desto mehr verstärkt sich bei den Bürgern der Eindruck von dessen Revisionsbedürftigkeit. Indem das Parlament freiheitsbeschränkenden Neigungen im Volke nachgibt, heizt es sie nur weiter an und setzt sich selber immer stärker unter plebiszitären Druck. Das nächste Paket mit Anti-Terror-Gesetzen kommt bestimmt. Wer diese Dynamik durchschaut, kann eigentlich nur für einen Gesetzgebungsstopp in diesem Bereich plädieren.

VI.

Doch dazu, machen wir uns nichts vor, wird es nicht kommen. Die CDU/CSU-Opposition, von ihren autoritär-konservativen Instinkten ohnehin auf die weitere juristische Aufrüstung der Staatsmacht festgelegt, tut alles, was sie kann, um den plebiszitären Druck auf das sozial-liberale Regierungslager noch zu verstärken. Sie kommt mit immer härteren Vorschlägen, wohl wissend, daß es auch in der Koalition konservative und ängstliche Geister gibt, die wenigstens einen Teil davon aufgreifen möchten. Zusammen mit jenen Koalitionspolitikern, die zu Oppositionsvorschlägen – seien sie auch noch so sinnlos wie etwa die Überwachung von Gesprächen zwischen Strafverteidigern und Inhaftierten – nur ungern schlicht Nein sagen mögen, formiert sich dann bald eine sozial-liberale Initiative für die „mittlere Lösung“: zwar keine Überwachung von Verteidigergesprächen, aber doch eine niedrigere Verdachtschwelle für den Verteidigerausschluß; zwar keine generelle Ermächtigung zu Polizei-Razzien, aber doch grünes Licht für die Durchsuchung aller Wohnungen eines Gebäudes.

Weil aber die Koalition in diesem fatalen Wettbewerb mit der Opposition wegen stärkerer Skrupel und wegen der wachsenden Renitenz ihrer linken Flügelmitglieder nicht voll konkurrenzfähig ist, macht sie dabei für niemanden eine gute Figur. Den einen ist sie zu lasch, den anderen zu opportunistisch. Kein SPD-Bundesgeschäftsführer könnte es dem CDU-Generalsekretär gleichtun und aus purer Demagogie den Einsatz der Bundeswehr im Kampf gegen die Terroristen fordern. Am Ende bleibt der Opposition dann immer die Möglichkeit, zu den „mittleren Lösungen“ der Koalition Nein zu sagen und damit die Regierung nach Belieben an den Rand peinlicher Abstimmungen niederlagen zu treiben. Geht schließlich alles gut, so hat die Koalition wieder einmal – wie es so schön heißt – Handlungsfähigkeit bewiesen. Doch hätten solche Kraft-

akte wahrlich einen besseren Anlaß verdient. Als ob wirklich Terror und innere Sicherheit, nicht aber Arbeitslosigkeit und neue Gefahren für die Entspannung die wichtigsten Themen Bonner Politik wären.

VII.

Was die hier beschriebene Gesetzgebungshektik besonders gefährlich macht, das ist eine bei vielen handelnden Politikern zu beobachtende Geringschätzung jener Schranken, die ein Rechts- und Verfassungsstaat ihrem eigenen Tun sowie den Maßnahmen der ihnen anvertrauten Staatsorgane und Behörden gesetzt hat. Der gelegentliche Zynismus des ersten Bundeskanzlers beim Umgang mit dem Grundgesetz ist mittlerweile anekdotisch verklart worden. Dennoch sollten wir nicht ganz vergessen, wie bedenkenlos Konrad Adenauer 1962 in der „Spiegel“-Affäre zusammen mit seinem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß den staatlichen Machtapparat über Grundrechte und Strafverfahrensregeln hinwegtrampeln ließ, nur um eine unbequeme Zeitschrift mundtot zu machen. Als der jetzige Bundeskanzler Helmut Schmidt noch Innenminister in Hamburg war und ohne Rücksicht auf Zuständigkeiten und Befehlsstränge alles auf sein Kommando hören ließ, um mit einer großen Sturmflut fertig zu werden, mußte er sich von seinem Bürgermeister fragen lassen, ob eigentlich die Verfassung der Hansestadt noch gelte. In guter Erinnerung bleibt auch, wie der frühere Bundesinnenminister Hermann Höcherl in der Abhörfaffäre des Jahres 1963 seine „etwas außerhalb der Legalität“ operierenden Verfassungsschützer mit dem Hinweis zu entlasten suchte, die Herren könnten doch nicht den ganzen Tag „mit dem Grundgesetz unterm Arm“ herumlaufen. Der unlängst zurückgetretene Bundesverteidigungsminister Georg Leber eiferte dem Höcherl von 1963 nach, als er um Verständnis für seinen beim illegalen Lauschen ertappten militärischen Abschirmdienst warb. Seine MAD-Leute, so meinte Leber, hätten schließlich nicht nach den Methoden arbeiten können, „die in einem Nonnenkloster üblich sind“. Daß auch der Rechtsstaat seinen Dienern ein Gelübde abgenommen und strenge Regeln auferlegt hat, scheint Tatmenschen und Pragmatikern nicht immer gegenwärtig zu sein.

VIII.

Viele Politiker lassen es genau so wie allzu viele ihrer Wähler an Sensibilität gegenüber dem mit gescheiterten Revolutionen und verlorenen Kriegen so teuer erkauften Rechtsstaat fehlen. Sie empfinden die Rechts- und Verfassungsordnung vornehmlich als Korsett, das alle Politik und alles staatliche Leben unnötig einengt und noch mehr kompliziert als es die berüchtigten Sachzwänge ohnehin schon

tun. Zumal vor der Herausforderung des Terrors wollen die Politiker nicht wahr haben, daß ihnen beim Abwehrkampf Grenzen gesetzt sind. Gerade vor den fanatischen Feinden der freiheitlichen Grundordnung soll der Staat in respektabelster, abschreckender Wehrhaftigkeit dastehen; jedenfalls sollen die besorgten Bürger den Eindruck bekommen, es sei so. Imponiergehabe durch die Produktion neuer Gesetze könnte man das nennen. Die totale Absage der Terroristen an alles, was die meisten von uns Deutschen verbindet, verunsichert das Staatsbewußtsein und weckt deshalb den Drang, dem Treiben dieser politisch motivierten Gewaltverbrecher mit allen Mitteln ein Ende zu setzen.

Hinter den Vorbehalten gegenüber dem Rechtsstaat steckt die alte Vorstellung von der Staatsräson, daß nämlich — right or wrong, my country — im Notfall kein Staatsmann das von ihm als notwendig Erkannte nur deshalb unterlassen müsse, weil irgendwelche Bestimmungen es ihm verwehren. Ein preußischer König wollte nicht, daß sich zwischen ihn und sein Volk ein Stück Papier dränge, das ihn vielleicht hätte darin hindern können, das Notwendige zu tun. Nach der erste Reichspräsident Friedrich Ebert machte gegenüber der Weimarer Verfassung übergeordnete Handlungsmaximen geltend, als er sagte: „Wenn der Tag kommt, an dem die Frage auftaucht: Deutschland oder die Verfassung, dann werden wir Deutschland nicht wegen der Verfassung zugrunde gehen lassen.“ (Zitiert bei Otto Gessler, „Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit“, Stuttgart 1968, S. 324.) Daraus läßt sich leicht folgern, daß man die Republik nur als höchst gefährdet hinzustellen braucht, um unter Berufung auf den alten Sozialdemokraten Ebert die verfassungserhehlichen Fesseln in Frage zu stellen. Das entspricht dem Machtinstinkt, der immer nach Schlupflöchern, Hintertüren und Ausnahmen, nach möglichst großem Handlungsspielraum sucht. Es widerspricht aber dem Wesen eines Verfassungsstaates. Das Bonner Grundgesetz zieht der Staatsgewalt lückenlose Grenzen, an denen sie sogar bei inneren oder äußeren Gefahren und Notständen halt zu machen hat. Für solche Formen der Gegenwehr, die unsere Rechts- und Verfassungsordnung nicht vorsieht, für Freiheitsentziehung, Strafverfolgung oder Verfassungsschutz „etwas außerhalb der Legalität“ oder jenseits des Grundgesetzes bleibt kein Raum. Politische Notwendigkeiten außerhalb oder gar eine Staatsräson oberhalb des Grundgesetzes wollten seine Schöpfer nicht anerkennen.

IX.

Mittlerweile freilich hat sich als Folge der terroristischen Anschläge neben der vor zehn Jahren durch Grundgesetzänderung geschaffenen Not-

standsverfassung noch ein zusätzliches „Notstandsrecht unter der Hand“ entwickelt. Es sichert der Exekutive freie Bahn für Gefahrenlagen, die man – aus welchen Gründen auch immer – dem Publikum nicht bekannt machen will. Man könnte von einem „heimlichen Notstand“ sprechen, weil er nicht öffentlich erklärt oder festgestellt wird, sondern nur amtseintern als Selbstrechtfertigung von Gegenmaßnahmen dient, die als rechtlich fragwürdig gelten. So pflanzten Bedienstete des Bundes dem Atom-Experten Klaus Traube unter Verletzung des Grundgesetzes ein Abhörgerät in die Wohnung, nachdem ihn die Sicherheitsbehörden in leichtfertiger Weise der Zusammenarbeit mit Terroristen verdächtigt hatten. Und zwei Landesminister in Baden-Württemberg ließen heimlich die Gespräche zwischen Stammheimer Häftlingen und deren Anwälten abhören, obwohl doch der Bundestag kurz zuvor eben diese Maßnahme verworfen hatte. Als die heimlichen Notstandsmaßnahmen ruchbar wurden, beriefen sich die erappten Verantwortlichen auf übergesetzliches Ausnahmerecht beziehungsweise auf den Notstandsparagraphen des Strafgesetzbuches, der die Verletzung eines Rechtsgutes zugunsten eines höherwertigen rechtfertigt.

Dabei drängt sich die Frage auf, ob mit diesem Rekurs auf einen „heimlichen Notstand“, den die Exekutive selbstherrlich feststellt und nach eigenem Gutdünken mit den ihr zweckmäßig erscheinenden Mitteln bekämpft, jederzeit und ohne Wissen der Betroffenen Grundrechte außer Kraft gesetzt werden können. Wäre es so, könnte von einer Bindung der Staatsgewalt an die Verfassung kaum mehr gesprochen werden. Wann und wo die Grundrechte noch gelten, das stünde fortan im Ermessen unserer Regierung, der damit die Kompetenz zur ständigen Durchbrechung der Verfassung zugefallen wäre, und wir lebten im Willkürstaat.

Als später ohne jede Rechtsgrundlage die Kontaktsperre für die mutmaßlichen und die überführten Terroristen in den Haftanstalten verhängt wurde, da konnte man im Klima der allgemeinen Empörung über die Entführung Schleyers von vornherein in aller Offenheit den fragwürdigen Notstandsparagraphen aus dem Strafgesetzbuch zur Rechtfertigung heranziehen. Die Abgeordneten hatten inzwischen aus dem Fall Traube und dem Stammheimer Abhörskandal gelernt, daß die Exekutive ohnehin entschlossen ist, das angeblich Notwendige ohne Rücksicht auf die Verfassung zu tun, und nicht zuletzt deshalb beeilte sich das Parlament, die fragwürdige Regierungspraxis durch das fragwürdige Kontaktsperregesetz nachträglich zu legalisieren. So kann also die Exekutive durch ein verfassungsrechtlich anfechtbares Vorpreschen dem Gesetzgeber auch noch Beine machen! Wenn der „heim-

liche Notstand“ erst gesellschaftsfähig wird, muß er im Wechselspiel mit der ohnehin zunehmenden Hektik des Gesetzgebers den Rechtsstaat früher oder später auf die schiefe Ebene und ins Rutschen bringen.

Unverändert aktuell bleibt denn auch, was Adolf Arndt, der verstorbene Rechtsexperte der SPD, über den leichtfertigen Umgang mit dem Grundgesetz und dem Rechtsstaat gesagt hat. „Der ärgste Angriff auf die Rechlichkeit des Staates“, so warnte er 1961, „ist die wieder und wieder aufblackernde Angst, es könne doch höchst-politische Aufgaben geben, die sich einer rechtlichen Normierung entzögen. Mit der letzten Gewißheit, daß es keinen Primat der Politik vor dem Recht geben kann, steht und fällt der Rechtsstaat. Wer von einem Primat der Politik vor dem Recht meint, nicht lassen zu können, muß sich anrufen lassen, daß er sich auf schreckliche Spuren der Willkür begibt... Eine freilich rechtstaatliche Verfassung wie das Bonner Grundgesetz ist nicht als bloßes Netz zu begreifen, das die Allmacht eines Leviathans Staat an stillen Tagen vorläufig hemmt, aber das er, wenn es – nach wessen Meinung? – darauf ankommt, abwerfen könnte. Eine solche Verfassung versteht sich als schöpferischer Grund der nach dem Maß des Rechts von ihr geschaffenen und verliehenen Befugnisse der Staatsorgane. Aus ihrer Sicht ist ein überverfassungsgesetzlicher Notstand als Rechtsbegründung ausgeschlossen, da sie aufhören müßte Verfassung zu sein, wenn es ihr an ausnahmsloser Vollständigkeit und Unverbrüchlichkeit mangelte. Jede Spekulation mit einem verfassungsgelosen Ausnahmezustand... trifft die Verfassung nicht minder zerstörend als andere Gegner, die ihre Untergrabung vorbereiten... Der angeblich überverfassungsgesetzliche Staatsnotstand als Schein der Rechtfertigung ist ein Tarnwort für Verfassungsbruch.“ (Adolf Arndt, „Gesammelte Juristische Schriften“, München 1976, S. 162 f.)

Diese Warnung Adolf Arndts, so bleibt am Ende noch hinzuzufügen, sollte der Bundesinnenminister durch Rundverfügung in allen Amtsstuben, seine eigene nicht ausgenommen, und in allen Abgeordnetenzimmern aushängen lassen. Denn der gefährlichste Notstand, der unseren Rechtsstaat und die Verfassung bedroht, geht nicht von den Terroristen aus. Er wird erst von jenen geschaffen, die in unruhigen Zeiten der rechtsstaatlichen Ordnung nur noch trauen mögen, indem sie alles Trachten darauf richten, unsere Republik immer weiterfester, unsere Demokratie immer risikoloser zu machen. Der wahre deutsche Notstand bleibt die Furcht vor der Freiheit.

Wichtige Neuerscheinung

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSARCHIVE

Nachweis historischer Quellen in Unternehmen, Kammern und Verbänden

Herausgegeben von Klara van Eyil, Sybille Grube-Bannasch, Angela Kaltenbrunner, Renate Köhne, Carl A. Reichling, Hans-Jürgen Reuss, Horst A. Wessel

im Auftrag der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e. V.

1978. Loseblattsammlung. VIII, 484 Seiten. Ringordner DM 34,—
ISBN 3-515-02810-2

Die notwendige Intensivierung der unternehmensgeschichtlichen Forschung in Deutschland erfordert als unabdingbare Voraussetzung möglichst umfassende Informationen über die in Unternehmen, Kammern und Verbänden verwahrten Quellen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte. Da ein eigenständiges Fundstellenverzeichnis bisher fehlte, sah die 1976 gegründete Gesellschaft für Unternehmensgeschichte hier eine ihrer vorrangigen Aufgaben.

Die nun vorliegende Loseblattsammlung weist mehr als 400 Archive bzw. Fundstellen mit insgesamt über 700 Beständen nach und ist damit das umfassendste Spezialverzeichnis dieser Art auf der Welt. Sie informiert über Herkunft, Art, Inhalt, Alter und Umfang der vorhandenen Archivunterlagen sowie über die verfügbaren Findmittel und die Benutzungsmöglichkeit. Zwei umfangreiche Register erschließen das Verzeichnis.

Das Verzeichnis wird durch Nachträge ergänzt werden.

FRANZ STEINER VERLAG GMBH · WIESBADEN

Gerhard Jahn: Furcht vor der Freiheit?

In der Auseinandersetzung um die innere Sicherheit wird Kritik von zwei gegensätzlichen Standpunkten geführt. Der einen Seite ist keine Stärkung der Staatsmacht groß genug. Ihre Elle heißt: Freiheit oder Unsicherheit. Mit dieser entlarvenden Gegenüberstellung leitete ein Arbeitskreis des CSU-Parteitages am 23./24. September 1977 seine Thesen zur inneren Sicherheit ein.

Die andere Seite sieht einen „heimlichen Notstand“ und uns auf dem „Weg in eine andere Republik“ in jeder auf Verbesserung der inneren Sicherheit gerichteten Veränderung. Beiden Seiten ist eines gemeinsam. Genau nehmen sie es mit dem Grundgesetz nicht. Dessen Stärke und Wirkung besteht darin, daß es keine Einseitigkeiten kennt und will. Artikel 2 des Grundgesetzes gibt eine Grundrichtung an, die auch für alle anderen Grundrechte gilt. Dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit steht gegenüber das Recht der anderen Bürger, das so wenig verletzt werden darf wie die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz. Der Bestand der Freiheitsrechte beruht auf dem ausgewogenen Verhältnis beider Rechte zueinander. Je mehr die freie Übereinstimmung aller Bürger dieses Verhältnis bestimmt, desto weniger muß die Grenze, deren Überschreiten „die Rechte anderer verletzt“, im einzelnen bestimmt werden. Die für das Bewahren der verfassungsmäßigen Ordnung verantwortlichen Staatsorgane können und müssen nur soviel regeln und entscheiden, wie es die Ausgewogenheit fordert. Wird diese jedoch in Frage gestellt oder sogar angegriffen, das freie Übereinkommen der Bürger also gestört oder soll es zerstört werden, dann muß überdacht werden, ob die Ausgewogenheit zwischen dem Recht des einzelnen und der dem Schutz der „Rechte anderer“ dienenden Rechtsordnung weitere Regeln nötig macht.

Freiheitsrechte ruhen nicht jenseits der Verfassungswirklichkeit in sich selbst. Sie müssen auch dann sicher gelten, wenn die Verfassungswirklichkeit sich verändert. Aufgabe der Verfassungsorgane ist es, Veränderungen zu erkennen und ihnen dadurch zu entsprechen, daß jede Weiterentwicklung der Rechtsordnung sorgsam den Grundsatz der Ausgewogenheit beachtet.



In einem auf genauen Beobachtungen beruhenden Beitrag zu einer Festschrift zu Alex Möllers 75. Geburtstag hat Reinhold Zundel eine „Bilanz der Freiheitspraxis in der Bundesrepublik Deutschland“ gezogen. Er sagt dort: „Wir müssen in den Auseinandersetzungen um unsere Freiheit und die für die Freiheit der anderen notwendige Beschränkung der eigenen Freiheit immer wieder auf die Zusammenhänge des Verfassungssystems hinweisen. Wir müssen alle bereit sein, uns für diese Zusammenhänge streitbar einzusetzen. Wir müssen auch bereit sein, dem Mißbrauch durch Worte zu wehren.“ Stellt man einer allgemeinen, auf einseitige Bewertung gerichteten Beurteilung das wirkliche Verhalten der Verfassungsorgane in der Bundesrepublik gegenüber, dann wird das stete Bemühen um Ausgewogenheit und Achtung vor den verfassungsgerechten Zusammenhängen jedenfalls dann sichtbar, wenn genau geprüft wird.

Wie in vielen anderen Ländern mußte die Bundesrepublik Deutschland sich einer neuen Erfahrung stellen. Dem terroristischen Verbrechen war und ist mit den überkommenen Mitteln der Verbrechensbekämpfung allein nicht wirksam zu begegnen. Schritt für Schritt, ohne Übereifer und mit Augenmaß wurde unsere Rechtsordnung da ergänzt, wo sie nur durch solche Ergänzungen dem neuen Verbrechen wirksam entgegenzutreten konnte.

Die neuen Erfahrungen führten zu vier Schwerpunkten in den Entscheidungen und Vorlagen der Bundesregierung und in der Gesetzgebung des Bundestages:

1. Unzureichende Regelungen über die Befugnisse des Bundeskriminalamtes und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Behörden der Bundesländer sowie mangelhafte Rechtsgrundlagen für eine rechtsstaatlich geordnete Strafverfolgung waren zu überprüfen. Die organisatorischen Mängel wurden und werden derzeit noch abgebaut.

Die Rechte und Grenzen der Strafverfolgungsbehörden bei der Suche nach Terroristen wurden eindeutig festgelegt. Der Schutz der Bürger vor möglichen Übergriffen der Staatsgewalt wurde damit gefestigt. Sämtliche neuen Rechte der

Strafverfolgungsbehörden können nicht etwa auf den „leisesten Verdacht“ gegründet werden, sondern sind nur anwendbar, wenn dringender Verdacht auf das Vorliegen einer bestimmten Art von Straftaten, nämlich terroristischer Verbrechen, besteht. Und dieser dringende Verdacht muß zudem auf bestimmte Tatsachen gegründet sein. Keine Wohnung, kein Haus kann auf der Suche nach Terroristen betreten, kein Bürger angehalten und seine Identität festgestellt werden, ohne daß diese strengen Maßstäbe gelten.

2. Es gab neue Arten von Straftaten, die wir vorher nicht kannten. Luftpiraterie, Befürwortung oder Androhung von sowie die Anleitung zu schweren Gewalttaten und die Bildung terroristischer Vereinigungen mußten unter Strafe gestellt werden, um der Rechtsordnung eine rechtsstaatlich begründete Ahndung möglich zu machen.
3. Neu war auch die Erfahrung, daß terroristische Gewalttäter in ihrer unbedingten Ablehnung jeden geordneten rechtsstaatlichen Verfahrens den Gerichten die Möglichkeit nehmen wollten, ihren Auftrag zu erfüllen. Neu war auch, daß Rechtsanwälte ihre Rechte mißbrauchten und gemeinsame Sache mit den Terroristen machten, ohne daß die bestehende Berufsgewalt solche Rechtsanwälte an ihrer Tätigkeit zu hindern vermochte. Neu war schließlich auch, daß es in Haft befindlichen Terroristen immer wieder gelang, Verbindung zu den noch in Freiheit befindlichen Straftätern zu halten und an ihren Entscheidungen mitzuwirken. Deshalb mußten den Gerichten die Rechte gegeben werden, die sie brauchten, um den Strafanspruch der Gemeinschaft in rechtsstaatlicher Weise durchsetzen zu können. Deshalb mußten Wege geschaffen werden, um Verteidiger daran zu hindern, die ihnen von der Rechtsordnung übertragenen Vorrechte als Rechtsanwälte gegen diese Rechtsordnung einzusetzen. Deshalb mußte der Kontakt zwischen inhaftierten Terroristen und denen, die dabel waren, Leben und Freiheit von Mitbürgern zu gefährden, jedenfalls dann unterbrochen werden,

wenn nur so die Lebensgefahr für Opfer terroristischer Verbrechen gemindert werden kann.

4. Neu war die Erfahrung der Zusammenarbeit von Terroristen über die Grenzen der Staaten hinweg. Deshalb wurden Abkommen zur wirksamen internationalen Bekämpfung notwendig und abgeschlossen.

Alle unter diesen Voraussetzungen beschlossenen Maßnahmen und Gesetze haben eine unverkennbare Zielrichtung. Sie sollen unsere Rechtsordnung in den Stand versetzen, neuen Formen des Verbrechens gewachsen zu sein, sie so gut – und das heißt auch so rechtsstaatlich genau – wie möglich abwehren zu können. Zäh und hartnäckig hat die sozial-liberale Koalition dabei darauf geachtet, das Maß der staatlichen Befugnisse so fest zu beschreiben, daß „Grauzonen“ und damit auch Unsicherheiten vermieden wurden. Nur eine Rechtsordnung, die fähig ist, die „Rechte anderer“, nämlich aller Bürger, und die verfassungsmäßige Ordnung gegen Verletzungen zu schützen, stellt jenes ausgewogene Verhältnis zwischen dem einzelnen und der Gemeinschaft her, das Artikel 2 des Grundgesetzes fordert.

Keine der hierzu erforderlichen Entscheidungen im Deutschen Bundestag ist ohne sorgfältige und in der Regel lange, ausführliche und gründliche Beratung erfolgt. Es ist gewiß eine Schwäche unseres Parlamentes, daß es Art und Umfang seiner Beratungen wenig erkennbar und sichtbar machen kann. Doch läßt sich für den, der es sehen will, aus der langen Beratungszeit zwischen Einbringen und Verabschieden der Gesetze ablesen, daß hier nicht mit leichter Hand und ohne Rücksicht auf die Zusammenhänge gearbeitet worden ist. Selbstbewußtsein und Verantwortungswillen der Abgeordneten zeigen sich darin, daß keine Vorlage ohne oft weitreichende Veränderungen verabschiedet worden ist. Jede Frage, jeder Vorbehalt, jedes Bedenken wurde in Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen, in Fraktionsvorständen und in Fraktionen, in Ausschüssen und schließlich im Plenum des Bundestages ausführlich, oft mehrfach, häufig in Sitzungen, deren Zahl und Dauer nicht zu beziffern sind, aufgegriffen und gewogen. Auch das ungewöhnlich schnell beschlossene sogenannte

Kontaktsperrengesetz wurde von diesem Verfahren nicht ausgenommen. Keine Forderung, kein Vorschlag, den die Bundesregierung und für sie die dem Grundgesetz verpflichteten Beamten aus ihrer Verantwortung vorgelegt haben, wurde ungeprüft übernommen. Es wurde so lange miteinander gearbeitet, bis am Ende auch sehr gegensätzliche Auffassungen so zueinander gebracht werden konnten. Kompromisse sind nicht erzwingbar. Der Deutsche Bundestag hat sich in seiner Mehrheit als kompromißfähig und damit als entscheidungsfähig erwiesen. Er hat dabei in seinen Entscheidungen Augenmaß bewiesen. Er hat Stimmungen nicht nachgegeben. Die überzogenen, oft maßlosen, einseitigen Forderungen der Opposition hatten – auch nach sorgfältiger Prüfung – keine Aussicht auf Annahme.

Wer sich allerdings nicht der Mühe unterzieht, die Sorgfalt und gegenseitige Geduld zur Kenntnis zu nehmen, die dem parlamentarischen Prozeß der Meinungs- und Willensbildung zugrundeliegt, muß offenbar seine Zuflucht zur Legendenbildung nehmen. Wer sich und anderen einreden will, diejenigen unterwürfen sich einem „imperativen Mandat“ oder beugten sich den „Machtansprüchen von Regierung, Partelspitze und Fraktionsmehrheit“, die den Wählerauftrag ernst nehmen und ihre Entscheidungen in der Freiheit und Unabhängigkeit des einzelnen Abgeordneten treffen, muß gefragt werden, was ihm parlamentarische Mehrheiten in der Demokratie bedeuten.

Die Mehrheit von Sozialdemokraten und Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat ihren Auftrag zu erfüllen. Dieser Auftrag darf nicht verächtlich gemacht werden als Machtanspruch. Der Auftrag der Wähler überträgt Macht. Sie im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung auszuüben, ist die Aufgabe, die von Regierung und Parlament auszuführen ist. Gibt es in diesem Staat denn bessere Garanten unserer freiheitlichen Ordnung? Hat denn jemals diese Mehrheit ihre Aufgabe bewußt vernachlässigt oder mißbraucht? Nimmt sie nicht ihre Kontrollaufgabe auch gegenüber Fehlern bei der Ausübung staatlicher Macht wahr?

Die Mehrheit der sozial-liberalen Koalition

Heldemarie Wleczorek-Zeul: Zehn Jahre nach der Studentenbewegung

im Deutschen Bundestag war es doch, die jenen schweren staatlichen Übergriff im Abhörfall Traube nicht auf sich beruhen ließ. Die Folgerungen daraus wurden genau geprüft, sorgsam beraten, mündeten in einen eigenen parlamentarischen Gesetzentwurf und führten schließlich zum ersten Mal in der Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland zur gesetzlich begründeten parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste. Daß die dadurch gebildete, aus der Mitte des Bundestages gewählte Parlamentarische Kontrollkommission mittlerweile arbeitet, hat nicht nur das Kontrollrecht des Parlamentes verbessert. Es hat die Sicherheit der Bürger unseres Landes vor staatlicher Willkür gestärkt. Das Parlament hat seinen Willen und seine Fähigkeit zur Kontrolle bewiesen. Es hat damit die Gewähr dafür übernommen, auch weiterhin Kontrolle zu üben, wo sie notwendig erscheint. Die eigenen Entscheidungen, ihre Anwendung, ihre Wirkung sind davon nicht ausgenommen.

Der Bundestag hat sich als fähig erwiesen, durch seine sozial-liberale Mehrheit den Verfassungsauftrag zu erfüllen. In der ständigen Auseinandersetzung um das ausgewogene Verhältnis zwischen dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit des einzelnen und der für alle verbindlichen Rechtsordnung ist ein Abschnitt verarbeitet worden, in dem unsere Freiheit an neuen Entfaltungen zu messen und zu sichern war. Die Antworten von heute werden nicht auch die von morgen sein. Solange die Verfassungsorgane unseres Staates bereit sind, das Gleichgewicht zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit als immer wieder neue Aufgabe zu verstehen und anzunehmen, solange wird niemand „Furcht vor der Freiheit“ haben müssen.

Zum Thema „10 Jahre nach 1968“ sind viele Artikel geschrieben und viele Erinnerungen und Analysen angestellt worden. Mich erfüllt die Erinnerung an die Studentenbewegung einerseits mit dem Gefühl der Dankbarkeit, andererseits mit dem der Trauer: Dankbarkeit, weil ich selbst von ihr geprägt und durch sie beeinflusst worden bin – zu einem Zeitpunkt, da ich selbst schon politisch aktiv war. Trauer, weil ich spüre, daß den Jugendlichen von heute ein solcher gemeinsamer kritisch-politischer Lernprozeß vorenthalten bleibt. Damit wird ihnen aber eine Möglichkeit verweigert, die ihre Grundeinstellung zu Prozessen der demokratischen Veränderung prinzipiell prägen könnte. Denn die politische Sozialisation der Studentenbewegung und ihr emanzipatorischer Ansatz – auch wenn er häufig allein auf die individuelle Emanzipation zielte – hat aus Kindern bürgerlich geprägter Elternhäuser politisch und sozial engagierte gemacht, hat in alle Lebensbereiche und in alle sozialen Gruppen hineingestrahlt, hat prinzipiell fortschrittliche Grundeinstellungen zur Gesellschaft mitgeschaffen, die wie „Kohorten“ durch das ganze Leben mit uns „vorrücken“.

Deshalb ist für mich die Beschäftigung mit der Studentenbewegung viel weniger ein Problem der nachträglichen Aufarbeitung der Vergangenheit oder nostalgischer Träume, sondern die Aufforderung an die, die durch sie politisch geprägt wurden oder sie selbst mitgeprägt haben, neue Verhältnisse zu schaffen, in denen die Jugendlichen von heute die Chance demokratischer Veränderbarkeit und die Notwendigkeit der Emanzipation erkennen können und sich entsprechend engagieren.

II.

Es ist kein Vorwurf an die Jugendlichen von heute, wenn man konstatiert, daß sie augenblicklich in ihrer Mehrheit kein Potential kritischer politischer Veränderung darstellen. Die Reaktionen der Jugendlichen auf veränderte ökonomische und politische Situationen sind erklärbar und verständlich:

– Wo die Chance der eigenen Entwicklung durch Arbeitslosigkeit real blockiert wird oder scheint, sind Angst und deshalb

Rückzug auf einen überschaubaren, weniger ängstigenden privaten Raum und damit die Aufgabe des möglichen gesellschaftlichen Engagements die fast zwingende Folge.

- Wo keine Zukunftsperspektive einer gerechten, menschlichen, d. h. sozialistischen Gesellschaft, wo kein gangbarer Weg dahin aufgezeigt werden, läßt auch das Engagement für solche Ziele spürbar nach, wird Politik empfunden als Kumpanel von Cliquen und Funktionären, als Nachvollziehen bereits getroffener Entscheidungen im wirtschaftlichen Bereich. Je mehr die Politiker Politik als Vollzug von Sachzwängen aus der Ökonomie interpretieren und sich damit selbst des Anspruchs der politischen Gestaltung der Verhältnisse begeben, um so mehr begeben sich die Jugendlichen ihres Anspruchs der Mitgestaltung, um so mehr vollziehen sie die Lethargie der Politiker nach.
- Wo keine politischen Grundwerte aufgezeigt oder Politik im Gegensatz zu erklärten Grundwerten betrieben wird, ist Hochkonjunktur für „Ersatzwerte“: Einer der Gründe für das Wiederaufflackern längst totgeglaubter rechtsradikaler bzw. neonazistischer Tendenzen, Symbole und Legenden auch bei Jugendlichen liegt sicher darin, daß hier ein Vakuum in der Orientierung vorhanden ist, das sich am ehesten mit dem füllt, was unschwellig noch immer vorhanden ist. Dies war nicht möglich zu den Zeiten, in denen die antifaschistische Grundhaltung der SPD sich glaubwürdig in den Spitzenpolitikern der BRD, Bundeskanzler Brandt, Bundespräsident Heinemann, dokumentierte.
- Wo die Bandbreite der politischen Diskussion auf das Spektrum zwischen den „anerkannten“ Parteien bzw. auf das zwischen „Welt“ und „Frankfurter Rundschau“ reduziert wird, wo durch Konservativ-Reaktionäre der Verfassungskompromiß nach rechts verschoben wird, wo das Bekenntnis zum „Staat“ als solchem zur Vorbedingung demokratischer Anerkennung gemacht wird, müssen Jugendliche den falschen Eindruck gewinnen, daß Veränderungen in unserer Gesell-



schaft nur gewaltsam und unter Bruch der demokratischen Legalität verwirklicht werden können. Man schafft mehr „Sympathisanten“ des Terrorismus durch solchen Immobilismus, als es der Agitation einer kleinen Gruppe von Desperados jemals gelingen könnte. Es war nicht die Forderung nach „Identifikation“ mit dem Staat, wie er uns noch als CDU-Staat in Erinnerung ist, die uns in den sechziger Jahren zu politischem Engagement in dem Staat „Bundesrepublik“ bewegte. Sondern es war die Tatsache, daß es wichtige, große gesellschaftliche Gruppen wie SPD und Gewerkschaften gab, die uns gerade die Notwendigkeit der demokratischen Reformen des Staates und der Gesellschaft vor Augen führten. Statt dessen wächst heute die Kluft zwischen den Parteien insgesamt, den „öffentlich akzeptierten“ politischen Positionen einerseits und den Universitäten und ihrem Diskussionspektrum immer stärker.

- Wo mit dem Radikalerlaß die politische Diskussion durch gesellschaftliche „Aussonderung“ als „Verfassungsfeind“ ersetzt wird, wächst gleichzeitig die Unfähigkeit, dogmatische Positionen durch Diskussion zu überwinden. So hat der Radikalerlaß zusätzlich zu dem Effekt der Schaffung einer „Rentnerhaltung“ bei Jugendlichen gleichzeitig den Effekt, im Bereich politisch bereits Bewußter die Lernunfähigkeit zu fördern.

III.

Was kann die SPD tun, um dieser Entwicklung bei den Jugendlichen entgegenzuwirken? Denn daß die SPD gefordert ist, scheint selbstverständlich: Ebenso wie die Jugendlichen der Studentenbewegung ihre politische Grundeinstellung relativ unverändert durch ihr ganzes Leben mit sich tragen, werden die Jugendlichen von heute ihr Bewußtsein als Erwachsene weiter behalten. Was heute an konservativem Bewußtsein entwickelt wird, wird sich in seiner ganzen Tragweite erst in der Zukunft entfalten. Die Schubkraft der Studentenbewegung half der SPD, wichtige Veränderungen und Reformen zu verwirklichen. Wenn heute nichts geschieht, wird diese

Schubkraft nicht nur in Zukunft fehlen, sondern es wird sich mehr Schubkraft für konservative Politik entwickeln.

Die SPD muß deshalb heute alles tun, um eine neue gesellschaftliche Bewegung zu fördern.

1. Wichtigste Vorbedingung dafür ist die Ausweitung des Diskussionspektrums in der BRD, die Abwehr aller Versuche, andere politische Meinungen durch Kriminalisierung oder Illegalisierung aus dem „zugelassenen“ Meinungsspektrum auszublenden. Beim Radikalerlaß hat die SPD-Spitze mit Willy Brandt und Egon Bahr eine wichtige Initiative in diesem Sinn ergriffen. Nun muß sie auch von den SPD-regierten Ländern umgesetzt werden. Der Radikalerlaß muß endlich auch bei politisch bisher nicht überzeugten Kräften als das erkannt werden, was er in seiner Auswirkung eigentlich ist: Ein Mittel, Vielfalt der Meinungen zu behindern, ein zutiefst antipluralistisches und deshalb antidemokratisches Instrument.

Dies muß aber auch für die Zukunft in anderen Bereichen gelten: Politisch noch so gefährlichen Positionen ist nicht per Gesetzgebung à la § 88 a beizukommen, sondern nur durch offene politische Auseinandersetzung und Diskussion, die die Bevölkerung miteinbezieht.

Ausweitung des Diskussionspektrums muß aber auch im Bereich der Medien stattfinden. Hoffentlich trägt der Eindruck, der augenblicklich vorherrschend ist: Nämlich, daß die SPD bzw. die von ihr mitgetragene Bundesregierung wenig tut, um gesetzlich die innere Pressefreiheit zu sichern oder aber den Prozeß zu kontrollieren, der mit verstärktem Einsatz von Computern und neuen Technologien nicht nur Arbeitsplätze frisst, sondern auch die Meinungsvielfalt.

Dabei kommt gerade diesem Bereich Vorrang zu: Je stromlinienförmiger öffentliche Meinung „gebildet“ werden kann, um so leichter können Reform- und Veränderungskonzeptionen schon im Vorfeld abgewertet werden.

2. Die SPD kann und muß das politische Klima vor allem dadurch beeinflussen, daß sie politische Orientierungspunkte setzt, politische Perspektiven aufzeigt und politische Werte

und Haltungen fördert und verwirklichen hilft, die Alternativen zu den im Kapitalismus angelegten darstellen.

Bei aller Würdigung einzelner Reformenfolge und erzielter Verbesserungen hat bisher die SPD-Regierungspolitik keine politisch motivierende und bewegende Perspektive zu unserer jetzigen Gesellschaft aufgezeigt. Gerade aber das Ziel einer humanen demokratischen Gesellschaft, das eben noch keineswegs erreicht ist, wäre geeignet, Jugendliche hier und heute für konkrete Reform- und Veränderungsarbeit zu motivieren. Andere Bruderparteien haben mit Erfolg solche Zukunftsprojekte entwickelt. Vielleicht könnte eine neue Programmdiskussion in der SPD ähnlich mobilisierende Funktion haben.

Die SPD muß durch eine veränderte Reformkonzeption, durch die Verknüpfung von parlamentarischer Reform und Basisbewegung wieder die öffentliche Diskussion bestimmen. Sie könnte damit auch wieder die „geistige Führung“ in der Diskussion der BRD übernehmen. Statt dessen bestimmen augenblicklich die Behinderung und das Scheitern sozialdemokratischer Reformen die öffentliche Diskussion.

Wir müssen endlich von unseren schwedischen Genossen lernen, unsere Reformen so anzulegen, daß sie auf dezentraler Mobilisierungsarbeit aufbauen, daß wir die gesamte Parteilarbeit auf jeweils ein Reformprojekt konzentrieren und dies mit unserer parlamentarischen Arbeit verbinden.

Also: Weg von der „Volksbeglückung“ durch Gesetze allein „von oben“: Sie sind allzu leicht über den Bundesrat bzw. über die „Dritte Kammer“, zu der sich das Bundesverfassungsgericht zu entwickeln scheint, aufzuhalten. Nur wenn der einzelne in seinem Lebensumfeld die Notwendigkeit und Möglichkeit der demokratischen Veränderung und Beteiligung positiv erfahren hat, wird er solche Reformen auch auf „höheren“ Ebenen unterstützen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der SPD wäre es, Werthaltungen zu fördern, die Alternativen zu kapitalistischem Elitengebrauch darstellen. Die SPD bzw. ihr Vorsitzender hat hier bereits wertvolle Ansätze gemacht: Mit der Diskussion über die Notwendigkeit der Solidarität gegenüber den Ländern der Dritten

Welt und die Notwendigkeit der Abrüstung ist eine moralische Kategorie wieder in die Politik eingeführt worden, die Jugendliche heute ähnlich motivieren könnte, wie das bei der Ostpolitik und bei der Versöhnung mit unseren osteuropäischen Nachbarn der Fall war.

3. Damit Solidarität aber nicht angesichts wachsender wirtschaftlich-politischer Probleme verschüttet wird und damit die Zukunftsperspektiven für Jugendliche auch in der Realität wieder geöffnet werden, ist nicht zuletzt auch eine reale Veränderung der Wirtschaftspolitik notwendig: Nicht Aufgabe jeder Forderung nach Umverteilung der Einkommen, sondern gerade mehr Gleichheit bei der Verteilung der Primäreinkommen muß das Ziel sein.

Konsequente Vollbeschäftigungspolitik durch mehr öffentliche Reform-investitionen, gesamtwirtschaftlicher Rahmenplan, der öffentliche und private Investitionsplanung integriert und Quoten festlegt, deutliche Arbeitszeitverkürzungen und die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes, das sich als ungeeignet erwiesen hat, qualifizierte Ausbildungsplätze zu sichern, müssen die an der Basis verankerten Forderungen sein.

Wenn die SPD insgesamt eine solche neue gesellschaftliche Initiative beginnt, wird schlagartig auch die politische Entmutigung von Jugendlichen zurückgehen, werden „Ersatzwerte“ und „Aus dem Feld gehen“ immer weniger als scheinbare sinnvolle Alternative von Jugendlichen gewählt werden.

Die Jugendorganisation der SPD, die Jungsozialisten, kann die Aufgabe der politischen Mobilisierung von Jugendlichen, um die sie sich besonders bemüht, ohne eine solche politische Initiative der SPD allein nicht schaffen. Eine solche Initiative würde deshalb auch positive Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen SPD und Jungsozialisten haben.

Hermann Scheer: Politische Planung in der Partei

Politische Planung war immer ein hervorgehobenes Anliegen sozialdemokratischer Politik. Entsprechende Versuche sind auf Regierungsebene in vielfältiger Form unternommen worden, so daß heute ein realistisches Bild über Ansatzpunkte und Möglichkeiten einer Regierungsplanung besteht. Anfangs wurde die Komplexität einer wirkungsvollen Regierungsplanung ebenso unterschätzt wie die innerbürokratischen Widerstände und Reibungsprobleme, ganz zu schweigen von der Erkenntnis, daß politische Planung kein Ersatz für die Austragung von Interessenkonflikten und politischen Machtkämpfen ist. Die Einsicht hat sich durchgesetzt, daß politische Planung mehr eine wichtige Funktion bei der Umsetzung politischer Ziele zukommt, sie dagegen nicht das zentrale Instrument der Durchsetzung von Zielen sein kann. Die Durchsetzung ist die Aufgabe des politischen Kampfes, mangelhafte Planung führt zu schlechter Umsetzung und aus diesem Grunde häufig zu politischen Rückschlägen, Fehlern, Versäumnissen, kann gar dazu führen, daß eine bereits durchgesetzte Politik sich wieder aufhebt. Ohne gut geplante Umsetzung gibt es deshalb auch keine langfristig wirksame Umsetzung von Zielen. Dies betrifft die politische Planung auf Regierungs- und Parlamentsebene. Zahlreiche Probleme des Regierungshandelns zeigen, wie sehr mehr politische Planung, ressortübergreifend und mit einem adäquat verstandenen Stellenwert, not tun würde.

Mindestens ebenso notwendig ist aber politische Planung in der Partei, wobei ihre Aufgabe und ihr Stellenwert anders zu verstehen sind als auf Regierungs- und Parlamentsebene. In dieser Richtung gibt es vergleichsweise wenig Überlegungen, obwohl sich in den letzten Jahren ihre Notwendigkeit mehr und mehr aufgedrängt hat.

Wie in Regierung und Parlament gilt: natürlich wurde immer „politisch geplant“ — jede vorbereitende Handlung gehört im weitesten Sinne dazu. Die Frage ist immer nur: wie systematisch wird vorgearbeitet, wie ist die Reichweite, wie wird angesetzt, um zu optimalen Problemlösungen zu kommen? Diese Frage muß gestellt werden, wenn man die Handlungsfähigkeit der Partei für unzureichend hält, um auf die zentralen Gegenwartsherausforderungen

antworten zu können und der Strategie der Unionsparteien gewachsen zu sein.

Da bereits betont worden ist, daß jede Art von Parteipolitik, insbesondere natürlich in Wahlkämpfen, etwas mit politischer Planung zu tun hat, ist es schwierig, den Unterschied erkennbar zu machen, der zwischen gewohntem bzw. hergebrachtem Handeln der Partei und politischer Planung besteht. Genaugenommen ist der Unterschied der zwischen undurchdachter und unvollkommener politischer Planung und besser durchdachter politischer Planung. Die Partei stellt Programme auf und versucht, die darin enthaltene Beschreibung gesellschaftlicher Probleme und ihre Grundsatz- und Einzelziele zu verdeutlichen. Sie formuliert für einen kürzeren Zeitraum gedachte Wahlprogramme. Sie nominiert Kandidaten, wirbt für diese und mit ihnen für ihre Programme. Sie muß laufend als Antwort auf die vorhandenen Probleme der Gesellschaft mit ihrer Problemblick politische Meinung beeinflussen. Sie muß aus diesem Grunde in den Medien präsent sein und in gesellschaftlichen Organisationen repräsentiert sein. Sie muß auf alle Probleme Antworten parat haben und sich deshalb eine Vielzahl von Fachkommissionen zulegen. Sie muß für die Regierung bzw. für ihre Parlamentsfraktion werben.

Indem die Partei die gesellschaftliche Vorfeldarbeit zur Unterstützung ihrer Regierungs- und Parlamentspolitik leistet, kann sie dennoch das politische Handeln auf diesen Ebenen nur mittelbar beeinflussen, da sie keine vergleichbaren und entsprechenden Informationsverarbeitungskapazitäten, Spezialslerungen und personellen Apparate hat. Sie muß deshalb die unmittelbare parteipolitische Aktivität mehr auf das Regierungs- und Parlamentshandeln abstimmen, als dies mit den parteipolitischen Aktivitäten abgestimmt wird. Die Problemerkennungs- und Politikverarbeitungskapazität ist in den meisten Fällen in Regierung und Fraktionen größer und die Reagibilität rascher — die Parteiorganisation kann nicht auf zu vielen Ebenen gleichzeitig handeln, wie es öffentlich-rechtliche politische Institutionen können und müssen. Schließlich muß die Partei mit größtenteils rein ehrenamtlichen Funktionsträgern ihre eigene Organisation auf allen Ebenen lebendig erhalten.

Das führt zu zwei Schlußfolgerungen und entsprechenden Gefahren:

1. Eine Partei scheint – stellt man ihre Aufgabe den tatsächlich verfügbaren Handlungspotentialen gegenüber – hoffungslos überfordert. Man kann noch so viele neue Handlungsvorschläge machen, wie es etwa in Zusammenhang mit der Vertrauensarbeit geschehen ist, dennoch muß die begrenzte Leistungsfähigkeit der Partei in Rechnung gestellt werden. Die SPD als die größte Partei in der Bundesrepublik Deutschland hat weniger hauptamtliche Mitarbeiter als mancher große Interessenverband, hat immer erhebliche Finanzierungsprobleme für ihre Aktivitäten und muß mit einem ständig fluktuierenden ehrenamtlichen Funktionärskörper rechnen. Dennoch besteht selbst bei überforderten Parteifunktionären und Mandatsträgern die Vorstellung, die Partei müssen sozusagen für alle auftretenden Probleme eine Zuständigkeit haben, die angesichts der organisationspolitischen Probleme nur zu einem geringen Teil einlösbar sind. Die Gefahr, die hierbei entsteht, liegt in einer heillosen Verzettlung der Aktivitäten – mit dem Ergebnis, daß die SPD irgendwo und irgendwie immer etwas tut, es aber ohne Wirkung bleibt und verpufft. Es besteht die Notwendigkeit einer Schwerpunktbildung für die parteipolitischen Aktivitäten, um aus einem nahezu grenzenlosen Feld von Aufgaben, die alle aus der Breite eines umfassenden gesellschaftspolitischen Engagements geboren werden, zu Handlungsprioritäten zu kommen. Wie schwer dies fällt, obwohl es so selbstverständlich klingt, zeigen fast alle Wahlprogramme der Partei in den letzten Jahren: Sozialdemokraten lassen kaum ein Thema aus und bewirken damit, daß – überspitzt ausgedrückt – nahezu jedes Thema sich in den Bleiwüsten der Parteischriften verliert.
2. Die Schlußfolgerung liegt nicht weit, daß die Partei zunehmend nur noch Vorfeldorganisation für Regierung und Parlamentsfraktion wird. Die vielfältigen Aufgaben der Partei gerinnen zu der Restaufgabe, Kandidaten für die Parlamente zu nominieren.

Eine solche Entwicklung ist in allen westlichen Demokratien angelegt, in denen sich große Wahlparteien herausgeschält haben. Am Ende stünde ein Parteiensystem amerikanischen Musters, die Parteien würden – nach erfolgreicher Nominierung von Kandidaten – nur noch die Rolle ihrer eigenen Wählerinitiative spielen. Natürlich wären die politischen Ansprüche, politische Entscheidungen zu beeinflussen, größer, die faktische Einflußmöglichkeit der Parteien selbst wäre nicht nennenswert. Bei einer solchen Entwicklung wäre die Substanz der Demokratie gefährdet, die politische Macht ginge vollends auf die Verbände und die Bürokratie über.

Obwohl bereits davon gesprochen wurde, daß aufgrund der Organisationskapazitäten auf Regierungs- und Parlamentsebene schneller, auf mehr Gebieten gleichzeitig und meist auch kompetenter politisch gehandelt werden kann, wäre eine solche Entwicklung verheerend: die Kompetenzen in der Regierungsbürokratie und in den Parlamenten sind zu aufgegliedert, der Sachverstand zu ressortiert und die Verfahrenswesen und Handlungsmuster zu sehr an gewohnten routinisierten Abläufen orientiert, als daß von hier aus noch neue politische Entwürfe und Perspektiven zu erwarten wären. Regierungs- und Parlamentsarbeit macht konservativ, was nichts an ihrer Notwendigkeit schmälert. Politik aber allein der Regierung und den Mandatsträgern zu überlassen, auf eine funktionsfähige Parteipolitik zu verzichten, führt zur Verkümmern von Politik, zumindest zum Verlust an politischer Perspektive.

Die CDU plant gegenwärtig besser

Ihre innovationsfähigkeit kann die SPD nur wieder besser entfalten mit Hilfe der Partei, die Wiedergewinnung einer reformpolitischen Perspektive ist allein mit der Regierung und der Fraktion nicht möglich. Dies zeigen nicht zuletzt die Entwicklungen der letzten Jahre. Obwohl es kaum ein gesellschaftspolitisches Problem gibt, das die SPD nicht ausgesprochen hatte und wozu sie Beschlüsse gefaßt hat, gelingt es der CDU oftmals eher, Problemfelder und Bürgeremotionen zu besetzen. Manches davon fällt ihr leicht, weil sie in der Opposi-

tion ist — wie die in regelmäßigen Abständen wiederkehrenden Steuerkampagnen. Vieles aber besetzt sie, ohne daß dies zwingend mit der Oppositionsrolle zusammenhängt — wie etwa das Thema Familie durch die baden-württembergische Landesregierung oder das Thema Menschenrechte (trotz zwielichtiger Beziehungen zu Südafrika) oder das Bürokratieproblem. Daß sie auf besetzte Themen oft nur banale, oft abstrakte und immer öfter reaktionäre Antworten findet, macht die Sache nur noch schlimmer. Daß ihr dieses Besetzen gelingt, was inzwischen bereits mehr ist als lediglich ein semantisches Besetzen von Begriffen, hängt mit einer seit einigen Jahren festzustellenden besseren politischen Planung der Unionsparteien zusammen, besser als es gegenwärtig bei der SPD der Fall ist. Die immer wieder die Regierung und die Sozialdemokratie überraschenden Einfälle der Unionsparteien, von der Neuen Sozialen Frage bis zur Veranstaltung spektakulärer Kongresse mit erheblicher publizistischer Breitenwirkung, sind nicht Produkt größerer Phantasie, „Geschick“ und „Gespür“ einiger Parteiführer der CDU, sondern Produkte einer besseren politischen Planung.

Daß die SPD viele Themen nicht besetzen konnte, auf die sich die CDU konzentriert, obwohl alle diese Themen seit Jahren von Ausschüssen, Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften bearbeitet und aufgearbeitet sind, obwohl es an Ideen und Vorschlägen in der SPD keineswegs mangelt, und obwohl die SPD alle Themen wesentlich glaubwürdiger besetzen könnte als die Unionsparteien, liegt an einem Defizit an politischer Planung und an einer ungeklärten und damit entsprechend unklaren Rollenaufteilung zwischen Partei, Fraktion und Regierung. Mehr politische Planung in der SPD ist also erforderlich.

Aufgaben politischen Planung der Partei

Diese hat im Gegensatz zu einer Planung auf Regierungs- und Parlamentebene nicht die Aufgabe, Regierungs- und Parlamentsaktivitäten spiegelbildlich zu ergänzen. Dazu wird sie aufgrund der genannten Kapazitätsnachteile nicht in der Lage sein. Vielmehr muß einer gezielten politischen Planung in der SPD die Aufgabe zugewiesen werden:

- die künftigen Aufgaben und Aussagen der Partei vorzuüberlegen. Dazu ist vor allem Schwerpunktbildung erforderlich. Dabei ist ein Zugriff zu Themen notwendig, der die Partei in die Lage versetzt, sensibel auf die wichtigsten Hoffnungen, Nöte, Ängste, Sorgen und Probleme der Menschen bzw. wichtiger gesellschaftlicher Gruppen einzugehen, den Zielwerten der SPD entsprechende Antworten zu formulieren, Zielgruppenorientierung zu gewährleisten und geeignete Medienkonzepte zu entwickeln. Schließlich und nicht zuletzt muß dies als Vorgriff auf die künftigen Schwerpunkte der Regierungs- und Parlamentsarbeit verstanden werden können. Mit mehr politischer Planung können so eher die politischen Prioritäten, die sich aus der Zusammenschau unterschiedlichster Kriterien und Gesichtspunkte ergeben, entwickelt werden. Dabei geht es nicht in erster Linie um abstrakte Schwerpunkthemen, sondern vor allem die Art und Weise des Zugriffs zu Themen. Damit soll politische Planung der Partei die Fähigkeit verbessern, das politische Klima zu beeinflussen, mit Ihren Vorstellungen durchzudringen und Mehrheiten für die Umsetzung der Ziele der Partei systematischer anstreben zu können. Der Schwerpunkt parteipolitischer Planung liegt nicht in der umsetzungsreifen, gewissermaßen gesetzgeberischer Politikvorbereitung. Ihr Schwerpunkt liegt sehr viel mehr darin, die Möglichkeit zu optimieren, in die Gelegenheit des Umsetzens und Durchsetzens von Zielen zu gelangen.
- der Frage nachzugehen, ob die organisatorischen und personellen Möglichkeiten auch optimal eingesetzt werden. Hierbei geht es nicht nur darum, die Funktionsfähigkeit des hauptamtlichen Führungskörpers immer wieder zu überprüfen, es geht auch um die Überprüfung optimalen Medieneinsatzes, um Empfehlungen für die Schwerpunkttätigkeiten der ehrenamtlichen Parteifunktionäre, eine Optimierung und Koordination der Wahlkreisarbeit der Mandatsträger und die Funktion zentraler Organisationsapparate.

Neuerscheinungen

Internationale Bibliothek

Band 118

Eduard Bernstein: Sozialdemokratische Lehrjahre
Mit einer Einleitung von
Thomas H. Eschbach.
(1. Aufl. 1928) Etwa XX, 196 S.
Brosch. ca. 20,- DM

Band 119

Richard J. Evans: Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich

Aus dem Englischen von
W.G. Sebald unter Mitarbeit
des Verfassers. Etwa 480 S.
Brosch. ca. 40,- DM
Evans klärt aufgrund zum Teil
unveröffentlichter Quellen aus der
Bundesrepublik und der DDR die
Haltung der Sozialdemokratie im
Kaiserreich zur Frauenemanzipation
und stellt die Geschichte der
proletarischen Frauenbewegung
jener Zeit dar. Eine wichtige
historische Grundlage für die
aktuelle Emanzipationsdiskussion.



Band 12

Karl Marx: Das Elend der Philosophie

Antwort auf Proudhons
„Philosophie des Elends“. Nach
der deutschen Bearbeitung von
Eduard Bernstein, Karl Kautsky
und Friedrich Engels neu heraus-
gegeben mit Anmerkungen und
mit einem Nachwort von Hans
Pelger. Etwa 400 S. Brosch.
ca. 70,- DM

Band 116

Thomas Meyer: Grundwerte und Wissenschaft im demokratischen Sozialismus
Etwa 200 S. Brosch. ca. 30,- DM
Auf „Grundwerte“ berufen sich
heute nicht nur demokratische
Sozialisten. Meyer grenzt den
sozialdemokratischen Grund-
werte-Begriff historisch und
aktuell gegen verschwommene
Plagiate ab. Ferner untersucht er
das Verhältnis des sozialdemokrati-
schen Grundwerteverständnisses
und Wissenschaftsbegriffs zur
heutigen Wissenschaftstheorie.

Band 115

Bertrand Russell: Die deutsche Sozialdemokratie

Herausgegeben und übersetzt
von Achim von Borries. Mit
einem Anhang von Alys Russell:
Sozialdemokratie und Frauenfrage
in Deutschland. Etwa 200 S.
Brosch. ca. 20,- DM

Dieses erste Buch Russells, in
englischer Sprache 1896 erschie-
nen und bisher nicht ins Deutsche
übersetzt, entstand nach einer
Deutschlandreise des Verfassers,
bei der er auch mit führenden
Sozialdemokraten wie Bebel und
Wilhelm Liebknecht zusammen-
getroffen war. Es ist von kritischer
Sympathie für die deutsche Arbei-
terbewegung bestimmt.

Reprints zur Sozialgeschichte

Herausgegeben von Dieter Dowe

Protokoll über die Verhandlungen der Parteitage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1890 - 1897
Mit Personen-, Orts-, Zeitschriften- und Zeitungsregistern von
Max Schwarz

Bd. 1: Parteitag zu Halle
a.S. 1890. Etwa 340 S. Ln.
80,- DM

Bd. 2: Parteitag zu Erfurt
1891. Etwa 388 S. Ln. 92,- DM

Bd. 3: Parteitag zu Berlin 1892.
Etwa 324 S. Ln. 80,- DM

Bd. 4: Parteitag zu Köln 1893.
Etwa 308 S. Ln. 73,- DM

Bd. 5: Parteitag zu Frankfurt a.M.
1894. Etwa 192 S. Ln. 48,- DM

Bd. 6: Parteitag zu Breslau 1895.
Etwa 224 S. Ln. 54,- DM

Bd. 7: Parteitag zu Gotha 1896.
Etwa 192 S. Ln. 48,- DM

Bd. 8: Parteitag zu Hamburg 1897.
Etwa 232 S. Ln. 60,- DM

Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien vom 22. bis 27. Februar 1921

Herausgegeben vom Sekretariat
der Internationalen Arbeitsge-
meinschaft Sozialistischer
Parteien. Mit einer Einleitung von
Konrad von Zwehl.
Etwa 150 S. Ln. 35,- DM

Julius Vahlteich: Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung
Mit einer „Erwiderung“
Vahlteichs auf die Kritik an
seinem Buch und einer Einleitung
von Toni Offermann.
(1. Aufl. 1904) Etwa 110 S.,
1 Abbildung. Brosch. 25,- DM

Herbst '78

Rückblende:

1848



Vor 130 Jahren versuchten die Deutschen eine „bürgerliche“ Revolution, die so bürgerlich, wie später vielfach dargestellt, nicht war. Hinter den für Freiheit, Einheit und Demokratie errichteten Barrikaden stand ein breites Bündnis von Arbeitern, Studenten und Bürgertum. Zwar wurde die Revolution blutig niedergeschlagen, doch wirken die ihr zugrundeliegenden Ideen – Grundrechte, Menschenrechte, Pressefreiheit usw. – bis heute im Demokratieverständnis gerade der Sozialdemokratie nach.

Wilhelm Blos: Die deutsche Revolution

Geschichte der Deutschen Bewegung von 1848 und 1849. Illustriert von Otto E. Lau. Eingeleitet von Hans J. Schütz. Etwa XX, 640 S., mehrere Klapp- tafeln, über 100 Abbildungen. Repräsentativer Einband mit mehrfarbiger Illustration, ca. 42,- DM

Wilhelm Blos, einer der meistgelesenen Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, hat 1891 eine packende Schilderung der Ereignisse von 1848/49 gegeben. Das Buch ist nicht nur fesselnd geschrieben, sondern auch mit seinen zeitgenössischen Illustrationen hervorragend ausgestattet (und deshalb besonders gut als Geschenk geeignet).

Stephan Born: Erinnerungen eines Achtundvierzigers

Eingeleitet von Hans J. Schütz. 192 S., 8 S. Abbildungen. Hardcover 19,80 DM
Born, wandernder Buchdrucker- geselle, später Journalist und Literaturprofessor, schildert in seinen Erinnerungen die 48er Revolution, an der er aktiv teil- nahm, aus der Perspektive der Arbeiterbewegung: Es ging 1848 nicht nur um die Lösung der na-

tionalen, sondern auch schon um die soziale Frage. Arbeiter begannen, Klassenbewußtsein zu ent- wickeln. Unter Borns Leitung konstituierte sich die „Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung“, Vorläufer-Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeiter- vereins.

Edward Bellamy: Ein Rück- blick aus dem Jahre 2000 auf das Jahr 1887

Übersetzt von Clara Zetkin. Eingeleitet von Hans J. Schütz. Etwa 280 S. Hardcover 19,80 DM

Mit seinem 1888 erstmal erschie- nenen utopischen Roman „Looking Backward 2000 – 1887“ schrieb der amerikanische Publi- zist einen Bestseller. Er beschreibt einen Zukunftsstaat mit Gemein- eigentum und sozialistischer Wirt- schaftsordnung, in dem die Menschen dank Abschaffung von Ausbeutung und Elend auf hohem kulturellen und morali- schen Niveau nahezu konfliktfrei miteinander leben. Neben heute absurd anmutenden Details ent- wickelt er erstaunlich aktuelle Gedanken z.B. zu Wohnungs- und Städtebau, zur Rolle der Frau, zur polytechnischen Bildung, zur Justizreform und zum Güter- austausch zwischen den Nationen.



Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

Postfach 200 189 · Godesberger Allee 143 · D-5300 Bonn 2

Thomas H. Eschbach: **Welchen Beitrag kann Bildungsarbeit zur Vertrauensarbeit leisten?**

Der Orientierungsrahmen '85 der SPD, der 1975 auf dem Mannheimer Bundesparteitag beschlossen wurde, leistet erstmals verbindlich für die Gesamtpartei eine aufgabenorientierte Definition des Begriffes „Vertrauensarbeit“. Wenn diese Definition sich nur auf das Verhältnis Partei - Öffentlichkeit bezieht, so ist das für den gegenwärtigen Stand der innerparteilichen Diskussion keineswegs erstaunlich: Der Umstand, daß man nicht durch „nackte“ Appelle die Mitgliedschaft zu einem „geschlossenen“, „offensiven“ und „diskussionsfreudigen“ Verhalten bringen kann, scheint bislang wenig beachtet. Und so kommt es, daß der OR '85 definiert und Ziele markiert, dabei aber von den falschen oder, freundlicher argumentiert, noch nicht existierenden Voraussetzungen ausgeht. Da es nun eine fatale Konsequenz wäre, die beschriebenen Ziele zu revidieren (was die Partei in ihrer täglichen Praxis allerdings unternimmt), muß die Folgerung lauten: Die idealtypisch gesetzten Voraussetzungen müssen geschaffen werden. Dies anzugehen, setzt die scheinbar selbstverständliche Einsicht voraus, daß sich der überwiegende Teil der SPD-Parteibuchbesitzer nur unwesentlich in seinem Wissen, seiner Informationsbereitschaft und seinem Verhalten vom „Durchschnittsbürger“ unterscheidet. Der zugegebenermaßen höhere „Grad von Politisierung“ mag als Unterscheidungsmerkmal theoretische Qualität besitzen — als Analyse, die dem Aufbau einer Handlungsstrategie dienen soll, ist er jedenfalls unzureichend.

Einen Menschen, der selbst nur über unzureichende Kenntnisse verfügt, kann man nicht dafür gewinnen wollen, andere Menschen von einer „Sache“ zu überzeugen. Seine Kompetenz ist aber ausreichend, um einer zweifelsfrei wichtigen Forderung des OR '85 nachzukommen: „... ist von entscheidender Bedeutung, daß Sozialdemokraten überall, insbesondere aber dort, wo sie die politische Verantwortung tragen, in ihrer täglichen Praxis, in ihrem Umgang miteinander und in ihrem Verhalten gegenüber denen, in deren Interesse sie tätig sein wollen, die Übereinstimmung ihres Handelns mit ihren eigenen Ansprüchen deutlich werden lassen“ (OR '85, Seite 54). Hier wird eine neue innerparteiliche Verkehrs-

form verordnet, die externe Wirkung haben soll. Dies kann nur von innen her wachsen und Geltung bekommen — reine Proklamationen, auch in Seminaren, bleiben fruchtlos.

Offene Diskussion als Voraussetzung für Vertrauensarbeit

Der Orientierungsrahmen gibt eine Voraussetzung an, die nicht eingelöst ist: Sozialdemokratische Politik „setzt die Offenheit der Partei in der inneren Diskussion ebenso voraus wie die Geschlossenheit der Partei im Auftreten nach außen“ (OR '85, Seite 54). Aktuelle Entwicklungen betrachtend läßt sich feststellen, daß der Prozeß der Zentralisierung von Diskussion und Entscheidung in der oberen Parteietage zugenommen hat und Entscheidungen beispielsweise durch „geschickte“ Zeitplanung immunisiert werden. Als Beispiel soll vorläufig der Verweis auf die „Arbeitsgruppe Sozialpolitisches Programm“ genügen, die in geheimer (!) Tagung bis 1980 Vorschläge unterbreiten soll, um der vom Bundesverfassungsgericht aufgetragenen Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung und der sozialen Sicherung der Frau zu entsprechen. Eugen Glombig meint zwar, „daß das Nachdenken der SPD über sozialpolitische Grundsatzfragen in dieser Arbeitsgruppe auf gar keinen Fall monopolisiert wird“, aber er verteidigt die geheime Tagungsweise damit, daß die Arbeitsergebnisse erst dann (1980) mitgeteilt werden können, „wenn diese auf Grund der vorausgegangenen Diskussion eine gewisse Reife erlangt haben“. (Eugen Glombig, Gesamtreform der Sozialen Sicherung — eine Zukunftsaufgabe für die SPD, in: Die Neue Gesellschaft 2/78.) Was Eugen Glombig nicht mitteilt: Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sollen Eingang in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1980 finden. Und wer sich der Illusion hingibt, er könne im Wahljahr eine kontroverse Diskussion über diese Vorschläge anzetteln, der wird mit dem Hinweis auf den zweiten Halbsatz der genannten Voraussetzung, nämlich der Forderung nach Geschlossenheit der Partei im Auftreten nach außen, befriedet. Für den, der dies als einen (notwendigen) Einzelfall abtun will: Die Partei hat bei der Diskussion um die Rentenanhebung oder die Terrorismusabwehr ebensowenig die

Chance erhalten, entscheidungsrelevante Beschlüsse zu fassen.

Die Partei hat sich noch nicht dazu durchringen können, ihrer eigenen Maßgabe gerecht zu werden. Vorausgesetzt, wir könnten diesem Zentralisierungstrend Einhalt gebieten: Wie soll die Partei sachgerecht über solch komplexe Probleme diskutieren? Diese Frage wird in all ihrer inhaltlichen Wucht dem entgegengestellt, der die gängige Entscheidungspraxis kritisiert, und sie wird als Legitimation zur Ausschaltung der innerparteilichen Willensbildung mißbraucht. Hier aber fängt gerade die bereits erhobene Forderung nach Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die Vertrauensarbeit an: Wir müssen Verständnis für komplexe politische Vorgänge schaffen. Dies geht nur über Information. Wissen um reale Abläufe läßt sich sicherlich den Parteizeitungen entnehmen und in Informationsveranstaltungen schaffen. Diese Medien sollen nicht kritisiert und ihr Wert nicht unterschätzt werden. Sie sind u. E. nicht zureichend, um die gestellte Aufgabe zu erfüllen. Dazu müssen sich Bildungsangebote gesellen, die eine umfassendere und intensivere Aufarbeitung leisten.

Die Bildungskapazität reicht nicht aus

Die dargebotene Menge an Seminaraßnahmen in der innerparteilichen Bildung wird nicht ausreichen, um o. g. Anspruch zu entsprechen. Nach Parteivorstandsberechnungen muß man beispielsweise 51,42 Jahre Mitglied in der SPD sein, um im Bezirk Rheinland-Hessen-Nassau in den Genuß eines Schultages zu kommen. In der Pfalz sind es immerhin noch 31,02 Jahre (der Gerechtigkeit halber – es gibt auch andere Zahlen: am Niederrhein sind es 3,37 Jahre, an der Saar nur 3,35 Jahre). Hier müßte, unabhängig von den Inhalten, zunächst über drastische Kapazitätserweiterungen nachgedacht werden. Sodann aber sollte man sich den Inhalten zuwenden. Unbestritten sind Geschichts-Seminare dringend erforderlich. Rein zahlenmäßig übertrumpfen sie aber bei weitem das Angebot zu „tagespolitischen“ Themen wie Renten-, Sozial- oder Abrüstungspolitik. Die Seminare zum Problem Terrorismus und Rechtsstaatlichkeit lassen sich an einer Hand abzählen.

Zusammenfassend läßt sich das bisher Gesagte wie folgt festhalten: Um der im Orientierungsrahmen für Vertrauensarbeit genannten Voraussetzung der „Offenheit der Partei in der inneren Diskussion“ zu genügen, muß die gängige Entscheidungspraxis aufgegeben und die innerparteiliche Willensbildung wieder angekurbelt werden. Zur Unterstützung der innerparteilichen Willensbildung bedarf es einer Kapazitätserweiterung im Bildungsangebot und einer Aktualisierung der Themenstellung.

Wie kann man die Aufgaben der Vertrauensarbeit durch Bildungsangebote entwickeln helfen?

1. Bedürfnisermittlung

Als erste Aufgabe sozialdemokratischer Vertrauensarbeit nennt der OR '85: „... die Probleme und Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere der Arbeitnehmer, (sind) zu ermitteln und ... in die politische Diskussion und Entscheidung einzuführen“ (OR '85, Seite 55). Den Bürgern soll der Prozeß der politischen Umsetzung ihrer Bedürfnisse in politisches Handeln deutlich gemacht werden, und sie sollen daran beteiligt werden.

Ausgehend von o. g. These, derzufolge sich „Normalbürger“ und SPD-Mitglieder nur unwesentlich unterscheiden, könnte man auch Bedürfnisgleichheit behaupten und den ersten Teil der Aufgabe als erfüllt ansehen. Die Delegierten des Mannheimer Parteitages haben aber wohl bei der Abfassung dieses Absatzes vor Augen gehabt, daß wir Sozialdemokraten in Stadt, Land und Bund allzuoft an den Bedürfnissen der Menschen vorbeibeschließen. Leider aber bietet der OR keine weitere Konkretisierung an. An Bedürfnisermittlung durch Meinungsforschung ist wohl kaum gedacht – technische Lösungen scheiden aus. Es verbleibt also das Gespräch mit dem Bürger. Und auch hier darf die Neuerung keinen institutionellen Charakter tragen.

Bürgerversammlungen und Ortsvereinsveranstaltungen gehören zwar zum notwendigen Repertoire, sind aber nicht ausreichend. Gefördert werden muß das direkte, persönliche Gespräch. Dies ist eine sehr wichtige Leistung und eine schwere zugleich. Denn es gilt, Kontaktängste und Sprach-

barrieren zu überwinden, den richtigen Moment und den richtigen „Aufhänger“ zu finden. Hier hat Bildungsarbeit ihren Platz.

Übungsseminare zur freien Rede werden, wenn auch noch zuwenig, bei den Parteibildungsträgern angeboten. In diesen Seminaren sollte mehr Gewicht auf die Übung in Dialog-Situationen gelegt werden. Im Seminar muß dem Teilnehmer Beweglichkeit vermittelt werden: Beweglichkeit in seinem eigenen Lebensraum: Familie, Arbeitsplatz, Nachbarschaft, Freundeskreis. Er soll zuhören und reden lernen. Über den Ortsverein, die Mitgliederversammlungsdiskussion und das Antragsrecht ist dann die Möglichkeit gegeben, Erfahrenes umzusetzen.

Der Forderung nach mehr Partizipation kann auf vielfältige Weise entsprochen werden — zuvor aber muß der Wille, die Motivation zur Beteiligung geweckt werden. Handelt es sich um eine kommunale Angelegenheit, die unmittelbar Betroffene erzeugt, fällt dieser erste Schritt noch nicht schwer. Bei etwas allgemeiner gefaßten Problemen klappt der Beteiligungsversuch jedoch selten. Sei es die Mitbestimmungsforderung, die erschreckend wenig Mobilisierung anregte, sei es die Kooperative Schule in NRW, die kaum Parteimitglieder zur aktiven Verteidigung gegen den konservativen Reformabbau antrieb: Aktives Eintreten wird abgelehnt. Auch hier kann die Bildungsarbeit als technischer Mittler eintreten: Seminare wären denkbar, die unter der Überschrift „Mobilisierung“ nach Mitteln und Wegen suchen, den Bürger zur Mitarbeit an konkreten Projekten anzuregen.

2. Perspektivvermittlung

Als zweite Aufgabe der Vertrauensarbeit fordert der Orientierungsrahmen, „eine längerfristige politische Orientierung anzubieten, die es allen Mitgliedern und Wählern unserer Partei erlaubt, einen Maßstab für die Beurteilung tagespolitischer Kompromisse zu gewinnen“ (OR '85, Seite 55).

Die Zielfindung ist sicherlich eine Aufgabe der Gesamtpartei. In der programmatischen Weiterführung des Godesberger Programms, in der Beschlußfassung des Orientierungsrahmens, liegt ein Ansatz zur Erfüllung dieser zweiten Aufgabe. Daß es sich hier um einen Prozeß handelt, der nicht mit der Verabschle-

dung eines Programms endet, dürfte selbstverständlich sein.

Das Mitglied, welches ebenfalls seinen Beitrag zur Perspektivvermittlung leisten soll (das Wörtchen „ebenfalls“ meint, daß auch der Parteivorstand sowie Bundestagsfraktion und die Sozialdemokraten in der Bundesregierung mehr in diese Rubrik einbringen könnten, als es gegenwärtig der Fall ist), bedarf neben einer Vermittlungstechnik (die wir mit den Übungen zur freien Rede bereits benannt haben) auch der eigenen inhaltlichen Klarheit. Wir haben uns in unserer Bildungsarbeit bislang stark um die Aufarbeitung vergangener Politik bemüht — zu einer Zielbeschreibung sind wir kaum gekommen. So wird „demokratischer Sozialismus“ heute vielfach als Leerformel verstanden, in deren Füllhorn man Begriffe wie Solidarität und Gerechtigkeit findet, die schön sind, aber noch keine strategisch anzupeilenden Ziele ausmachen.

Bildungsarbeit könnte hier mit „Perspektivseminaren“ einsetzen und bereits konkretisiertes zusammentragen, Abstraktes greifbar machen und vor diesem Hintergrund eine Zuordnung tagespolitischer Schritte vornehmen. Utopien haben ihren unschätzbaren Stellenwert, fruchtbar können sie jedoch nur sein, wenn man eine Stufenleiter an sie anlegen kann. Sicherlich sollten solche Perspektivseminare im besten praktischen Verständnis auch eine Kritik der kurz-, mittel- und langfristigen Ziele vornehmen und so zu einer steten Verbesserung der Politik beitragen. Der Orientierungsrahmen meint, daß eine weiterreichende Perspektive auch Enttäuschungen und Rückschläge sozialdemokratischer Regierungs- und Parteipolitik verarbeiten kann. An dieser Funktion darf kein Zweifel bestehen — das hohe Ziel darf aber nicht dazu genutzt werden, Fehlentscheidungen schmerzfreier zu machen.

3. Bündnispolitik

Die dritte Aufgabe soll „die vielfältige Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit anderen demokratischen Kräften ... stützen“ (OR '85, Seite 55). Häufig zeigen wir Sozialdemokraten im Umgang mit potentiellen gesellschaftlichen Bündnispartnern eine starke Unbeholfenheit. Begründet liegt das in der

(nicht notwendigen) Arroganz einer Regierungspartei und dem Fehlschluß, „daß die Leute schon kommen, wenn sie was wollen“. Sicherlich wirkt dabei aber auch die nervöse Verunsicherung mit, weil man „den Anderen“ in seinen Absichten nicht so richtig einzuschätzen vermag. Schließlich hat das Verbot zur Zusammenarbeit mit Kommunisten groteske Situationen hervorgerufen. Wichtige Bewegungen wurden geächtet, weil dort auch Kommunisten mitarbeiteten.

Die Bildungsarbeit kann Seminare zur Bündnispolitik gestalten, die a) über institutionalisierte Gruppen informieren (wie Gewerkschaften, evangelische Kirche u. ä.), mit denen wir vielfach Interessengleichheit haben, b) über Wert und Unwert von Bürgerinitiativen arbeiten und c) begründen, warum wir mit bestimmten Gruppen nicht kooperieren. Jeweils sollte das Seminar es leisten, Aussagen über Struktur, Arbeitsweise und Ziele der Bündnispartner zu machen – es fällt leichter, mit einem bekannten Partner zu arbeiten. Zudem ließen sich so Fehler im Umgang mit anderen Gruppen vermeiden. Ferner sollen solche „Bündnisseminare“ Auskunft geben, in welchen Fällen ein Zusammengehen mit anderen Organisationen sinnvoll erscheint. Schließlich soll das Seminar zum Bündnis anregen – die Mitglieder aus der selbstgewählten Isolation treiben.

4. Förderung der Eigeninitiative
„Viertens hat Vertrauensarbeit in der Bevölkerung die Aufgabe, die Fähigkeit der Bürger zur selbstverantwortlichen Lösung gesellschaftlicher Probleme in ihrem eigenen Lebens- und Arbeitsbereich zu verbessern“ (OR '85, Seite 56).

In dieser Aufgabenstellung steckt der Trend, neben den langwierigen und komplizierten Prozeß der bürokratischen Problemlösung die Eigeninitiative zu stellen. Wer das anregen will, der muß über Rechte und Möglichkeiten aufklären können, die sich dem Handelnden heute bieten. Er muß wiederum motivieren können und Beispiele geben. Kaum jemand wird sich in allen Problembereichen so gut auskennen, daß er zu umfassender Hilfeleistung bereit ist. Daran kann auch Bildungsarbeit kaum etwas ändern. Sie kann nur versuchen, typische Beispiele aufzugreifen und

hier Information zu geben. So sind Seminare denkbar, in denen Hilfemodelle zur Arbeit in sozialen Brennpunkten dargestellt, Formen der Nachbarschaftshilfe und der selbständigen Kinderbetreuung diskutiert werden. Wenn sich das Mitglied als Mittler dieser Information versteht und gegebenenfalls befähigt ist, über weitergehende gesetzliche Angebote zu informieren, ist die Voraussetzung zur Erfüllung dieser Forderung geschaffen.

5. Entscheidungsbegründung

Im fünften und letzten Punkt wird gefordert, Entscheidungen sozialdemokratisch geführter Regierungen vor dem Bürger zu begründen. Dies kann natürlich nicht apodiktisch von jedem Mitglied gefordert werden. Insbesondere wird diese Forderung weitestgehend dann unerfüllt bleiben, wenn es sich um unpopuläre und einschneidende Maßnahmen handelt. Die Entscheidenden sind zunächst gefordert, und damit kommen wir auf die Aussagen eingangs dieses Textes zurück, ihre Entscheidungen vor der Mitgliedschaft zu begründen. Man darf nicht erwarten, daß die Mitgliedschaft für die Kooperative Schule (NRW) begeistert auf die Straße geht, wenn nicht ein Minimum an Information vorher darüber verbreitet wird. Und man darf auch nicht erwarten, daß ein Mitglied, welches im '76er Bundestagswahlkampf Zettel verteilt hat, auf denen alle Rentenspekulationen als Versicherungsverurteilung wurden, nun die Kompromißformel verfißt. Der gesamte Prozeß muß transparenter werden und vom Hochglanzpapier herunterkommen. Dann erst hat systematische Vermittlung durch Bildungsarbeit in „Aktualitäten-Seminaren“ einen Sinn. Diese Seminare sollen die Entscheidungen in ihrer praktischen Bedeutung vermitteln und auf ihre Konsequenzen durchleuchten. Sodann soll in eine Gesamtstrategie eingeordnet und Argumentationshilfe gegeben werden. Schließlich – die Erfüllung dieser Aufgabe fällt leichter, wenn die Mitgliedschaft permanent in den politischen Werdegang einbezogen ist und nicht erst aus der Tageszeitung erfährt, was sie ab nun zu vertreten hat.

Ulrich Kalbitzer: Historische Hypothesen deutscher Geschichte — auch für die Bundeswehr?

In einer Rede in Saarbrücken hat vor einigen Wochen der Bundespräsident beklagt, daß die Bundeswehr von der Gesellschaft nur oberflächlich akzeptiert werde und daß die geistige Auseinandersetzung mit der bewaffneten Macht verweigert werde. Als Vorbild verwies er auf das Verhältnis der Schweizer zu ihrer Armee.

Wer würde nicht, in jeder Beziehung, Schweizer Zustände in Deutschland herbeisehnen! Allein, Deutschland unterscheidet sich von der Schweiz nicht nur hinsichtlich seiner geographischen Lage oder Größe, sondern auch hinsichtlich seiner Geschichte. Hier sind deswegen auch die Gründe für die zwiespältigen Gefühle der Deutschen ihrer Armee gegenüber zu suchen.

Wer wollte es den Deutschen verübeln, wenn sie es vorziehen, über all die Fehler, Verirrungen und Verbrechen in ihrer Geschichte den Mantel des Schweigens zu decken und sich der Illusion hinzugeben, 1945 hätte die Stunde Null geschlagen und alles davor sei nie gewesen. Wenn man aber im Verhältnis zwischen Gesellschaft und Armee unerklärliche Spannungen feststellt, muß man auch einmal weiter zurückblicken als bis zur Stunde Null; dort lagert noch viel Schutt, den es aufzuräumen gilt.

Seitdem die preußisch-deutsche Armee die Anfänge einer bürgerlich-demokratischen Bewegung im Deutschland des Jahres 1848/49 blutig niederschlug — der Berliner Kartätschenprinz wurde später Kaiser Wilhelm I. —, ist bei uns das Verhältnis zwischen Soldaten und Demokraten gestört. Die Dinge wurden nicht besser durch die Bismarckschen Kriege gegen Dänemark, Österreich und Frankreich. Es zeigte sich nämlich, daß die gewaltsam durch die Fürsten herbeigeführte kleindeutsche Einigung unter Preußens Führung den Irrglauben stärkte, Macht sei die Ultima ratio der Politik. Der daraus resultierende Militarismus übte in der Außen- und Innenpolitik bald seinen unheilvollen Einfluß aus.

So war die preußisch-deutsche Armee auch eine bewußt gegen die von den Sozialdemokraten organisierte Arbeiterschaft gerichtete Bürgerkriegsarmee. Noch heute kann man den Beweis dafür in Gestalt backsteinerner mitten in die Arbeiterviertel von Frankfurt oder Ham-

burg-Altona gestellter Kasernen-Zwingburgen in Augenschein nehmen. Die systematische Leuteschinderel, die Erniedrigung der Soldaten, ihre Abrichtung zum Kadavergehorsam — allen bekannt, die je ihre Väter oder Großväter aus dieser Zeit erzählen hörten — sollte das Kunststück fertigbringen, aus den Unterdrückten für die Zeit ihres Soldatenlebens Unterdrücker zu machen.

Im I. Weltkrieg dann, als die Armee einem äußeren Feind gegenüberstand und mit Parademarsch und Bajonettattacken wenig anfangen konnte, verfiel die kaiserliche Generalität mangels taktischer oder strategischer Phantasie auf den wahnwitzigen Gedanken, den Gegner „auszublüten“. Das hieß nichts anderes, als hunderttausender junger Männer vor Verdun hinzuschlachten in der irrigen Hoffnung, der Gegner würde vernünftiger sein als man selbst, und vor solchem Wahnsinn zurückschrecken. Dieser menschenverachtende Zynismus der militärischen Führung ging einher mit völliger politischer Orientierungslosigkeit: Keiner wußte, wozu all dies Töten und Sterben — Wilhelm II. als Kaiser über Frankreich, und England als Vasall?

Das militärische Patt zeigte gleichzeitig den Bankrott deutscher Politik: Militaristen konnte natürlich keine „politische“ Lösung des Krieges einfallen, sondern nur, den Krieg noch erbarungsloser zu führen. Ludendorff und Hindenburg errichteten so, ohne von ihrem obersten Kriegsherrn weiter groß Notiz zu nehmen, eine Militärdiktatur. Der totale Krieg brach aus und wurde durch Hunger und Dienstverpflichtung in jedes Haus getragen. Gewaltige Anstrengungen, riesige Schlachten, unbegrenzte Eroberungen im Osten; all dies verpackt in eine totale Kriegspropaganda ließ im Volk die zauberhaftesten Sieges-Fata-Morgenen entstehen. Für eine Militärdiktatur gibt es aber nur eine Rechtfertigung: den Sieg! Die Generale hatten hoch gespielt und verloren. Mit der Niederlage war ihr Regime wie weggeblasen.

Der Aufstand der Kieler Matrosen ist deshalb keine peinliche Meuterei, die es auch heute noch zu vertuschen gilt, sondern der Versuch, die für die Niederlage Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Das Versäumnis, die Generalität und ihre zivilen Steigbügelhal-

ter für diesen Krieg und diese Niederlage verantwortlich zu machen — wen denn sonst? —, ist die erste schwere Hypothek der Weimarer Republik geworden und hat zu ihrem Untergang mit beigetragen.

Dazu kam völlige Verwirrung bei allen Demokraten und Republikanern, denen nach dem militärischen Zusammenbruch die Macht wie ein glühendes Stück Kohle zugeworfen worden war. Weder theoretisch noch praktisch waren sie auf die Machtübernahme vorbereitet. Auf die Frage: Was tun? fiel ihnen nur die deutsche Antwort ein: Erst einmal Ruhe und Ordnung im Land, dann sehen wir weiter. Das bedeutete erneut Militärherrschaft, und zwar mit den gleichen Offizieren, die Deutschland gerade ruiniert hatten. Dieser politische Salto mortale, wiederum zivile Entscheidungen von der Politik der Militärs abhängig zu machen, war der zweite große Fehler bei der Gründung der Weimarer Republik.

Die Reichswehr schließlich — der Staat im Staate — wurde geradezu das Paradebeispiel für eine Trennung von Volk und Armee. „Reichswehr schließt nicht auf Reichswehr“ als Antwort auf den Befehl, den Kapp-Putsch niederzuschlagen, so daß allein der Generalstreik die Regierung retten konnte, zeigte, daß zwischen den streikenden Arbeitern und den Offizieren Welten lagen. Nur eigenen Gesetzen gehorchend, keinem Rechenschaft gebend, loyal nur innerhalb der Clique, durch nichts gerechtfertigte Arroganz: Für die Bundeswehr sollte nichts abschreckender sein als dieses Beispiel.

Für Hitler, als faschistischen Revolutionär, war die Reichswehr als Restposten einstiger kaiserlicher Größe und als Hort konservativer Gesinnung ein steter Greuel. Sein Mißtrauen dem Generalstab gegenüber, der als Kopf der bewaffneten Macht allein in der Lage gewesen wäre, eine Konterrevolution zu führen, war grenzenlos. Hinzu gesellte sich, nach dem Anschlag vom 20. Juli, tiefe Verachtung für derartigen Dilettantismus. Hitlers Vorliebe galt schneidigen Truppenführern. Rommel, der im Polenfeldzug das Führerbegleitkommando befehligte, entsprach viel mehr Hitlers Bild vom populären Kriegshelden als etwa ein Herrenreiter-Typ wie von Manstein. Die Reichswehr wurde im Nu umgekrempelt, die Wehrmacht war geboren.

Die Wehrmacht im 2. Weltkrieg kann nicht losgelöst von der Diktatur, der sie diente, betrachtet werden. Theorien über das „unbefleckte graue Ehrenkleid“ gehen daher völlig in die Irre. Für die unterworfenen Völker Europas war die Wehrmacht nicht allein Symbol, sondern täglich erlebter Beweis für ihre Knechtschaft, auch wenn die deutschen Terroristen im öffentlichen Dienst in der schwarzen Uniform der SS oder im Ledermantel der Gestapo kamen. Die Großdeutsche Wehrmacht sollte das Instrument zur Eroberung der Weltherrschaft sein. Kein Wunder denn, daß die Furcht der Welt vor der braunen Diktatur sich mit Haß auf seine grauen Kolonnen mengte.

Nach Stalingrad mußten auch die Naivsten erkennen, daß Hitler nicht nur den Untergang einer Armee, sondern den eines ganzen Volkes hinnehmen würde, wenn sich sein Traum von der Weltherrschaft der „germanischen Rasse“ nicht realisieren sollte. Für jeden deutschen Patrioten konnte es danach nur noch eine Aufgabe geben: Weg mit Hitler und den Krieg beenden oder, nach dem 20. Juli, den Krieg so schnell wie möglich verlieren, damit die Sieger das vollbrachten, wozu man selbst nicht fähig war. Doch selbst die letzte Konsequenz, das Handeln durch Unterlassen, war für die Generale schon zu viel. So wurde bis zum bitteren Ende weiter gestorben.

In ihren Nachkriegsmemoiren traten deutsche Generale darüber hinaus den Beweis dafür an (Verlorene Siegel), daß sie auch nach ihrer bedingungslosen Kapitulation den durch und durch politischen Aspekt ihres Berufes immer noch nicht begriffen hatten. Sie waren des Teufels General geworden, hatten ihre Macht — Soldaten und Gewehre — einem Verbrecher zur Verfügung gestellt und hatten es selbst im Nachhinein immer noch nicht gemerkt. Sie allein auch hatten schließlich noch die Macht, dem Volksverderber das Handwerk zu legen. Vor dieser historischen Aufgabe hat die Mehrzahl von ihnen kläglich versagt.

Allein das Beispiel der aktiv gegen Hitler arbeitenden Soldaten kann deshalb heute der Bundeswehr den Weg weisen, gleich, ob es sich um die Männer um General Beck, den

Kreis des 20. Juli oder das Nationalkomitee Freies Deutschland handelt. Soldatenhandwerk verlangt mehr als die Fähigkeit, mit der Waffe umzugehen. Als Herr über Leben und Tod hat der Soldat auch sein an den Moralvorstellungen der zivilisierten Welt zu messendes Gewissen zu prüfen; dies um so mehr, wenn, für jeden erkennbar, der Staat in die Hände von völlig verantwortungslosen Subjekten gefallen ist.

Die Geschichte des deutschen Militärs zeigt, so betrachtet, kein Heldenbild. Natürlich spiegeln sich in diesem Bild Gesellschaft und Staat selbst wider, denn eine Armee entsteht nicht von selbst, sondern ist das Geschöpf der Politik. Auch werden im Bild des Militärs die Fehler übertrieben, wie es sich aus der Natur eines Machtinstruments ergibt, das die letzte Karte verkörpert, die ein Staat noch ausspielen kann. Es ist daher kein Wunder, daß viele dies unangenehme Bild, an dem sie ja oft noch selbst mitgemalt haben, lieber vergessen. Für den Staat, besonders den unseren, zeigt sich aber auch, welche Verantwortung er gegenüber seinen Bürgern und der Welt gegenüber hat, wenn er Streitkräfte unterhält.

In der Bundesrepublik war es bislang Brauch aller Parteien, auf die Probleme im Verhältnis zwischen Staat und bewaffneter Macht die Devise: „Immer dran denken, nie davon sprechen“, anzuwenden. Es hat deshalb auch nie ernsthafte Auseinandersetzungen darüber gegeben, welchen Platz die Bundeswehr in unserem Staat einzunehmen hat. Wenn jetzt der Bundespräsident auf die verständliche Unsicherheit im Verhältnis zwischen Gesellschaft und Bundeswehr verweist, ist es an der Zeit, nicht nur daran zu denken, sondern denen, die es noch nicht wissen oder schon wieder vergessen haben, zu sagen, wie es gewesen ist. Dieser Staat ist stark genug, auch unangenehme Wahrheiten zu verkraften.

I.

Der Kontrast könnte nicht schärfer sein: Der hemmungslosen Verschwendung steht eine brutale Armut gegenüber. Seit Jahren verschlingt der Rüstungsmoloch enorme geldliche Mittel und absorbiert Ressourcen, die für andere Zwecke dringend erforderlich sind. Diese Zwecke lassen sich exakt beschreiben.

Die „nackte“ Zahl von 350 Milliarden US-Dollar, die 1976 in die Rüstung ging, wird aussagekräftig, wenn man sich das schier unfassbare, jedenfalls nicht hinlänglich in Zahlen ausdrückbare Elend in weiten Teilen der Welt vor Augen führt. Ungefähr zwei Drittel der Weltbevölkerung, also über 1,3 Milliarden Menschen, müssen unter den Bedingungen der Armut und des Elends ihr Leben fristen. Dokumente internationaler Organisationen zeigen auf, was dies im einzelnen bedeutet: Unter den Bedingungen von Armut und Elend leben zu müssen, heißt Hitze und Kälte, Hunger und Krankheit, Dreck und Gestank, sozialer Unsicherheit und hoher Sterblichkeit ausgesetzt zu sein. Welt mehr als vierhundert Millionen Menschen in unterentwickelten Ländern leiden an der Ägyptischen Augenkrankheit (Trachom), die in vielen Fällen zur teilweisen oder völligen Erblindung führt. Die Zahl der Analphabeten in unterentwickelten Ländern beträgt rund 750 Millionen! Man könnte solche Schreckensbilder und Defizitbeschreibungen fortsetzen.

Nirgends ist das Problem, einen tragbaren Ausgleich zwischen den Ängsten und Befürchtungen der einzelnen Staaten und den langfristigen Interessen der Weltgemeinschaft zu finden, so akut wie in der Frage der Abrüstung, meinte Generalsekretär Kurt Waldheim in seinem Jahresbericht an die 32. Generalversammlung der UNO. Anstatt abzurüsten, wird unverändert aufgerüstet. Die Bestände an Kernwaffen reichen schon seit vielen Jahren aus, die Welt mehrfach zu zerstören; trotzdem hat sich die Zahl der Kernsprengköpfe in den vergangenen acht Jahren vervielfacht. Ständig werden neue Variationen dieser Waffen hervorgebracht und ständig wird ihre Wirksamkeit erhöht. Die Grenze zwischen dem Einsatz von Kernwaffen und konventionellen Waffen wird immer unschärfer, und die Gefahr der weiteren Verbreitung von Kernwaffen nimmt von Jahr zu Jahr im selben Maße zu wie ihre Technologie immer bekannter wird.

Das Vorhaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO), mit einem bescheidenen Aufwand von etwa 450 Millionen US-Dollar – der Hälfte dessen, was täglich für militärische Zwecke ausgegeben wird – die Malaria zu beseitigen, kommt aus Mangel an Mitteln nur schleppend voran. Was an nur zwei Tagen weltweit für Waffenkäufe ausgegeben wird, entspricht dem gesamten Jahreshaushalt der Vereinten Nationen und aller ihrer Sonderorganisationen.

Wer dies alles auf sich wirken läßt, kann nur nach Abrüstung rufen.

II.

Es fehlt weder an Abrüstungsgremien, noch an Abrüstungsvorschlägen. Diese Vorschläge reichen von der Rüstungsbegrenzung über Teilabrüstungsabkommen bis zur vollständigen und allgemeinen Abrüstung.

Doch die Ergebnisse sind dürftig. Weder multilateral (etwa im Rahmen der VN), noch regional (etwa im Rahmen der MBFR-Gespräche), noch bilateral (zwischen den USA und der UdSSR) ist es gelungen, auch nur einen Soldaten nach Hause zu schicken oder eine Rakete als Folge von Abrüstungsabkommen zu vernichten.

Wir leben nach einem einmütigen Beschluß der VN-Mitglieder im „Jahrzehnt der Abrüstung“. Doch die Rüstungsbudgets steigen! Dies ist in groben Strichen die Situation vor der Sonder-Generalversammlung der UN über Abrüstung (Sonder-GV), die vom 23. Mai bis zum 28. Juni in New York stattfindet.

III.

Schaut man sich die Protokolle des Vorbereitungsausschusses der Sonder-GV (dem auch die Bundesrepublik angehört) an und liest die zum Teil wunderschönen Abrüstungsreden der Diplomaten aus Ost und West, Nord und Süd, so zeigt sich folgendes Bild:

Verblüffend ist

- die *Einigkeit*, mit der das Wettrüsten als Gefahr für den Frieden verurteilt und der „engen“ Verbindung von Abrüstung und Entwicklung das Wort geredet wird;
- die *Entschlossenheit*, mit der das Perspektivziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung angestrebt wird, obgleich nicht einmal begrenzte Operativziele der Rüstungskontrolle erreicht worden sind;
- die *Wahrscheinlichkeit*, daß jede neue Resolution oder Deklaration die Schere zwischen den Forderungen nach Abrüstung und der Realität des Wettrüstens nur noch vergrößert und schließlich
- die *Zuversicht*, daß über eine Sonder-GV „konkrete Schritte“ zur Beendigung des Wettrüstens und zur Abrüstung erreichbar sind, die budgetäre Entlastung der nationalen Verteidigungshaushalte bringen und dadurch (!) die Entwicklungsländer wirkungsvoller unterstützen können.

Wo liegen die Gründe für das Wettrüsten? Wer oder was verhindert Abrüstung? Wie erklärt es sich, daß trotz großer intellektueller Bemühungen das Wettrüsten unvermindert weitergeht? Was kann die Sonder-GV bewirken? Wie könnte eine Choreographie der Abrüstung aussehen? Was muß kurzfri-

stig geschehen? Dies sind einige der Fragen, mit denen es die SGV zu tun hat.

IV.

Die SGV ist auf Vorschlag der Entwicklungsländer/Blockfreien zustande gekommen. Der Vorbereitungsausschuß für die SGV hat eine vorläufige Tagesordnung verabschiedet, die zunächst vier Hauptpunkte enthält:

- Bestandsaufnahme der internationalen Lage im Hinblick auf Fortschritte in der Abrüstung;
- Erklärung zur Abrüstung (Prinzipielerklärung);
- Aktionsprogramm zur Abrüstung;
- Überprüfung der internationalen Abrüstungsmaschinerie.

Bei der Bestandsaufnahme wird es sicher zu der Frage kommen, warum gerüstet, statt abgerüstet wird. Hier sind grob zwei „Richtungen“ oder auch „Ansätze“ zu unterscheiden:

- der Rechtfertigungsansatz und
- der Erklärungsansatz

Beim *Rechtfertigungsansatz* geht es lediglich darum, die eigene Rüstung mit den mehr oder weniger aufgebauchten Zahlen über den Feind zu rechtfertigen. In der Argumentation erscheint der jeweils andere als Schrittmacher von Rüstungsprozessen. Die eigene Rolle wird als „Mitmacher“ bezeichnet. Solche Schrittmacher/Mitmacher-Behauptungen finden sich jeweils mit umgekehrtem Vorzeichen in den Reden und Schriften führender Repräsentanten in Ost wie in West.

Dagegen haben es diejenigen Wissenschaftler, denen es darum geht, das Wettrüsten zu erklären (*Erklärungsansatz*), schwerer, weil der Gegenstand, der der Erklärung bedarf, komplex und kompliziert ist. Einig ist man sich darin, daß die Rüstung nicht aus sich heraus erklärt werden kann. Es sind vielmehr bestimmte Einflüsse und Interessen, die wirksam werden und die Umfang und Intensität von Rüstungsprozessen bestimmen.

Es gibt zwar eine gutdotierte Rüstungsforschung, leider noch keine finanziell gleich gut ausgestattete Abrüstungsforschung. Im Rahmen der Friedens- und Konfliktforschung sind jedoch einige Erklärungshilfen erarbeitet worden, die die Rüstung (das Wettrüsten) als einen komplexen Vorgang begreifen, wobei Rüstung nicht nur eine militärische, sondern auch eine ökonomische, politische und sozialpsychologische Funktion hat. Rüstung wird also multifunktional begriffen. Daraus folgt: Wer Rüstung ausschließlich auf den ökonomischen Faktor reduziert, tut dies um den Preis umfassender Erklärung. Wer darüber hinaus Rüstung als einen ausschließlich von Kapitalverwertungsinteressen bestimmten Vorgang begreift und die Zusammensetzung und die Höhe der Rüstungsbudgets lediglich als das Ergebnis erfolgreichen Bemühens des sog. Militärisch-

Industriellen-Komplexes steht, dem geht es wie einem Betrunknen, der unter einer Laterne im Lichtkreis einen verlorenen Schlüssel sucht. Auf die Frage, warum er nur hier suche, antwortet er: Weil es hier hell ist.

So geht es Forschern, die es sich zu leicht machen und lediglich einen Faktor untersucht haben und den dann als entscheidend herausstellen, ohne die Wirksamkeit anderer Faktoren erforscht zu haben. Rüstung ist nicht nur ein innengeleiteter, über Bedrohungsvorstellungen vermittelter Prozeß, sondern auch ein außergeleiteter, das Potential des Gegners mit einbeziehender Vorgang.

Schaut man sich die Abrüstungsrelevante Literatur an, so wird deutlich, daß es die Rüstungs(Abrüstungs)theorie und den alles erklärenden Ansatz nicht gibt, wobei der Rechtfertigungsansatz allenfalls das Etikett „Sündenbocktheorie“ verdient. Hier ist die Sonder-GV in einer Schwierigkeit: Aktionen sind nur sinnvoll, wenn ihnen eine Analyse vorausgeht. Diese Analyse hat das Wetrüsten auf ihre Ursachen zu befragen. Doch weil eine solche Diskussion zwischen 149 Staaten äußerst schwierig ist und die Frage nach den Schuldigen häufig nichts anderes hervorbringt als ein Alibi für die sich mehrheitlich nichtschuldigen Fühlenden, sollte der Hinweis Schwedens berücksichtigt werden, die Schuldfrage nicht zu vertiefen und sich mehr mit der Transparenz der Rüstungshaushalte und ihrer Vergleichbarkeit sowie mit einem System international wirksamer Kontrolle zu befassen. Beide – scheinbar technischen – Probleme erweisen sich als schier unüberwindliche Barrieren in der bisherigen Abrüstungsdiplomatie.

V.

Die UdSSR hat sich 1973 für eine Resolution der VN eingesetzt, die die Hauptrüstungsländer auffordert, 10 Prozent von ihrer Rüstung zu senken und davon einen Teil den Entwicklungsländern zukommen zu lassen. Eine sehr populäre und auf den ersten Blick sofort umsetzbare Initiative. Doch 10 Prozent von welcher Bezugsgröße? Bekanntlich sind die Rüstungshaushalte unterschiedlich transparent. Rüstungsausgaben müßten erst einmal vergleichbar gemacht werden. Dazu ist es erforderlich, daß Standards entwickelt werden. Seit 1976 tagt in Genf eine UNO-Expertengruppe unter dem Arbeitstitel „Verringerung der Militärhaushalte“. Aufgabenstellung: Erarbeitung einer Matrix zur Vergleichbarkeit der Militärausgaben der UN-Mitglieder. Doch die kommunistischen Staaten beteiligen sich nicht an dieser Diskussion. Sie wollen sich offenbar nicht in ihre „Rüstungskarten“ schauen lassen. Nach Lage der Dinge bedeutet dies: Solange sich die Warschauer-Vertragsstaaten an dieser Expertengruppe nicht beteiligen und sich weigern, an der Debatte

über Umfang, Struktur und Anteil von Rüstung am Sozialprodukt teilzunehmen, wird jeder konkrete Schritt zur Rüstungskontrolle und Abrüstung blockiert. Diese Arbeiten sind die Vorbedingung für die „finanzielle Abrüstung“. Neben der ungeklärten Transparenzfrage spielt noch ein anderes Problem eine große Rolle: Das Kontrollproblem.

Ist eine nationale Kontrolle ausreichend, wie die UdSSR meint, oder ist eine Kontrolle nur wirksam, wenn diese unter internationaler Verantwortung an Ort und Stelle vorgenommen wird, wie die Westmächte meinen? Die UdSSR sperrt sich prinzipiell gegen eine obligatorische Kontrolle an Ort und Stelle. Von den Westmächten (insbesondere von den USA) wird diese zur *Conditio sine qua non* erklärt.

VI.

Wie könnte das Aktionsprogramm, verabschiedet von der Sonder-GV, aussehen? Die Entwicklungsländer/Blockfreien werden vorschlagen:

- Graduelle Reduzierung und Beseitigung der Nuklearwaffen;
- Vernichtung der chemischen und biologischen Waffen;
- Beseitigung der Brandbomben;
- Beseitigung aller Typen der nichtatomaren Massenvernichtungswaffen;
- Vollständiges Abziehen der fremden Truppen und Militärbasen;
- Graduelle Reduktion anderer Typen von Waffen und bewaffneten Kräften und schließlich
- Graduelle Reduktion der bewaffneten Kräfte.

Dieser Maßnahmenkatalog wird im Rahmen eines Prozesses gesehen, wobei der Schritt-für-Schritt-Ansatz favorisiert wird. Dabei soll stets der Wirkungszusammenhang zwischen Abrüstung, internationalem Frieden und Sicherheit und der friedlichen Lösung von Konflikten, sowie der Zusammenhang von Abrüstung und Entwicklung gesehen werden (dies ist auch der Ansatz der sog. Brandt-Kommission).

Frankreich hat bemerkenswerte und vielbeachtete Abrüstungsvorschläge gemacht. Sehen wir einmal davon ab, daß auch innenpolitische Momente für diese Vorschläge (mitten im französischen Wahlkampf) erklärend sind, will die französische Regierung auf der Sonder-GV folgende Anregungen vortragen:

- Der Abrüstungsausschuß in Genf (CCD) soll durch ein „neues Forum mit veränderter Zusammensetzung und Verfahrensweise“ ersetzt werden. Bekanntlich betreibt Frankreich hier eine Politik des leeren Stuhls.
- Aus der Besteuerung der „mehr als notwendigen Bewaffnung“ soll ein Sonderfonds gespeist werden, von dem die „gesamte Menschheit“ profitieren soll.

Reimund Seidelmann: Die Abrüstungskonferenz der SI und ihr Beitrag zur militärischen Entspannung

- Eine „rigorose und offene Non-Proliferationspolitik“ soll einerseits die Verbreitung von Atomwaffen verhindern, andererseits den Zugang zur friedlichen Nutzung der Kernkraft nicht verbauen.
- Für Europa „vom Atlantik bis zum Ural“ (1) soll eine europäische Abrüstungskonferenz einberufen werden.

Dieses Abrüstungspaket findet die volle Unterstützung der Entwicklungsländer und wird deshalb die Debatte prägen.

VII.

Die inhaltlichen Linien werden sehr stark durch die Blockfreien gezogen werden. Die Adressaten von Abrüstungsforderungen dieser Gruppe sind die Hauptrüstungsländer (dazu gehört neben USA, UdSSR, Frankreich, VR China und Großbritannien auch die Bundesrepublik). Organisatorisch lassen sich drei Konsequenzen für das weitere Verfahren denken:

- Die Sonder-GV geht ergebnislos auseinander.
- Die Sonder-GV beschließt die „Weltabrüstungskonferenz“. Bekanntlich sieht die UdSSR in der Sonder-GV lediglich eine „Etappe“ auf dem Weg zur „Weltabrüstungskonferenz“, d. h., sie unterstützt die Sonder-GV nicht vorbehaltlos, sondern nur in dieser Funktion.
- Der Sonder-GV werden weitere Voll- oder Fachkonferenzen folgen.

Es ist nahezu unmöglich, heute zu sagen, welche Konsequenzen eintreten werden. Schwer vorstellbar ist, daß die SGV scheitert. Dazu sind zu viele intellektuelle Investitionen, besonders der Blockfreien und Entwicklungsländer geleistet worden. Dies ist „ihre“ Konferenz, und sie werden dafür Sorge tragen, daß diese Konferenz „irgendwie“ erfolgreich verläuft und abschließt. Denkbar und höchstwahrscheinlich ist ein weiteres Verfahren nach dem Muster der KSZE. Dies würde bedeuten, daß in einem bestimmten zeitlichen Rhythmus die Sonder-GV zusammentritt, um den Stand der vorgeschlagenen Maßnahmen zu überprüfen. In diese Richtung gehen Stellungnahmen Schwedens, Sri Lankas (als Sprecher der Blockfreien) und Ägyptens.

Aus der Sonder-GV wäre dann ein ständiges Organ geworden, das die Hauptrüstungsländer unter ständigen Rechtfertigungsdruck setzt.

I.

Im Zusammenhang mit der Konsolidierung der politischen Entspannung in Europa ist in den letzten Jahren die „Komplettierungs“-Doktrin entwickelt worden. Sie soll die politische Entspannung, die auf wirtschaftlicher, politischer und kultureller Zusammenarbeit beruht, durch die Ausweitung dieser Zusammenarbeit auch auf den militärischen Bereich komplettieren und damit wieder vorantreiben. Dies hat neben strukturellen auch aktuelle Ursachen und Hinderungsgründe, die gleichermaßen den Handlungsspielraum für diese Doktrin abstecken und jeden Versuch – und damit auch die Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Internationale vom 24. bis zum 26. April 1978 in Helsinki – zu ihrer Umsetzung bestimmen.

Die strukturellen Ursachen für diese Entwicklung liegen letztlich in den Grundproblemen sowohl der westlichen wie auch der östlichen Gesellschaften. Beide beziehen ihre Legitimation, d. h. ihre Glaubwürdigkeit und die notwendige Unterstützung durch Bevölkerung und Herrschaftseliten in erster Linie über die Befriedigung materieller Interessen – Konsum, soziale Sicherheit, Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen und so fort. Gegenseitige Konkurrenz und innere Dynamik zwingen beide zu einer Politik des wirtschaftlichen Wachstums, insbesondere der Verhinderung oder Abschwächung von Rezessionen oder Versorgungskrisen, die die Legitimation der jeweiligen Regierung in Frage stellen. Die Arbeiterunruhen in Polen und die Regierungskrise 1966/67 in der BRD sind dafür Beispiele. Mit zunehmender Industrialisierung sind aber nennenswerte Wachstumsraten nur über intensives Wachstum zu erreichen, d. h. durch einen relativ hohen Einsatz von Kapital und Technologie. Da beides nur in begrenztem Ausmaß zur Verfügung steht, geht es bei der Festsetzung der nationalen Ausgabenprioritäten auch um das Ausmaß und das Tempo von Wachstum und damit letztlich auch Systemstabilität. Rüstungs- und Militärausgaben belasten als unproduktive oder „tote Kosten“ mit ihrem Bedarf an Kapital, Technologie, Produktionskapazität und Arbeitskraft diesen Wachstumsprozeß. Da diese letztlich dem Konsum und der Investition für zukünftigen Konsum abgehen, bedürfen sie der Begründung. Hierzu behaupten diejenigen Gesellschaften, die militärische Kapazitäten erhalten oder aufbauen – und dies sind zwar die Mehrzahl, keineswegs aber alle –, daß das Sicherheitsbedürfnis eben nur oder überwiegend durch militärische Instrumente, d. h. Abschreckung und Krieg, verwirklicht werden könne. Mit zunehmenden Wachstumsproblemen und gleichzeitig zunehmenden Rüstungs- und Militärkosten konkurrieren nun die Ziele „Wohlfahrt“ und „Sicherheit“ immer mehr. Militärische Sicherheitsausgaben

werden daher über den Aufbau oder die Erhaltung eines Außenfeindes, Hinweise auf Erfahrungen in der Vergangenheit oder die Aufrüstung eines möglichen Gegners begründet. Parolen wie „Die Russen kommen“ oder „Die aggressiven deutschen Militärs“ bis hin zu militärisch ohnehin schon längst fragwürdigen Zahlenvergleichen sind dafür Beispiele.

Indem man nun aber selbst rüstet und mit diesen Begründungen legitimiert, liefert man umgekehrt dem Staat, den man als möglichen Gegner ansieht, nicht nur den Beweis für mögliche militärische Absichten, sondern auch die Begründung für dessen Rüstung. Dies wird dann zur wechselseitigen Stabilisierung des jeweiligen Herrschaftssystems eingesetzt. Die äußere Bedrohung dient zur Integration nach innen, zum Austragungsverbot für innere Konflikte und zur Deckung eines möglichen Legitimationsdefizites. Antikommunismus und Antikapitalismus in ihrer Ausprägung, wie sie die 50er Jahre mit sich brachten, sind hierfür die Beispiele aus deutscher Geschichte.

Dieser Zusammenhang von Sicherheitsbedürfnis, Rüstung und Wachstumsverzicht ist aber in den letzten Jahren durch eine Reihe von Entwicklungen in Frage gestellt worden. Erstens hat die waffentechnologische Entwicklung – insbesondere die der Nuklearwaffen – dazu geführt, daß praktisch jeder Krieg in Mitteleuropa nicht mehr gewonnen werden kann und daß der Einsatz des militärischen Instrumentes zur Gewährleistung von Sicherheit eben das Gegenteil von dem bringt, was es eigentlich leisten sollte. Es führt zur Vernichtung dessen, was geschützt werden sollte. Zweitens hat der qualitative und quantitative Rüstungswettlauf die dafür notwendigen Ausgaben überproportional zum Wachstum des Bruttosozialproduktes ansteigen lassen. Mit anderen Worten: Die Aufrechterhaltung des gegenwärtig bestehenden labilen militärischen Kräfteverhältnisses in Mitteleuropa macht – für den Fall, daß die Warschauer-Pakt-Staaten im selben Maße wie bisher weiterärüsten – in den 80er Jahren relativ höhere Verteidigungsausgaben notwendig. Neben der Kostenfrage stellt sich aber auch – und nicht nur für die Bundesrepublik – die Frage, woher angesichts der geburtsenschwachen Jahrgänge in den 80er Jahren die nötigen Wehrpflichtigen genommen werden sollen. Drittens hat die einsetzende politische Entspannung mit ihren Verträgen, ihrer strukturell ausgerichteten Zusammenarbeit und ihren wirtschaftlichen Verflechtungen die gegenseitige Bedrohungsangst nicht nur verringert, sondern gleichzeitig friedliche Lösungsmuster entwickelt und in Ansätzen erprobt. Trotzdem besteht das Dilemma, daß beide Seiten gleichzeitig politisch entspannen und aufrüsten und daß die Erfolge im einen Bereich durch Maßnahmen im

anderen Bereich ausgehöhlt werden. Dies trifft nicht nur für die Staaten des Warschauer Paktes und insbesondere die UdSSR, sondern gleichzeitig auch für die NATO und vor allem für die Bundesrepublik zu.

Die „Komplettlerungs“-Doktrin setzt hier an und will durch militärische Entspannung zunächst die weitere gegenseitige Aufrüstung verlangsamen, dann stoppen und schließlich in Abrüstung überführen. Sie verlagert daher das politische Gewicht von der militärischen auf die politische Instrumentierung von Sicherheitspolitik. Dabei gibt es zunächst strukturelle Widerstände. Rüstungswirtschaft, Streitkräfte und davon materiell oder ideologisch abhängige Gesellschaftsgruppen werden ihren politischen Einfluß aufbliesen, konkrete militärische Entspannung zu verhindern. Hier gibt es eine Koalition zwischen Ost und West, weil militärische Entspannung die politische Bedeutung, die materielle Existenz und die soziale Position dieser Gruppen gleichermaßen bedroht.

Ein Abbau der Außenbedrohung kann aber auch dazu führen, daß eine wichtige Legitimationsstrategie und ein Disziplinierungsinstrument wegfällt. Interne Konflikte, Verteilungskämpfe und Forderung nach mehr Teilhabe an den gesellschaftlichen Entscheidungen treten deutlicher zu Tage – die systemimmanente Opposition in den osteuropäischen Ländern und der UdSSR zeigt dies. So kann auch eine Koalition von Herrschaftseliten gegen die Fortsetzung der Entspannung – und zwar zwischen Ost und West – entstehen, weil man den militärischen Gegner zur Abdeckung interner Legitimationsdefizite benötigt. So muß umgekehrt derjenige, der auf militärische Entspannung aus ist, ein Mindestmaß an innerer Systemstabilität beim anderen voraussetzen, wenn er ernsthaft sein Ziel verfolgt. Und für den Fall, daß dies, wie im Falle einiger osteuropäischer Länder, nur unzureichend zutrifft, dürfen interne Schwierigkeiten nicht von außen verschärft, sondern müssen unter Umständen durch wirtschaftliche Hilfe von außen abgeschwächt werden. Dies ist eine Politik auf Grundlage der Gegenseitigkeit.

Die damit verbundene Zurückhaltung im Bereich der politischen Menschenrechts-offensive angesichts der angestrebten Entspannung ist dabei kein Aufgeben von eigenen Grundpositionen, sondern durch zweierlei begründbar: erstens lassen sich von außen innerstaatliche Konflikte ohne erhebliche Nachteile für die davon betroffenen Bevölkerungsgruppen nicht steuern, und dies würde nur die Gefahr des Rückfalles in geschichtlich überwundene Formierung mit sich bringen; zweitens führt militärische Entspannung wegen ihrer Auswirkung auf ziviles Wachstum und Erweiterung der Handlungsspielräume im Inneren einer Gesellschaft

langfristig zu einer Verbesserung der Lage derjenigen, die durch bloße Menschenrechtspolitik verschlechtert wird.

Neben den strukturellen Widerständen gibt es aber auch strukturelle Antriebskräfte. Es hat sich durch die wirtschaftliche Instrumentierung politischer Entspannung eine Koalition der Handelspartner zwischen Ost und West gebildet, die von der eigenen Interessenlage her Entspannung fördern und als Friedens-„Lobby“ ihren politischen Einfluß geltend machen können. Daneben kann auf den Zusammenhang von Reformpolitik und militärischer Entspannung hingewiesen werden, der eine der strukturellen Ursachen für das Entstehen der „Komplettierungs“-Doktrin bildet. Aber die Einsicht in solche Zusammenhänge oder die davon ausgehenden Entwicklungszwänge bedeuten keineswegs, daß sich Regierungspolitik ihnen gemäß oder rational verhält. So wie zur Durchsetzung der politischen Entspannung in praktische Politik hinein erhebliche Anstrengungen nötig waren, so muß militärische Entspannung gegen aktuelle Widerstände – auch in der Regierungspolitik der Bundesrepublik – durchgesetzt werden.

II.

Der Beitrag, den die Abrüstungskonferenz der SI dafür leisten konnte, muß zunächst unter den Zielen, die man mit dieser Konferenz erreichen wollte, gesehen werden. Nachdem sich die Gründung einer Abrüstungsstudiengruppe, die auf der Madrider Bürositzung im Oktober 1977 angeregt worden war, verzögerte, konnte die Konferenz nicht anhand einer konkreten Grundlage diskutieren. Auch der Verzicht, die in Madrid von Willy Brandt vorgelegten Thesen zur Abrüstung zu diskutieren, zeigt die Zurückhaltung, in diesem Bereich zu konkreten Aussagen mit verbindlichem Charakter zu kommen und begründet damit auch die Kritik des amerikanischen Gastredners, daß die SI und ihre Mitgliederorganisationen im Bereich militärischer Entspannung sich zu passiv verhielten. So hatte die Konferenz – wie es der SI-Generalsekretär Berni Carlsson in seiner Eröffnung formulierte – nicht die Aufgabe, eine gemeinsame Linie herauszuarbeiten, sondern mehr die Möglichkeit zu bieten, „Standpunkte anzuhören und auszutauschen und die Positionen der Konferenzteilnehmer zu beraten“. Die SI-Bürositzung in Dakar im Mai hat die Zusammensetzung und die Aufgaben der Studiengruppe beschlossen, deren Ergebnisse dem SI-Kongreß in Vancouver im November 1978 vorgelegt werden sollen. Obwohl mit einer derartigen Begrenzung der Rolle dieser Konferenz ihr politischer Wert gesunken war, hat sich in der Diskussion über die drei Konferenzthemen – Nukleare und andere Massenvernichtungsmittel,

Internationale Mechanismen für Abrüstungsverhandlungen und Abrüstung und Entwicklung – doch ein Konsens in einer Reihe von Punkten herausgebildet, der die zukünftige Richtung der Diskussion bestimmen wird und der von den jeweiligen nationalen Mitgliederpartei nicht ohne weiteres – d. h. ohne Gefahr der Isolierung innerhalb der SI – umgangen werden kann.

Erstens bestand Einigkeit darin, Fragen der militärischen Entspannung nicht von Fragen nationaler Sicherheit zu trennen oder – umgekehrt ausgedrückt – Möglichkeiten zu suchen und zu finden, wie parallel zur militärischen Entspannung nichtmilitärische sicherheitspolitische Instrumente und Modelle aufgebaut und erprobt werden können. Insofern – und dies wurde immer wieder betont – hält man an der KSZE-Philosophie fest und versucht, die militärischen Verhandlungen in diesen Rahmen zu integrieren. Damit wurde gleichzeitig der Gradualismus als einzig sinnvolle Strategie anerkannt, d. h. die begrenzte, die beiderseitige und gegenseitige sicherheitspolitische Balance nicht beeinträchtigende Strategie kleiner aufeinander aufbauender Schritte, die das jeweils erreichte Entspannungsniveau dauerhaft absichern und gleichzeitig höher schrauben.

Zweitens sollen weder USA noch UdSSR aus ihrer Verantwortlichkeit entlassen werden, die „Grauzonenwaffen“ in die Verhandlungen aufzunehmen, und es soll nach Möglichkeiten gesucht werden, den qualitativen Rüstungswettlauf zu verringern. Dabei sollten auch Optionen, d. h. technische Möglichkeiten, in Verhandlungen eingebracht werden. Auch wenn die Entscheidung der USA, die Neutronenwaffenproduktion zurückzustellen, allgemein begrüßt und als entspannungspolitisches Signal in diese Richtung verstanden wurde, wurde betont, daß dies ein wichtiger Einzelschritt sei, daß davon aber nicht alle Probleme des Rüstungswettlaufes berührt wären. In diesem Sinne wurde auch das Angebot der UdSSR, ihrerseits auf die Option der Entwicklung von Neutronenwaffen zu verzichten, zwar als konstruktive, aber auch als unzureichende Antwort aufgefaßt.

Drittens erwartet man in absehbarer Zeit konkrete Erfolge in den MBFR-Verhandlungen in Wien auf Grundlage von Parität und Kollektivität. Insbesondere von deutscher Seite wurde argumentiert, daß solche Erfolge, wie sie im Bereich von vertrauensbildenden Maßnahmen oder der Dislozierung der sowjetischen Truppen in Form einer teilweisen Verlagerung nach Osten möglich wären, nicht unerheblich dazu beitragen würden, die Ernsthaftigkeit des Ostens ohne Gefährdung seiner Sicherheit zu beweisen und umgekehrt die eigene Bevölkerung von der Fruchtbarkeit der Entspannungspolitik insbesondere in Hinblick auf

die nächsten Bundestagswahlen, wo dies ein zentrales Wahlkampfthema werden dürfte, zu überzeugen.

Im Zusammenhang mit Fragen europäischer Sicherheit wurde auch – ohne es offen zu diskutieren – das Grunddilemma westeuropäischer Sicherheitspolitik angeschnitten: Einseitig von den Sicherheitsgarantien der USA abhängig, besteht die Befürchtung, daß die USA sich mit der UdSSR über die Köpfe der Westeuropäer hinweg verständigen und dabei wesentliche europäische Interessen aufgeben könnten oder umgekehrt die sicherheitspolitische Abhängigkeit der Westeuropäer als Druckmittel bei wirtschaftlichen oder politischen Verhandlungen ausnutzen. Eine europäische Entspannungszone müßte auf der einen Seite durch Garantien ausreichend abgesichert sein und auf der anderen Seiten eben Unabhängigkeit von den USA und der UdSSR gewährleisten. Aus europäischer Sicht stellt sich dabei die Frage, ob europäische Sicherheit europäisch oder atlantisch ausgerichtet ist – eine Kontroverse, wie sie durch die Sicherheitspolitik de Gaulles auf der einen Seite und Adenauers auf der anderen Seite deutlich gemacht wurde.

Dieses Grundproblem wurde während der Konferenz bei der Frage deutlich, ob Fortschritte bei den MBFR-Verhandlungen unabhängig oder nur als Folge von Ergebnissen der SALT-Verhandlungen zu erreichen seien. „Unabhängig“ bedeutet dabei die europäische, „abhängig“ von SALT-Ergebnissen die atlantische Option. Skandinavien, Mittelmeerlande und Neutrale vertraten mit Nachdruck die erste Variante, Briten und Deutsche mehr die Verbindung europäischer Optionen mit atlantischer Absicherung. Einmütigkeit bestand darüber, daß MBFR-Fortschritte nicht nur weitgehend unabhängig vom Verlauf der SALT-Verhandlungen seien, sondern auch verstärkt durch europäische Initiativen der besonders Betroffenen – und damit auch der BRD – vorangetrieben werden müßten. Daß dabei die jüngsten Initiativen der Bundesregierung nur von den bundesrepublikanischen Vertretern angesprochen wurden, zeigt, daß diese in den Augen der anderen Interessierten Mitgliedsorganisationen der SI nicht für ausreichend gehalten werden.

Ohne die BRD zu nennen, wurde **viertens** im Bereich der Nonproliferation Konsens darüber erreicht, daß auch der Transfer ziviler Nukleartechnologie sehr viel schärfer durch internationale Kontrollen insbesondere der IAEA in Wien gesteuert und beaufsichtigt werden müsse, daß die entsprechenden Verträge und Kontrollmechanismen den Möglichkeiten moderner Technologie angepaßt werden müßten und der Nonproliferationsvertrag auch von den Ländern unterzeichnet werden müsse,

die ihm bislang noch nicht beigetreten wären.

Fünftens wurde über Beiträge, die nicht nur den Zusammenhang von Aufrüstung, Außenkonflikten und Faschismus in Südamerika, sondern auch von Entwicklungsverzögerung und Aufrüstung in der Dritten Welt behandelten, eine deutliche Einigung über den Zusammenhang von Abrüstung und Entwicklung in der Dritten Welt erzielt. Entspannung und atomwaffenfreie Zonen dürften nicht allein auf Europa beschränkt bleiben, sondern müßten auch in der Dritten Welt eingerichtet werden und international abgesichert werden. Beim Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozeß freigesetzte Ressourcen müßten direkt und bindend zur Entwicklung in der Dritten Welt eingesetzt werden. Militärische Interventionen, Militärhilfe und Söldneraktionen müßten politisch unterbunden werden. Vor allem aber müsse der Waffentransfer von internationalen Gremien kontrolliert und systematisch abgebaut werden, jede Form von Waffenausport müsse von sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Regierungen unterbunden werden. In diesem Zusammenhang wurde auch der Prozeß der zunehmenden Multilateralisierung oder der Öffnung von Abrüstungsverhandlungen als möglicher neuer Impuls gesehen.

Zieht man daraus die Konsequenzen für die Außenpolitik der sozialdemokratisch geführten Bundesrepublik, so ergibt sich aus der Sicht der anderen SI-Mitgliedsorganisationen:

1. die BRD muß noch stärker als bisher im Bereich der MBFR-Verhandlungen initiativ werden und dort auch stärker europäische Interessen zur Geltung bringen,

2. die BRD muß die selbst auferlegten Waffenexportrestriktionen stärker beachten, dafür Sorge tragen, daß sie auch nicht indirekt Rüstungskäufe der Dritten Welt finanziert oder erleichtert, und muß ihren Einfluß auf andere Waffenexporteure stärker als bisher zur Durchsetzung dieser Forderungen geltend machen,

3. die BRD muß bei Lieferung von nuklearer Technologie oder Anlagen sehr viel stärker als bisher die Möglichkeit nuklearer Aufrüstung von Schwellenmächten verhindern,

4. insgesamt muß die Bundesregierung den von Brandt erhobenen politischen Führungsanspruch im Bereich der Fortsetzung von politischer und ihrer Komplettierung durch militärische Entspannung auch durch konkrete Politik einlösen, wenn die SPD nicht ihre Glaubwürdigkeit in der Sozialistischen Internationale gefährden will.

Insbesondere die SPD-Delegation ist auf dieser Konferenz mit konkreten Vorschlägen, zusammenhängenden Konzepten und realistischen Durchsetzungsstrategien hervorgetreten. Willy Brandts Thesen zur Abrüstung und seine Aktivitäten in diesem Bereich und politische Ereignisse wie der

jüngste Breschnew-Besuch in Bonn haben Erwartungen geweckt, deren Enttäuschung das Vertrauen in die SPD und ihre Position innerhalb der Sozialistischen Internationale erheblich beeinträchtigen würde.

III.

Die zweite Funktion der Konferenz war, einen politischen Rahmen für den offiziellen Auftritt jeweils eines hohen amerikanischen und sowjetischen Vertreters abzugeben. Damit wurde zunächst erreicht – und dies wurde auch in den Reden beider deutlich –, daß die Sozialistische Internationale als nichtgovernmentale Organisation von den beiden im Entspannungsprozeß wichtigsten Regierungen gewissermaßen als politische Kraft von Bedeutung anerkannt wird. Dabei sind zwei Entwicklungen, die sich gegenseitig ergänzen, denkbar: erstens die Entwicklung einer eigenständigen Position und Verwirklichung der Strategie des dritten Weges und zweitens die Vermittlerrolle zwischen USA und UdSSR. Zunächst mußte aber dieser doppelte Brückenschlag ohne zu große innenpolitische Belastungen oder zu große außenpolitische Bedeutung ermöglicht werden. Dazu boten sich Finnland und seine sozialdemokratische Partei, die sich traditionell gerade in Fragen der europäischen Sicherheit und Entspannung als Vermittler zwischen der UdSSR und den Westmächten betätigen, geradezu an – dies nicht zuletzt wegen der damit verbundenen internationalen Bestätigung dieser Rolle und ihrer innenpolitischen Vorteile für die Regierungspartei.

Die politische Essenz der Rede des amerikanischen Botschafters James Leonard, stellvertretender Repräsentant der USA bei den Vereinten Nationen, läßt sich in der Forderung nach einer stärkeren und aktiveren Beteiligung der Westeuropäer und der sozialdemokratischen und sozialistischen Regierungen beim militärischen Entspannungsprozeß zusammenfassen. Mit „einem gewissen Ausmaß an Enttäuschung“ stellte Leonard fest, daß es keinen auch „irgendwie brauchbaren Beitrag aus Europa“ im Bereich von Sicherheits-, Verteidigungs- und Abrüstungspolitik gegeben habe, daß sozialdemokratische und sozialistische Parteiführer und Experten „recht unkritisch die Analysen und die politischen Empfehlungen unseres (d. h. des amerikanischen, R.S.) diplomatischen und militärischen Establishments akzeptieren“. Und er fuhr fort: „Was mich stört, ist eine Passivität, ein offensichtlicher Mangel an Ferment und ein offensichtliches Fehlen neuer Ideen und Ansätze. Und am meisten stört mich eine meist automatische Bestürzungsreaktion hier in Europa auf alle innovativen Ansätze, die von Zeit zu Zeit von dem einen oder anderen Amerikaner geäußert werden können.“

Der Hinweis, daß militärisches „burden-sharing“ auch zu „Verpflichtungen“ in der Abrüstung führe und daß die USA „Partner“ auch auf diesem Gebiet benötigten, schloß das Argument – das übrigens in der Diskussion einmal verwandt wurde –, schwache Staaten könnten in diesem Bereich keine Rolle spielen, mit dem Hinweis auf Mexiko aus. Obwohl Mexiko militärisch und auch politisch schwach sei, hätte es aufgrund von „diplomatischer Führungsfähigkeit“ einen entscheidenden Beitrag zur Begrenzung der Nuklearwaffenverbreitung geleistet. Dabei bezog er sich auf die atomwaffenfreie Zone in Lateinamerika. Die Wahl des Beispiels – ein Land mittlerer Größenordnung mit hoher regionaler Bedeutung –, des Gegenstandes – die nuklearwaffenfreie Zone – und der im Verlaufe der Rede wiederholt angesprochenen Person – Willy Brandt – ist nicht zufällig, sondern ist eine deutliche Aufforderung an die Europäer, die Bundesrepublik und die SPD. Ob diese Aufforderung nach Initiativen, die auch die eigene Interessenlage neben der der Allianz einbringen, berücksichtigen soll, tatsächlich Mehrheitsmeinung der amerikanischen Regierung ist, bleibt abzuwarten. Die Einschränkung zum Schluß der Rede, daß die Geschichte den USA „eine führende Rolle in diesem Prozeß“ zugewiesen habe, nimmt aber dem Appell nach europäischen Abrüstungsinitiativen weder das Gewicht noch die damit verbundene Kritik.

Anders und sehr viel weitergehender als Leonard, appellierte der Vertreter der sowjetischen Regierung ebenfalls an die Sozialistische Internationale, sich stärker als bisher in den Abrüstungsprozeß einzuschalten. Er trug dazu auch konkrete Angebote vor. Mit der zahlenmäßig verstärkten Delegation, der zeitlichen Abstimmung des sowjetischen Auftritts bei der Abrüstungskonferenz und des Angebotes Breschnews, auf die Produktion der Neutronenwaffe ebenfalls zu verzichten, und den konkreten Vorschlägen für eine Zusammenarbeit zwischen SI und KPdSU wurde deutlich gemacht, welchen Stellenwert die SI für die UdSSR besitzt. Boris Ponomarew, Vorsitzender der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Nationalitäten-sowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, wiederholte zwar die sowjetischen Thesen, daß auch die gegenwärtige Rüstung der UdSSR ihr vom Westen aufgezwungen sei, daß es keine Militärisch-Industrieller-Komplex-Problematik in der UdSSR gäbe und daß das Ausmaß der sowjetischen Verteidigungsanstrengungen auch durch ihre asiatischen und anderen nichteuropäischen Sicherheitsinteressen und die historischen Erfahrungen der UdSSR bedingt sei.

Aber neben dieser Bekräftigung offizieller sowjetischer Doktrin sind vor allem zwei Punkte von besonderem Interesse. Zunächst gibt es einen

kurzen Hinwels auf das Verifikationsproblem bei militärischer Entspannung, bei dem die UdSSR früher traditionell außerordentlich empfindlich reagierte und jede direkte personale Kontrolle als Eingriff in die Souveränitätsrechte ablehnte. Hier ist eine Tendenzwende eingetreten. Ponomarew sagte: „Wir sind für eine strenge internationale Kontrolle, der wir eine keineswegs geringere Bedeutung als der Westen beimessen. Dabei sind wir der Meinung, daß die Kontrolle dazu beitragen muß, das gegenseitige Vertrauen unter den Staaten zu festigen, statt zusätzliche Angst und Argwohn hervorzu- bringen.“ Die Koppelung von Verifikation, Abbau von Mißtrauen und militärischen vertrauensbildenden Maßnahmen ist gerade angesichts der sozial- demokratischen Auffassung, daß man im Bereich der europäischen Entspannung in absehbarer Zeit zu konkreten Ergebnissen im Bereich der mili- tärischen Vertrauensbildung kommen könnte, nicht unwichtig.

Die politisch wichtigsten Aussagen bezogen sich aber auf den Zusammenhang von kommunistischer Ideologie, Abgrenzung bzw. Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Vorantreiben der militärischen Entspannung. Zunächst wurde die These, die kommunistische „revolutionäre Ideologie als solche bringe die Gefahr einer sowjetischen militärischen Expansion hervor“, unter Hinwels auf die letzten Parteitage und den entschiedenen Verzicht auf die „Theorie und Politik eines ‚Exportes der Revolution‘“ verworfen. Die offizielle Auffassung von der Gemeinschaft der Friedenskräfte – „Dazu gehören die Sowjetunion, die sozialistische Staatengemeinschaft, die internationale Arbeiterbewegung, die nationale Befreiungsbewegung und die blockfreien Länder, dazu gehören breite Kreise der Weltöffent- lichkeit, die demokratischen Massenorganisationen und die real denkenden politischen Kreise in den kapitalistischen Ländern“ – wurde in der Frage der Zusammenarbeit weiter entwickelt. Nach der Feststellung, „daß von den Kommunisten und den Sozialdemokraten in letzter Zeit hinsichtlich der Fragen des Kampfes um die Abrüstung Stand- punkte formuliert wurden, die einander recht nahe stehen“ und der positiven Einschätzung der Kontakte zwischen KPdSU und verschiedenen sozial- demokratischen und sozialistischen Parteien kam die entscheidende Aussage: „Wir betrachten die Dinge realistisch. Zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten bestehen ideologische Differenzen. Doch das Leben selbst verlangt Einver- nehmen über das brennendste Problem der Gegenwart, an dessen Lösung die ganze Menschheit interessiert ist: der Abwendung eines neuen Weltkrieges und der Einstellung des Rüstungswett- laufes. (...) Das Leben selbst diktiert gebieterisch

die Notwendigkeit, daß die kommunistischen und die sozialdemokratischen Parteien in Fragen der politischen und militärischen Entspannung zu- sammenarbeiten. Jawohl, zusammenarbeiten! Sporadische Kontakte genügen heutzutage bestimmt nicht mehr. Ein beständiges und konsequentes Zusammenwirken tut not.“ Die Einladung einer SI-Spitzendelegation nach Moskau, Gespräche über „Entwicklung und Aufrechterhaltung beständiger Kontakte zwischen den kommunistischen und den sozialdemokratischen Parteien zwecks Informations- austauschs sowie zwecks Koordinierung gemeinsamer Aktionen in Fragen der Abrüstung“, gemeinsamer Anstrengungen zur Vorbereitung einer Welt- abrüstungskonferenz, „ein Treffen von Repräsen- tanten der kommunistischen und der sozial- demokratischen Presse zwecks Meinungs- und Informationsaustauschs“, „in Moskau oder auch andernorts eine repräsentative Expertenkonferenz über Abrüstungsfragen abzuhalten, an der Vertreter der kommunistischen wie auch der sozialdemokrati- schen Parteien und anderer politischer Kräfte teilnehmen“, die Bildung „gemeinsame(r) For- schungsgruppen zur Untersuchung besonders aktueller Fragen der Rüstungseinschränkung und Abrüstung“ und die Einführung eines Welt- abrüstungstages vergleichbar dem 1. Mai waren die konkreten Angebote an die Sozialistische Inter- nationale.

Diese Vorschläge der UdSSR müssen unter verschiedenen Aspekten gesehen werden. Erstens ist die SI nur bedingt als echter Gesprächspartner zu betrachten, solange noch keine ausgearbeitete und verabschiedete Position vorliegt. Denn die SI muß mit klaren Vorstellungen in derartige Ver- handlungen hineingehen. Zweitens müssen auch Innenpolitische Bedingungen in einer Reihe von westeuropäischen Ländern berücksichtigt werden, insbesondere dort – wie zum Beispiel in der BRD –, wo eine Zusammenarbeit mit der jeweiligen nationalen kommunistischen Partei aus tiefgreifenden Unterschieden, offener Konkurrenzsituation und mangelndem Verständnis der Bevölkerung für eine derartige Partei ausgeschlossen ist. Drittens muß davon ausgegangen werden, daß die Vorschläge der UdSSR auch im Rahmen ihrer eigenen nationalen Interessen gesehen werden müssen und daß trag- fähige Kompromisse immer die Interessen der bei- den beteiligten Seiten berücksichtigen müssen. Viertens – und dies wurde in der Zusammen- fassung der Konferenzergebnisse von Willy Brandt betont – kann es für die SI keine einseitige Ausrichtung auf die UdSSR in der Zusammenarbeit geben. Schon allein aufgrund ihrer Mitglieder- palette und der Bindungen der westeuropäischen Länder an die USA und die Dritte Welt muß die

SI versuchen, gleichermaßen mit den USA, der UdSSR und den Ländern der Dritten Welt zusammenzuarbeiten. Auf einer solchen Grundlage können aber gerade die Kontakte auf Parteebene eine erhebliche Vorarbeit leisten. Weniger abhängig von Zwängen, denen die Regierungen unterliegen, weniger beeinflusst von militärisch-industriellen Interessen und langfristiger und programmatisch denkend, kann damit ein Weg erschlossen werden, festgefahrene Verhandlungen wieder in Gang zu bringen, neue Vorstellungen und Strategien zu entwickeln, Vertrauen auf einer zusätzlichen Ebene abzusichern und im Bereich der militärischen Entspannung das Primat der Politik wiederherzustellen. Insofern hat dies Angebot der UdSSR oder besser der KPdSU eine wichtige Perspektive geöffnet, denen sich die SI-Mitgliederorganisationen nicht entziehen können, wenn sie sich nicht erneut den Vorwurf der Amerikaner, zu passiv und zu wenig innovativ zu sein, zuziehen wollen.

Daß eine derartige Zusammenarbeit fruchtbar sein könnte und durchaus die Interessen aller Beteiligten weiterbringen kann, hat das Beispiel der Ost-West-Jugendzusammenarbeit gezeigt, das von den IUSY-Vertretern in die Diskussion der Konferenz eingebracht wurde. Diese Zusammenarbeit hat sich seit 1975 nicht nur so bewährt, daß selbst die konservativen und christdemokratischen Jugendverbände sich jetzt daran beteiligen, sondern auch zu gemeinsamen Dokumenten geführt, in denen wichtige Kompromisse festgeschrieben werden konnten. Dies gilt zum Beispiel für die Frage der Legalisierung der Kriegsdienstverweigerung oder die Einführung einer Friedenserziehung — zwei Punkte, in denen die osteuropäischen Jugendorganisationen ihre Kompromißbereitschaft und ihre Lernfähigkeit unter Beweis stellten, ohne ihre eigene Identität aufzugeben. Insofern gibt es für die Sozialistische Internationale in diesem Bereich einen ermutigenden Vorläufer in ihrer Jugendorganisation.

IV.

Die dritte und vierte Funktion der Konferenz bezog sich auf die Verstärkung öffentlichen Interesses für Fragen der militärischen Entspannung und der Vorbereitung der Sondersitzung der Vereinten Nationen über Abrüstung im Frühsommer dieses Jahres. Durch eine Mobilisierung von Öffentlichkeit für eine aktive militärische Entspannung soll nicht nur ein neuer innenpolitischer Koalitionspartner gefunden werden, sondern auch die zum Beispiel in der Bundesrepublik deutlich zutage tretende Skepsis und Enttäuschung bei der Beurteilung von Erfolgen in der militärischen Entspannung überwunden werden. Dies kann für die Legitimation sozialdemokratischer und

sozialistischer Parteien und ihre Vorschläge nicht nur lebensnotwendig im Sinne des Erhaltes und des Ausbaus von Mehrheiten werden, sondern stärkt auch die Position der Partei bei Auseinandersetzungen mit ihrer Regierung in dieser Frage. Arbeitsthematik der Konferenz und innere Dynamik ließen den Aspekt der Bedeutung der Öffentlichkeit und der Diskussion konkreter Mobilisierungsstrategien weitgehend unberücksichtigt. Anregungen aus der Madrider Bürositzung, selbst wenn sie noch so begrenzt, wie z. B. die Forderung nach einem Aktionstag für Abrüstung, waren, wurden nicht aufgenommen. Anders als die Parteilührer in Madrid neigten die Experten in Helsinki dazu, die Probleme von demokratischer Legitimation, Berücksichtigung von Sicherheitsängsten bei der Bevölkerung und darauf abgestimmter Politik der Entspannungsgegner und Friedensbewegungen zu vernachlässigen. Zum Teil kann hier auch mitspielen, daß man selbst zu wenig Anstrengungen in diesem Bereich aufzuweisen hat.

Die Sondersitzung der Vereinten Nationen war nicht nur Anlaß für den Zeitpunkt der Konferenz, sondern auch Gegenstand strategischer Beratungen. Der Versuch der Vereinten Nationen, über eine Multi- und Internationalisierung der Abrüstungsdiskussion auf UN-Ebene die Rolle der Vereinten Nationen bei diesbezüglichen Verhandlungen zu betonen, sich dabei auf die Forderungen der Dritten Welt zu stützen und dies als neue Antriebskraft in den Abrüstungsprozeß einzubringen, wird insofern von der SI unterstützt, als man hofft, daß über eine derartige Diskussion politischer Druck auf die verhandelnden Regierungen ausgeübt wird, Legitimationsmechanismen der USA und der UdSSR vor den übrigen Staaten durchgesetzt werden und die Regierungen der Dritten Welt zu stärkeren eigenen Anstrengungen angeregt werden. Dies muß vor dem Hintergrund der Strategie des Dritten Weges gesehen werden, mit dem die SI versucht, eine sich von der amerikanischen und sowjetischen Politik deutlich unterscheidende Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt aufzubauen. Auch dies muß unter den Aspekten einer internationalen Bündnispolitik gesehen werden, setzt aber dann letztlich voraus, daß sozialdemokratische und sozialistische Regierungen den Vereinten Nationen und ihren politischen Möglichkeiten sehr viel mehr politische Aufmerksamkeit zuwenden, als es gegenwärtig z. B. die BRD tut.

V.

Eine selbstkritische Einschätzung der politischen Bedeutung der Arbeit der Sozialistischen Internationalen und ihrer Abrüstungskonferenz muß zunächst von der Frage ausgehen, ob die parteipolitische Aktivität in der Sozialistischen Inter-

ationale Flucht vor oder Ergänzung und Antrieb für die Arbeit im nationalen Bereich ist. Abgehoben von direkter innerparteilicher Kritik oder direkter innerparteilicher Willensabbildung von unten können die auf internationaler Ebene notwendigen Verhaltens- und Verhandlungsmuster leicht dazu führen, was Abrüstungsverhandlungen jahrelang waren: Selbstdarstellung, folgenlose Appelle und politisch bedeutungslose Positionskämpfe.

Der verstärkte Öffentlichkeitsbezug, die Strategie der Stärkung der SI durch inhaltliche Initiativen und die mit Helsinki vollzogene Anerkennung der SI durch USA und UdSSR – verstärkt durch die Berufung Brandts zum Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission – haben in den letzten Jahren der SI verstärkt eine auch nationale Positionen stimulierende und harmonisierende Funktion gegeben und eine zusätzliche Ebene politischer Zusammenarbeit mit größerem Handlungsspielraum, als Regierungen ihn besitzen, aufgebaut. Die Verankerung dieser Arbeit bedarf aber eines weiteren Schrittes, dessen Ausbleiben Helsinki neben seinen positiven Ergebnissen charakterisiert: nämlich die Koordinierung und Zusammenführung von problembezogenen Mobilisierungsaktionen der Mitgliedsorganisationen und damit die Verankerung der Zusammenarbeit auf SI-Ebene auf der mittleren und unteren Parteebene.

Eine Legitimation durch den Konsens großer Teile der Öffentlichkeit zur Politik der SI gibt ihr auch eine sehr viel bessere Position in Verhandlungen mit anderen politischen Kräften, wie z. B. der KPdSU, und hilft auch, falsche Zurückhaltung oder Ängstlichkeit bei Initiativen der UdSSR und damit ständige Defensive zu überwinden.

Das Hauptdilemma der SI liegt aber im Verhältnis von internationaler Parteiorganisation, internationaler Politik und nationalen Regierungen. Helsinki machte dies für die Britische Labour Party und die SPD deutlich, wo neben Parteivertretern auch Regierungsvertreter zu Wort kamen. Die Unterschiede und die daraus resultierende Spannung zwischen Parteiwillen und Parteiräson auf der einen Seite und von meist unterschätztem Handlungsspielraum und Staataräson von Regierungen eben dieser Parteien auf der anderen Seite, führen gerade im Bereich der Sicherheitspolitik leicht dazu, daß Parteilarbeit nur als Akklamation für die jeweils aktuelle Regierungspolitik verstanden wird. Ein derart falsches Verständnis von Vertrauensarbeit überbrückt nicht, sondern vergrößert die Legitimationsdefizite, die unsere Gesellschaften aufweisen – insbesondere dort, wo es um den Widerspruch zwischen Reformen und Aufrüstung geht. Umgekehrt führen dann weiterführende Vorstellungen, wie sie Parteivertreter in der SI vortragen, zu Legitimationsverlusten auf internationaler

Ebene, sofern die jeweiligen Regierungen nicht nachziehen. Daher steht und fällt die Abrüstungskonferenz in Helsinki letztlich damit, daß die SI-Forderungen auch national umgesetzt und zu Öffentlichkeitsarbeit und Regierungspolitik gemacht werden. Erst dadurch werden strukturelle Notwendigkeiten, wie sie eingangs dargestellt wurden, zu aktuellen Reformen. Hierin liegt eine Aufgabe für die SPD, die mindestens genauso schwierig ist, wie die, den gegenseitigen Abrüstungsprozeß auf Regierungsebene in Gang zu bringen.

EURO- KOMMUNISMUS

Die kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Spaniens und Portugals

Herausgegeben und eingeleitet von Adolf Kimmel.

VIII, 290 Seiten. Broschiert. DM 38,-

Kaum ein politisches Phänomen wird in letzter Zeit so heftig diskutiert wie der „Eurokommunismus“. Gemeint ist damit die neue Perspektive einer kommunistischen Regierungsbeteiligung, die vor allem in vier Staaten, von den kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Spaniens und Portugals, trotz teilweise erheblicher Kontroversen zwischen den Partnern angestrebt wird. Obwohl die europäische Öffentlichkeit diese Entwicklung mit großem Interesse verfolgt, liegen im deutschsprachigen Raum dazu bisher nur sehr wenige Arbeiten vor. Um diesem Mangel abzuhelfen, werden hier erstmals die wichtigsten fremdsprachigen Analysen in deutscher Übersetzung vorgelegt, ergänzt durch zwei Originalbeiträge sowie eine ausführliche, die jüngsten Entwicklungen berücksichtigende Einleitung des Herausgebers.

Der Sammelband wendet sich an politisch Interessierte, an Politiker und Journalisten und sollte sowohl im universitären Lehrbetrieb als auch in der Erwachsenenbildung als Lektüre herangezogen werden.

Böhlau Verlag, Köln · Wien

Rede auf der Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Internationale in Helsinki am 26. April 1978

I.

Zunächst will ich einige Bemerkungen zu den politischen Voraussetzungen machen, die nach meiner Einschätzung entscheidend sind für das Bemühen, dem weltweiten Rüstungswettlauf Einhalt zu gebieten.

Für mich steht fest: Man wird das Wettüben nur beenden können, wenn es gelingt, die Politik des Abbaus von Spannungen zwischen Ost und West entschlossen fortzusetzen.

Ich scheue mich nicht, zum wiederholten Male festzustellen: Zur Politik der Entspannung gibt es keine vernünftige Alternative.

Die Jahre des Kalten Krieges haben uns auf drastische Weise vor Augen geführt, was es heißt, in einem Klima des ständigen Konfliktes zu leben. Wir haben daraus die Lehre gezogen, daß der Wunsch zu überleben und das Interesse daran, sachlich zu kooperieren, stärker sein müssen, als die Versuchung, eigene Ziele mit Gewalt durchzusetzen.

Deshalb bemühen wir uns, die Felder gemeinsamen Interesses zu erweitern, die Zusammenarbeit zwischen West und Ost – wo immer es geht – zu verstärken, ohne dabei prinzipielle Unterschiede oder globale Rivalitäten auflösen zu wollen.

Die Mühe lohnt sich: Gewiß, die Unterschiede der Systeme existieren weiter, Konflikte existieren weiter; aber wer die heutige europäische Wirklichkeit mit der Situation der sechziger Jahre vergleicht, wird vermutlich zustimmen, wenn ich sage: Wir haben es hier mit einem fundamentalen Wandel zu tun.

Nur wenn wir diese Politik weiter konsequent verfolgen, bewahren wir uns die Chance, Europa und die Welt zu einer dauerhaften Friedensordnung voranzubewegen, und das heißt auch: das Wettüben zu beenden.

Wir haben allen Grund, uns auf die Elemente einer insgesamt durchaus erfolgreichen Entspannungspolitik zu besinnen: Mancher von uns wird in den zurückliegenden Wochen und Monaten mehr als einmal Sorge verspürt haben über unnötige Belastungen des Dialogs zwischen Ost und West.

Die Politik des Abbaus von Spannungen befindet sich zweifellos in einer Phase der Bewährung. Sie bedarf neuer Impulse. An Ansatzpunkten fehlt es glücklicherweise nicht.

Vor knapp sechs Wochen ist das erste Nachfolgetreffen der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit“ in der jugoslawischen Hauptstadt abgeschlossen worden. „Belgrad“ war sicherlich kein strahlender Erfolg. Manche durchaus realistische

Erwartungen sind nicht erfüllt worden. Aber zur Resignation besteht kein Anlaß:

Die Verabschiedung der Schlußakte von Helsinki im Sommer 1975 war ein Meilenstein in der europäischen Nachkriegsgeschichte. Ereignisse dieser Tragweite kann es nicht alle paar Jahre geben. Ich empfinde das Nachfolgetreffen selbst und die Einigung auf ein kurzes und ehrliches Kommuniké als einen weiteren Beitrag zur Sicherheit und Zusammenarbeit in unserem Teil der Welt.

In Europa, wo wir die Realität des Ost-West-Konfliktes nur allzu gut kennen, sind viele von uns davon ausgegangen, daß Entspannung etwas anderes ist als die Aufhebung ideologischer Gegensätze. Wir beobachten nun mit Sorge, daß die ideologischen Kontroversen verhindern könnten, weitere Fortschritte im Interesse der Menschen in Europa zu erzielen.

In den vor uns liegenden Monaten sollten wir uns – wo immer wir Regierungsverantwortung tragen oder auf unsere Regierungen einwirken können – darum bemühen, bei bilateralen und multilateralen Begegnungen darüber nachzudenken, wie das für 1980 vorgesehene zweite KSZE-Folgetreffen noch besser vorbereitet werden kann. Es wird sich zeigen, daß die Vorbereitungen für Madrid 1980 von den Diskussionen in Belgrad 1978 durchaus profitieren könnten.

Mir lag daran, hier in Helsinki – gewissermaßen der Heimat der Schlußakte – den Wert und die Bedeutung der hier unterzeichneten Dokumente noch einmal zu unterstreichen. Ich verbinde damit meinen respektvollen Gruß an die Adresse von Präsident Kekkonen.

Das Instrument der Schlußakte von Helsinki muß, im Zusammenwirken mit anderen, auch genutzt werden, um die politischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der Rüstungswettlauf beendet werden kann. Wir haben es hier mit zwei Komplexen zu tun, die untrennbar miteinander verbunden sind:

Die Politik der Entspannung wird nicht von Dauer sein, wenn sie nicht durch wirksame Vereinbarungen im militärischen Bereich ergänzt und abgesichert wird. Ebenso aber bedarf eine erfolgreiche Politik der Rüstungskontrolle und des Rüstungsabbaus des soliden Fundaments einer konsequenten Entspannungspolitik.

II.

Die Beratungen hier in Helsinki haben uns wohl noch bewußter gemacht: Das sich beschleunigende Wettüben schafft eine bedrohliche Instabilität. Es kann außer Kontrolle geraten und bedeutet deshalb in sich selbst eine objektiv ernste Bedrohung des Friedens.

In einer Zeit, in der jeder große Krieg die Menschheit an den Rand ihrer Existenz führen kann, wird

das energische Bemühen um Rüstungskontrolle und Rüstungsabbau zum kategorischen Imperativ.

Dabei gilt es, schnell zu handeln: Die rasch fortschreitende technologische Entwicklung wird es zunehmend schwieriger machen, wirksame Kontrollmechanismen zu vereinbaren. Die Politik droht den Wettlauf mit der Technik zu verlieren.

Das objektiv größte Risiko geht von den Nuklearwaffen und den anderen Massenvernichtungsmitteln aus. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung der beiden Weltmächte, in deren Händen sich der bei weitem größte Teil dieses Vernichtungspotentials befindet. Sie müssen zum Schrittmacher von Rüstungskontrolle und Rüstungsabbau werden. Ihre Verantwortung ist entscheidend und nicht übertragbar.

Ich muß daher an die Repräsentanten dieser beiden großen Staaten appellieren: Ihr Verantwortungsbewußtsein steht jetzt, bei den Verhandlungen über ein zweites Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstungssysteme, vor einer wichtigen Bewährungsprobe.

Die noch vorhandenen Hindernisse rechtfertigen keine lange Verzögerung. Dabei wird es von besonderer Bedeutung sein, ob es gelingt, sich bereits auf den Rahmen für ein weiteres drittes Abkommen zu verständigen. Dieses müßte erstmals nicht mehr nur eine Begrenzung, sondern auch eine spürbare Verringerung und qualitative Einschränkung der strategischen Waffensysteme vorsehen. Auch wird es darauf ankommen, über das Gleichgewicht zwischen interkontinentalen strategischen Waffen hinaus, auf den Zusammenhang von inter- und intrakontinentalen Waffensystemen zu achten.

In diesem Zusammenhang möchte ich zwei Worte sagen zu dem Entschluß Präsident Carters, die Entscheidung über die Produktion der sogenannten Neutronenbombe zu verschieben:

1. Ich begrüße diese Entscheidung. Sie kann dem Bemühen um Rüstungskontrolle Auftrieb geben.
2. Es ist gut, wenn die Verantwortlichen in der Sowjetunion bereit sind, hierauf konstruktiv zu reagieren.

Eine weitere wichtige Etappe auf dem Weg zu einer nachhaltigen Verringerung der nuklearen Risiken wäre erreicht, wenn das von den Großmächten in Aussicht gestellte Abkommen über die Einstellung sämtlicher Atomtests rasch abgeschlossen werden könnte.

Darüber hinaus wird viel davon abhängen, ob man sicherstellen kann, daß sich die Zahl der Atomwaffenmächte nicht ständig erhöht.

Atomwaffenbesitzende Staaten müssen sich ihrer Verantwortung mindestens so bewußt sein wie die übrigen Länder: gemessen an den von ihnen im Nichtverbreitungs-Vertrag eingegangenen Verpflichtungen

ist ein deutlicher Nachholbedarf festzustellen.

Ich meine außerdem und weiß mich dabei in grundsätzlicher Übereinstimmung mit Präsident Carter: Die Trennlinie zwischen friedlicher und militärischer Nutzung der Atomkraft muß verstärkt werden, ohne daß dabei das Recht aller Nationen beeinträchtigt wird, ihren Energiebedarf so zu decken, wie sie es für erforderlich halten.

Die herausragende Bedeutung des nuklearen Zerstörungspotentials darf – die Diskussion hier hat dies noch einmal deutlich gemacht – nicht den Blick dafür verstellen, daß auch andere Vernichtungspotentiale unsere Existenz bedrohen.

Die seit langem geforderten Abkommen über ein striktes, uneingeschränktes Verbot des Einsatzes von biologischen und chemischen Kampfmitteln müssen endlich verabschiedet werden. Die Kontrollproblematik, die in diesem Zusammenhang immer wieder herausgestellt wird, darf sich nicht zu einer bleibenden Ausrede entwickeln.

III.

Für uns in Europa – wie ich meine, über den Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus – sind die Wiener Gespräche über beiderseitige und ausgewogene Reduzierung von Truppen und Rüstungen von besonderer Bedeutung.

Dort sind in der letzten Zeit einige Fortschritte zu verzeichnen gewesen. Die deutsche Bundesregierung hat, gemeinsam mit anderen, eine wichtige Initiative ergriffen. Sie wird sich bemühen, dazu beizutragen, daß in absehbarer Zeit ein erstes Zwischenergebnis erzielt wird.

Verhandlungsziel sollte es sein, ein Abkommen abzuschließen, das mit dem Ziel der Parität und unter Wahrung des Grundsatzes der Kollektivität dazu führt, daß Truppen und bestimmte Waffen auf beiden Seiten greifbar vermindert werden.

Darüber hinaus erscheint es mir wesentlich, daß wir uns ganz klar über das Ziel sind: Wir sind für ein militärisches Gleichgewicht in diesem Raum, das Angriffe aus dem Stand unmöglich macht und damit die gleiche Sicherheit für beide Seiten schafft. Niemand braucht mehr, wenn keiner mehr hat. Und daran gemessen werden diejenigen, die heute mehr haben, auch mehr reduzieren müssen, jeweils unter dem einsichtigen Gesichtspunkt, daß keine Seite Einbußen ihrer Sicherheit haben soll.

Aber ich meine, ich sollte auf einen entscheidenden Punkt noch besonders eindringlich hinweisen: Es gibt die Ebene strategischer Waffen, über die die beiden Weltmächte verhandeln. Es gibt die europäische Ebene in Wien. Es gibt jedoch Waffensysteme, und ich spreche hier ganz bewußt im Plural, die weder da noch dort behandelt werden.

Gesetzt den Fall, man einigt sich auf beiden Ebenen, so würde eine Situation entstehen, in der die eine wie die andere Seite zunehmend versucht sein könnte, Waffenarten zu entwickeln, die frei sind von jeder vertraglich fixierten Bindung. Statt Abrüstung und Truppenbegrenzung hätten wir es dann mit einer faktischen Kanalisierung von Aufrüstung zu tun.

Deshalb kann die Konsequenz nur lauten: Alle Waffensysteme, existierende wie solche, die erst noch in der Entwicklung sind, sollten in Absprachen einbezogen werden. Es darf auf diesem Gebiet kein absprachefreier Raum bleiben, wenn die Entspannung nicht in ihrem Kern getroffen werden soll.

Die Betonung des europäischen Aspekts der Rüstungsproblematik sollte nicht zu falschen Schlussfolgerungen verführen. Der Rüstungswettlauf weist in der Tat viele regionale Besonderheiten auf. Aber er stellt doch vor allem ein globales Problem dar. Kein Mitglied der internationalen Völkergemeinschaft darf sich seiner Mitverantwortung entziehen.

Deshalb kommt der jetzt unmittelbar bevorstehenden Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen, die sich — aufgrund einer begrüßenswerten Initiative der Nichtgebundenen — mit diesen Fragen in ihrer weltweiten Dimension beschäftigen wird, große Bedeutung zu. Ich habe es daher sehr begrüßt, daß wir Gelegenheit hatten, uns hier im Vorfeld dieses wichtigen Ereignisses zu besprechen.

Gewiß sollten wir unsere Erwartungen nicht zu hoch schrauben.

Der Sonderversammlung der Vereinten Nationen wird nicht in wenigen Wochen der große Durchbruch gelingen. Aber es bietet sich jedenfalls die Chance, das Bewußtsein der Öffentlichkeit in allen Teilen der Welt für die großen Gefahren des weiteren Wettrennens zu schärfen.

Sollte dies bewirkt werden können, wäre ein wichtiger Fortschritt erreicht. Ein stärkerer Druck von Seiten der Öffentlichkeit könnte allemal die Regierungen bewegen, sich noch intensiver als bisher um diese drängenden Probleme zu kümmern.

Dabei wird man die schwierige Frage der Rüstungsexporte nicht unberücksichtigt lassen dürfen. Zu globalen Rüstungskontroll-Vereinbarungen muß gehören, daß auch die Rüstungsexportströme vermindert und eingedämmt werden: Dieses Ziel kann nicht erreicht werden, wenn sich die Verhandlungen über Rüstungskontroll-Vereinbarungen auf den Vergleich der Endzahlen der Rüstung begrenzen.

IV.

Neben den unmittelbaren Risiken, die von einem ungehemmten Rüstungswettlauf ausgehen, sind auch die mittelbaren Folgen von Bedeutung. Dazu zählt

in erster Linie die Verwendung finanzieller und geistiger Ressourcen, die an anderer Stelle dringend gebraucht werden.

Um welche Größenordnungen es sich dabei handelt, dürfte deutlich genug geworden sein. Tatsächlich sind im vergangenen Jahr Tag für Tag, Sonntage und Weihnachten eingeschlossen, mehr als eine Milliarde Dollar für Rüstungszwecke ausgegeben worden. Und die Tendenz geht weiterhin nach oben.

Außerdem: ein großer Teil der avancierten Forscher unserer Zeit arbeitet direkt oder indirekt für Zwecke der Rüstung.

Wenn es gelänge, auch nur einen Teil dessen, was durch eine Begrenzung des Wettrennens eingespart werden könnte, für Entwicklungszwecke, für Zwecke der internationalen Kooperation einzusetzen, so hätten wir einen beachtlichen Schritt nach vorne gemacht. Es liegt auf der Hand, daß dies nur möglich sein wird, wenn die maßgebenden Gruppierungen in Ost und West hierüber eine Vorverständigung erzielen.

Allerdings ist dies nicht ausschließlich eine Aufgabe der Industriestaaten: der Anteil der Entwicklungsländer an den Rüstungsausgaben der Welt hat sich steil nach oben bewegt, und zumindest einige unter ihnen geben mehr für Rüstungsgüter aus, als nach Meinung vieler Sachverständiger zur Wahrung ihrer nationalen Sicherheit erforderlich wäre.

Man tritt niemandem zu nahe, wenn man vermutet, daß falsches Prestigedenken, übersteigerte Ambitionen und ein Nachahmen entwickelter, aber dennoch schlechter Vorbilder auch mit im Spiel sind.

Mit gutem Recht aber können die Länder der Dritten Welt von den Industriestaaten in West und Ost erwarten, daß sie aufhören, die Rüstungsspirale immer höher zu schrauben, und sich stattdessen um eine gerechtere internationale Ordnung bemühen.

Hier ergeben sich für sämtliche europäischen Staaten Verantwortlichkeiten, denen sie sich auch nicht unter Hinweis auf unterschiedlich-historische Erfahrungen entziehen können. Ich bin sicher, daß die Länder der Dritten Welt während der UNO-Sondergeneralversammlung sehr nachdrücklich hieran erinnern werden.

V.

Die Sozialistische Internationale hat sich mit den Fragen der Entspannungspolitik und, damit zusammenhängend, des Rüstungswettlaufs gerade in den vergangenen einhalb Jahren laufend beschäftigt.

Ich erinnere an die Fachkonferenz, zu der unsere niederländischen Freunde Anfang November 1976 nach Amsterdam eingeladen hatten; an unsere Diskussionen während des Genfer Kongresses Ende 1976; dann an das Zusammentreffen der Parteifüh-

rer im April 1977, wiederum in Amsterdam; schließlich an die Beratungen im Rahmen unserer Bürositzung in Madrid im vergangenen Herbst. Wir haben diesen Schwerpunkt in der Überzeugung gewählt, daß die Bemühungen um den Abbau von Spannungen und die Einschränkung des Wettrüstens laufend neuer Impulse bedürfen und daß unsere Arbeitsgemeinschaft von unabhängigen, aber verantwortlichen Partnern hierzu einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Die finnische Partei und die Sozialistische Internationale haben erstmalig, der Wichtigkeit des Themas angemessen, Vertreter der beiden Staaten eingeladen, ihre Auffassungen darzulegen, die über die größten militärischen Potentiale verfügen. Wir sind Botschafter Leonard dankbar für das, was er dieser Konferenz gesagt hat, und ich habe verstanden, daß er dabei auch meinen eigenen Beitrag der Wegbereitung erwähnte. Seine kritischen, an die Adresse der Europäer gerichteten Hinweise sind nicht überhört worden. Wir wissen gleichermaßen den Beitrag zu würdigen, den Herr Ponomarew geleistet hat.

Sinnvoll über Abrüstung und Rüstungskontrolle zu sprechen, ohne die Standpunkte der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten einzubeziehen, ist von der Sache her unmöglich. Dabei war es nicht verwunderlich, daß aus der Sowjetunion Mitglieder der KPDSU kommen würden. In voller Kenntnis und in vollem Respekt vor den Grundsätzen und Erfahrungen der Sozialistischen Internationale, die unberührt bleiben, ergibt sich aus der Entwicklung, daß man mit politisch Verantwortlichen aus Moskau reden muß, wenn man mit der Sowjetunion über Abrüstung reden will, und man kann ohne die Sowjetunion keine tragbaren Ergebnisse erreichen. Das Ziel ist wichtig genug, um dafür mit allen zu sprechen, die dafür Verantwortung tragen. Wir haben wohl im übrigen den Eindruck, daß auch die Gäste aus der Sowjetunion, wenigstens in diesem Punkt, früher geltend gemachte ideologische Gesichtspunkte gegenüber Sozialdemokraten zurückgestellt haben.

Die Hinweise, die hier gegeben und die Vorschläge, die gemacht wurden, werden die Studiengruppe über Abrüstung beschäftigen, die wir im Anschluß an unsere nächste Bürositzung einsetzen werden. Damit werden wir uns also schon in ein paar Wochen in Dakar befassen.

Das Thema der Rüstungsbegrenzung und Zusammenhang zwischen Rüstung und Entwicklung werden auf der Tagesordnung unseres nächsten Kongresses, der im November in Vancouver stattfindet, eine wichtige Rolle spielen.

Lassen Sie mich in diesem Augenblick nur folgende ergänzende Bemerkung machen: Natürlich liegt uns an umfassender Information und Meinungsaustausch mit allen, die politische Verantwortung tra-

gen. Dies gilt für die beiden großen Allianzen, aber gewiß doch auch für die Gruppierungen der nicht gebundenen Staaten. Die SI wird sich auf dem Boden des Realismus bewegen, und es entspricht ihrem Selbstverständnis, daß sie sich nicht für einseitige Vorhaben in Anspruch nehmen läßt.

Wir haben mit großem Interesse von der gestrigen Rede Generalsekretär Breschnews Kenntnis genommen. Er wird, wie man weiß, schon in der nächsten Woche in Bonn sein. Ich hoffe, und der Vorstand der SPD hat dies am Montag unterstrichen, daß sich aus den dabei zu führenden Gesprächen wichtige Impulse für die Politik der Entspannung und Friedenssicherung ergeben werden.

Unser Engagement für Entspannung und Abrüstung entspricht im übrigen einer alten und guten Tradition: Demokratische Sozialisten haben sich von jeher als Vorkämpfer des Friedens verstanden, auch wenn sie immer wieder deprimierende Niederlagen haben hinnehmen müssen.

Heute können wir, wie andere, uns ein Scheitern weniger leisten denn je: die beiden Weltkriege waren schon für die Generationen vor uns politische und menschliche Katastrophen von gewaltigen Ausmaßen; in unseren Tagen, ich wiederhole es, könnte ein großer Krieg den Bestand der Menschheit selbst in Frage stellen.

So wird das Ringen um Entspannung und Abrüstung auch in den kommenden Jahren unsere Arbeit ganz wesentlich prägen. Das heißt, wir werden dafür sorgen, daß der Standpunkt der SI bei der Sondergeneralversammlung der UN vernehmlich zum Ausdruck kommt.

Das heißt weiter, wir alle bleiben aufgerufen, in unseren Ländern dafür einzutreten, daß Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle an der Spitze der politischen Prioritäten stehen.

An uns ist es auch, mit Nachdruck gegen all jene zu argumentieren, die in den Vorurteilen eines rein militärischen Denkens verhaftet sind. Gemeinsam haben wir die Pflicht, die Elemente einer Sicherheitspolitik zu definieren und auf den Weg zu bringen, die den Herausforderungen unserer Zeit Rechnung trägt.

Die Sozialistische Internationale fordert Schluß mit dem Wettrüsten. Sie fordert, daß ernsthafter und rascher verhandelt wird über die Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen. Sie fordert, daß Entwicklung größer geschrieben wird als Rüstung.

Nur wenn der Friede weiter gesichert werden kann, bewahren wir uns im Interesse der Menschen die Chance auf eine schrittweise Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

So entspricht es dem Streben derer, die vor uns waren. So entspricht es dem, was heute noch zwingender ist, als es gestern war.

Boris Ponomarew: Für dauerhaften Frieden

Neben der Bedeutung für das Thema Abrüstung der SI-Konferenz in Helsinki war das Erscheinen eines hohen Funktionärs der KPdSU auf einer Veranstaltung der Sozialistischen Internationale von politischem Gewicht. Boris Ponomarew, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten im Nationalitätensojuz des Obersten Sowjets der UdSSR, hielt in Helsinki auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale über Abrüstung eine Rede, aus der im folgenden besonders die Abschnitte wiedergegeben sind, die sich mit dem Standpunkt der KPdSU zur Entspannung beschäftigen.

Bei der Annahme der Einladung zu der Konferenz der Sozialistischen Internationale gingen wir von der prinzipiellen und unabänderlichen Position unserer Partei aus, die die Errichtung eines dauerhaften Friedens, die Abwendung eines neuen Weltkrieges als erstrangige Aufgabe der Gegenwart betrachtet. Unsere Partei war und ist für Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und vor allem in den Fragen des Friedens und der Entspannung. Diese Linie befindet sich in voller Übereinstimmung mit den Schlußfolgerungen der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas von 1976. Den in der Arbeiterbewegung wirkenden Hauptkräften fällt die besondere Verantwortung zu, sich gemeinsam für einen wirklichen Umschwung im Kampf für eine militärische Entspannung, für die Einstellung der nicht endenwollenden Anhäufung von Waffen einzusetzen.

Allein die auf dem europäischen Kontinent stationierten taktischen Kernwaffen übertreffen um ein Mehrfaches die Sprengkraft der in den ganzen sechs Jahren des Zweiten Weltkrieges verwendeten Waffen.

Aber dennoch – es ist zwar ein Widerspruch, jedoch eine Tatsache – dauert der Rüstungswettlauf fort. Das beschwört über die Menschheit eine beispiellose militärische, ökonomische und politische Gefahr herauf.

Heute steht die Welt an der Schwelle einer neuen Runde des Wettrüstens, einer Runde, die imstande ist, auch die gegenwärtige relative Stabilität auf militärischem Gebiet zu erschüttern und damit die Kriegsgefahr zu verstärken.

Insbesondere ist offenbar geworden, daß auf die Schaffung von Waffenarten und -systemen Kurs genommen wird, die die Grenze zwischen einem nuklearen und einem herkömmlichen Krieg gleichsam verwischen. Mit Nachdruck arbeitet daran die technische und militärische Wissenschaft in den USA. Nicht genug damit, es wird mit Hilfe einer Propaganda über die „Vorzüge“ kleiner und „reiner“

Massenvernichtungsmittel versucht, den Menschen den unsinnigen Gedanken zu suggerieren, es sei „zulässig“, irgendeine einzelne Art von Kernwaffen anzuwenden, ohne daß dadurch ein allgemeiner Kernwaffenkrieg ausgelöst zu werden braucht. Damit soll die Wachsamkeit der Menschheit eingeschläfert werden. Heute spricht man auch immer mehr über die Entwicklungsperspektiven von Waffensystemen, die alle Ängste betreffs der Möglichkeit eines sogenannten ersten Schlages, das heißt eines vernichtenden Schlages, verstärken. Schließlich werden Waffensysteme entwickelt, die dazu führen, daß der Rüstungswettlauf die Grenzen jeder denkbaren Kontrolle sprengt und sich durch politische Mittel überhaupt nicht mehr regeln läßt. All das verstärkt die Gefahr eines Kernwaffenkrieges.

Das Wettüben hat wahrhaft globale Ausmaße angenommen, es ist zu einer in der Geschichte der Menschheit beispiellosen Gefahr geworden. Es gefährdet jedes Land, alle Völker, die künftigen Generationen. Heute ist es praktisch unmöglich, die reale Gefahr, die der Menschheit droht, zu beurteilen, wenn man sie mit den gewohnten Maßstäben des vergangenen Weltkrieges messen wollte. Haben doch lediglich die zwei auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben Hunderttausende Menschenleben dahingerafft, bis auf den heutigen Tag sterben immer noch Menschen infolge der Auswirkung dieser Explosionen. Nun aber hat das gegenwärtige nukleare Arsenal nach Angaben des UN-Generalsekretärs ein Potential von mehr als 1,3 Millionen Hiroshima-Bomben.

Kurz und gut, es entsteht eine kritische Situation. Man darf wirklich nicht zögern. Wenn es jetzt nicht gelingt, einen Umschwung herbeizuführen, werden morgen nicht nur die bereits bestehenden Vereinbarungen über Rüstungseinschränkungen wirkungslos, es werden auch neue diesbezügliche Abkommen kaum zu erzielen sein.

Auf dem XXIV. und XXV. Parteitag der KPdSU wurde in den Berichten des Generalsekretärs des Zentralkomitees unserer Partei, Leonid Breschnew, ein Friedensprogramm formuliert, zu dessen zentralen Leitsätzen der Kampf um die Einstellung des Wettüstens gehört.

Die Sowjetunion wird niemals den Weg der Aggression betreten, niemals das Schwert gegen andere Völker erheben. Diese Worte sagte der führende Repräsentant unserer Partei und das Oberhaupt des Sowjetstaates, Leonid Breschnew, ein Mann, der durch seine ganze Tätigkeit einen unschätzbaren Beitrag zur Gewährleistung der internationalen Sicherheit leistet, der soviel getan hat und auch weiter tut, um eine Wende zur Entspannung, zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit herbeizuführen.

Als wir den 80. Jahrestag der Oktoberrevolution

beginnen, wandte sich das ZK der KPdSU, der Oberste Sowjet der UdSSR und der Sowjetregierung an die Völker, Parlamente und Regierungen aller Länder mit dem Appell, alles zu unternehmen, um das Wettwüsten zu stoppen, das Entwickeln neuer Massenvernichtungsmittel zu verbieten, zum Abbau der Rüstungen und Streitkräfte, zur Abrüstung überzugehen. Das brennende Interesse des Sowjetstaates an der Erhaltung und Festigung des Friedens, der Kurs auf die Einstellung des Wettwüstens, auf allgemeine und vollständige Abrüstung sind in der Verfassung der UdSSR verankert, wodurch ihre Unabänderlichkeit und Beständigkeit gesetzgeberisch garantiert sind.

Der augenfälligste, faktische Beweis für die Haltlosigkeit der Behauptungen von einer sowjetischen militärischen Bedrohung ist die Gesamtheit unserer offiziellen Erklärungen zur Zügelung des Wettwüstens, zur Abrüstung. Sie enthalten konkrete und durchaus realisierbare, konstruktive Vorschläge.

Die sowjetische Konzeption der Abrüstung geht von folgenden Lehrsätzen aus:

Unsere Einstellung ist komplex, allumfassend. Unser Endziel ist die allgemeine und vollständige Abrüstung. Aber wir sind Realisten und begreifen, daß der Weg zu diesem Ziel große Anstrengungen und viel Zeit erfordert. Während wir für die radikalsten Maßnahmen eintreten, erwägen wir gleichzeitig auch die Möglichkeiten von Zwischenlösungen.

Leonid Breschnew erklärte in diesem Zusammenhang: „... Es gibt keine Waffenart, vor allem keine Massenvernichtungswaffe, die die Sowjetunion nicht bereit wäre, auf der Basis der Gegenseitigkeit, durch Vereinbarung mit anderen Staaten abzubauen und danach aus den Waffenarsenalen zu entfernen.“

Wir sind überzeugt, daß nur auf der Basis des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit sowie des Verzichtes auf Versuche, sich einseitige Vorteile zu verschaffen, Verhandlungen effektiv sein können und Abkommen über eine Begrenzung und Einschränkung der Rüstungen lebenskräftig sind.

Wir sind für eine strenge internationale Kontrolle, der wir eine keineswegs geringere Bedeutung als der Westen beimessen.

Wir halten es für wichtig, einen breiten Kreis von Staaten, in erster Linie alle Kernmächte und die anderen Staaten, die über die stärksten Streitkräfte verfügen, in den Prozeß der Abrüstung einzubeziehen ...

Der historische Moment, den wir jetzt erleben, macht es erforderlich, die Gefahr eines zügellosen Wettwüstens in ihrer ganzen Größe zu erkennen.

Läßt sich dieser verhängnisvolle Amoklauf zum Abgrund des Krieges stoppen?

Wir sind der Ansicht, daß das möglich ist, denn es gibt überaus starke Friedenskräfte. Dazu gehören

die Sowjetunion, die sozialistische Staatengemeinschaft, die internationale Arbeiterbewegung, die demokratische Bewegung, die nationale Befreiungsbewegung und die nichtpaktgebundenen Länder, dazu gehören breite Kreise der Weltöffentlichkeit, die demokratischen Massenorganisationen und die real denkenden politischen Kreise in den kapitalistischen Ländern.

Der materiellen Gewalt, die in der Politik der Aufrüstung und der Kriegsvorbereitungen verkörpert ist, kann und muß eine andere materielle Gewalt entgegengesetzt werden. Der Strategie der Kräfte der Aggression und des Krieges muß eine Strategie der Stärkung des Weltfriedens und der Völkersicherheit entgegengesetzt werden. Der Arbeiterbewegung, dem Willen und den Aktionen der Volksmassen fällt in diesem historischen Werk eine bedeutende Rolle zu.

Von den Kommunisten und den Sozialdemokraten wurden in letzter Zeit hinsichtlich der Frage des Kampfes um die Abrüstung Standpunkte formuliert, die einander recht nahestehen. Natürlich, eine wirkliche Bewährungsprobe für alle, selbst für die schönsten Erklärungen, sind die praktischen Taten. Und wenn wir von gemeinsamen Anstrengungen im Kampf um die Abrüstung sprechen, so gehen wir eben davon aus.

Wir betrachten die Dinge realistisch. Zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten bestehen ideologische Differenzen. Doch das Leben selbst verlangt Einvernehmen über das brennendste Problem der Gegenwart, an dessen Lösung die ganze Menschheit interessiert ist: über die Abwendung eines neuen Weltkrieges und die Einstellung des Rüstungswettlaufs.

Unsere Partei ist sich ihrer überaus großen Verantwortung im Kampf für die Befreiung der Menschheit von der Gefahr eines thermonuklearen Krieges, für die Abrüstung bewußt. Und wir möchten hoffen, daß dieses Verantwortungsgefühl in den Reihen der sozialdemokratischen Parteien, bei ihren führenden Persönlichkeiten und ihren Funktionären tiefe Wurzeln schlagen wird.

Das Leben selbst diktiert gebieterisch die Notwendigkeit, daß die kommunistischen und die sozialdemokratischen Parteien in Fragen der politischen und der militärischen Entspannung zusammenarbeiten ...

Klaus Funken: Sozialdemokratie und Euro-Kommunismus

Die Haltung der SPD zu den euro-kommunistischen Parteien ist durch Skepsis und kritisches Interesse gekennzeichnet. Während bislang lediglich die Stellungnahmen führender Sozialdemokraten, etwa die Willy Brandts, Hans Koschnicks, Hans-Jürgen Wischniewskis, Erhard Epplers oder Horst Ehmkes zum Thema Euro-Kommunismus bekannt wurden, lagen auf dem Hamburger Parteitag der SPD Europa-Anträge des Parteivorstandes, des Bezirks Hessen-Süd und des Landesverbandes Schleswig-Holstein vor, die sich auch mit den euro-kommunistischen Parteien Westeuropas beschäftigen.

So heißt es in dem Antrag des Parteivorstandes: „Die SPD verfolgt aufmerksam die Entwicklung in den kommunistischen Parteien der EG-Staaten. Sie stellt fest, daß es keinen einheitlichen Euro-Kommunismus gibt. Das Fehlen einer gemeinsamen Wahlplattform dieser Parteien beweist die mangelnde Übereinstimmung in zentralen europäischen Fragen. Wichtige europäische kommunistische Parteien haben begonnen, sich von der Ideologie der kommunistischen Staaten Osteuropas und ihrer Verfassungswirklichkeit teilweise abzugrenzen. Dies gilt vor allem für die Fragen der Diktatur des Proletariats, der Bindung an die nationalen Verfassungen und die Respektierung des Mehrparteiensystems.“

Entscheidender Maßstab für die Beurteilung der sogenannten euro-kommunistischen Parteien wird die Bereitschaft dieser Parteien sein, das Bekenntnis für Demokratie und Pluralismus in Staat und Gesellschaft für eine demokratische innerparteiliche Willensbildung in der Praxis zu verwirklichen.

Der Anpassungsprozeß der kommunistischen Parteien an die veränderten Bedingungen der europäischen Gesellschaft muß ernsthaft und differenziert betrachtet werden. Der Ausgang dieser Entwicklung ist gegenwärtig noch offen.“

Für die Beurteilung der Entwicklung des Euro-Kommunismus muß nach der Ansicht des Bezirks Hessen-Süd und des Landesverbandes Schleswig-Holstein davon ausgegangen werden, daß für viele Sozialdemokraten diese Debatte belastet ist mit eigenen leidvollen Erinnerungen an die „Sozialfaschismus“-These der KPD in den 20er Jahren, an die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der DDR, an die Diktatur des Proletariats und an das sogenannte System des „demokratischen Zentralismus“ sowie an die Realität eines Kommunismus in den osteuropäischen Ländern, in denen Freiheits- und Menschenrechte mißachtet werden.

Das Bekenntnis der euro-kommunistischen Parteien zu den Prinzipien der Demokratie und des politischen Pluralismus und die Abgrenzung zu den

Staaten Osteuropas allein reicht jedoch nicht aus, um die Sozialdemokraten zu einer Neubestimmung ihrer Position zu den kommunistischen Parteien Westeuropas zu veranlassen. Der entscheidende Maßstab, so hieß es etwa in dem schleswig-holsteinischen Antrag, für die Beurteilung der kommunistischen Parteien in Westeuropa wird die Bereitschaft dieser Parteien sein, das Bekenntnis zu den Prinzipien der Demokratie in der Gesellschaft und für die innerparteiliche Willensbildung in ihrer politischen Praxis unter Beweis zu stellen. Für diese Beurteilung gibt es bisher keine gesicherte Grundlage.

Gegenüber dem Antrag des Bezirks Hessen-Süd geht der Landesverband Schleswig-Holstein auch auf die Beurteilung der Arbeit der kommunistischen Parteien im Europaparlament ein. Maßstab hierfür werde die Übereinstimmung ihrer europapolitischen Ziele mit dem Aktionsprogramm der demokratischen Sozialisten sein. Die Direktwahlen werden ein Testfall dafür sein, ob es den kommunistischen Parteien in der EG gelingt, trotz ihrer gegensätzlichen politischen Vorstellungen eine gemeinsame Wahlplattform vorzulegen und ob sich dabei die Verfechter eines eigenen Weges der west-europäischen Kommunisten durchsetzen werden. Soweit der Europa-Antrag des Landesverbandes Schleswig-Holstein.

Gerade der europapolitische Aspekt hat Sozialdemokraten veranlaßt, sich stärker als bisher mit den euro-kommunistischen Parteien zu befassen. Erhard Eppler hat auf dem IUSY-Kongreß am 18. August 1977 in Stuttgart dazu treffend ausgeführt: „Viele Deutsche staunen darüber, sie erregen sich darüber, daß man in Italien als Kommunist in einem Parlament präsidieren kann. Viele Franzosen und Italiener staunen darüber, erregen sich darüber, daß man in Deutschland als Kommunist keine Lokomotive führen darf.“

Und ich bin sicher: es wird kein vereinigtes Europa geben, wo in einem Land kommunistische Minister mitregieren und im anderen jeder aus dem Schuldienst entfernt wird, der ein kommunistisches Parteibuch in der Tasche hat.“

Noch präziser hat Erhard Eppler auf dem Europakongreß seines Landesverbandes in Offenburg am 3. September 1977 gesagt, Europa lasse sich nur bauen, wenn die entscheidenden Kräfte, von der deutschen CDU bis zu den italienischen Kommunisten, sich über einige Themen verständigen können:

1. Die EG sei ein eigenständiger Teil der westlichen Welt, der weder seine Herkunft verleugnet noch die Grundwerte, die Europa seit 200 Jahren prägen.

2. In diesem Europa müsse gestritten werden darüber, wie wir Freiheit, Gerechtigkeit und

Solidarität verwirklichen, nicht darüber, ob wir dies wollen.

3. Europa werde den Weg der freien Diskussion, der offenen Austragung von Konflikten gehen. Keine politische Partei habe ein Monopol, alle hätten die Chance der zeitweiligen Mehrheit.

4. Demokratische Sozialisten, Liberale, Konservative und Christdemokraten müßten versuchen, auch Kommunisten in diesen Konsens einzubeziehen. Was heute vielleicht Lippenbekenntnis oder Taktik sein möge, könne schließlich seine eigene Gesetzmäßigkeit erhalten, wenn die Demokraten den Prozeß zum eigenständigen Eurokommunismus ohne Leichtgläubigkeit, aber auch dogmatische Starrheit verfolgen und fördern.

5. Alle demokratischen Kräfte in Europa müßten sich darauf verständigen, daß Bürger für ihre Handlungen, nicht für Gesinnungen belangt werden könnten. Dies bedeute, daß wir Deutschen von unseren Nachbarn einiges zu lernen hätten.

Erhard Epplers Thesen markieren eine Position, die wohl von allen Sozialdemokraten nicht geteilt wird, vielleicht heute noch nicht geteilt wird. Gleichwohl erlaubt eine solche Position eine offensive Strategie gegenüber den kommunistischen Parteien Westeuropas, eine Strategie, die einerseits die politische Realität einiger Staaten Westeuropas berücksichtigt (Italien, Frankreich, Spanien, Portugal) und die andererseits die Einbindung der eurokommunistischen Parteien in eine politische Strategie der Einigung Europas ermöglicht. Daß zu einer solchen offensiven Strategie mehr Mut und Offenheit zur und Ehrlichkeit in der Diskussion, auch von Meinungen, die nicht immer dem Verfassungsverständnis der Bundesrepublik in allen Punkten entsprechen, gehört, als das zur Zeit bei uns der Fall ist, kann wohl nicht bestritten werden.

Grundlage des Verhältnisses der SPD zu kommunistischen Parteien bleibt der Parteiratsbeschuß vom 28. Februar 1971, der auch für die Phase der aktiven Entspannungspolitik zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen feststellt, daß die Politik der Friedenssicherung, der Abrüstung und der Zusammenarbeit mit kommunistisch regierten Staaten in Osteuropa nicht in Widerspruch steht zur strikten ideologischen Abgrenzung zu kommunistischen Gruppen und Parteien in der Bundesrepublik selbst. Im Gegenteil: Die notwendige Abgrenzung im Innern ist und war die Voraussetzung der Entspannungspolitik.

Friedenssicherung nach außen und Sicherung der Freiheit nach innen gehören für Sozialdemokraten untrennbar zusammen. Keine Friedenspolitik, keine außenpolitische Annäherung kann den Gegensatz der beiden unterschiedlichen Gesellschaftssysteme beseitigen, keine darf ihn übersehen. Zwar habe die Entwicklung innerhalb der kommunistischen

Parteien zu neuen Konflikten unter den kommunistischen Parteien einzelner Länder geführt, wie es in dem 1971er Parteiratsbeschuß heißt, aber ungeachtet aller unterschiedlichen Entwicklungen sei ein Faktor unverändert geblieben: die Intoleranz der kommunistischen Parteien gegenüber jenen, die nicht einer Meinung mit ihnen sind, und der Anspruch darauf, daß ihre eigene totalitäre Ideologie die einzig gültige Sozialphilosophie sei.

Wenngleich diese Charakterisierung der kommunistischen Parteien nach wie vor ihre Gültigkeit besitzt, so sollte hier dennoch nicht unerwähnt bleiben, daß zumindest zwei westeuropäische kommunistische Parteien (PCI und PCE) in ihren politischen Stellungnahmen der jüngsten Zeit deutlich von der politischen Intoleranz und einer einheitlichen Sozialphilosophie abgerückt sind.

Der entscheidende Gegensatz zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Anschauungen liegt nicht im Bereich der Eigentumsrechte, etwa der Frage des Privateigentums an Produktionsmitteln, sondern in der Frage der demokratischen Kontrolle der Macht in ihren verschiedenen Formen: der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Macht. Sozialismus ist nur möglich, wo die Staatsmacht selbst von der Gesellschaft demokratisch kontrolliert wird. So heißt es deshalb auch im Parteiratsbeschuß 1971: „Der entscheidende Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Politik liegt nicht in der verschiedenen Haltung zum Privateigentum, so wichtig diese ist, sondern in dem Gegensatz von Rechtsstaatlichkeit und Willkür, von freiheitlicher Demokratie und Parteidiktatur, von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung.“

Sozialdemokraten werden und können sich nie damit abfinden, daß jedwede Opposition auch im Namen von Demokratie und Sozialismus unterdrückt wird, daß die Freiheit der Parteibildung beseitigt, die Gewerkschaften und alle anderen Interessenvertretungen gleichgeschaltet und die Koalitionsfreiheit beseitigt, alle kritische Meinungsbildung und Meinungsäußerung mit schweren Strafen bedroht und die Informations- und Diskussionsfreiheit beseitigt werden.

Für Sozialdemokraten wird es ein wichtiges Kriterium für die demokratische Glaubwürdigkeit westeuropäischer kommunistischer Parteien sein, ob und wie sie sich mit der Staatspraxis der Länder Osteuropas auseinandersetzen. Die sowjetische Intervention in die ČSSR 1968 hat hier bereits erste Klärungsansätze gebracht. Während die PCI und PCE, mit Einschränkung auch die PCF, den „Prager Frühling“ als Versuch werteten, die kommunistische Machtausübung in der ČSSR demokratisch zu legitimieren, hat die Mehrzahl

der kommunistischen Parteien auch des Westens die Reformen der Dubček-Ära ganz im Sinne der sowjetischen Interventionen und deren Sprachregelung als „subversiven Versuch konterrevolutionärer Kräfte“ abqualifiziert.

Immerhin hält die SPD kommunistische Regime für möglich, die die demokratischen Traditionen der Länder respektieren und die ihre Macht einer demokratischen Kontrolle unterziehen. Dann jedoch stünde ein solcher Staat sozialdemokratischen Grundvorstellungen näher als kommunistischen. „In der Tat wäre ein menschlicher, freiheitlicher, rechtsstaatlicher, kurz: wahrhaft demokratischer Kommunismus – ein Kommunismus, der sich das Wort Rosa Luxemburgs zur Richtlinie nähme, daß Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden ist – sozialdemokratischen Grundvorstellungen in wichtigen Punkten näher als den Grundvorstellungen Lenins.“

Die Stellungnahmen der Sozialdemokraten zu ihrem Verhältnis zu den Kommunisten sind klar und lassen keine Unzweideutigkeiten zu. Dies trifft jedoch für die Einschätzung der Sozialdemokratie seitens der Kommunisten nicht in gleicher Weise zu. Die eurokommunistischen Parteien Westeuropas haben diese Unklarheit noch verstärkt.

Wenn wir zunächst einmal die grundlegenden Positionen der sowjetisch orientierten kommunistischen Parteien kennzeichnen, so deshalb, um zu zeigen, daß es tatsächlich zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Anschauungen keine Berührungspunkte gibt, die für eine gemeinsame Politik relevant werden könnten.

Nach kommunistischer Anschauung entstand in der Sowjetunion das Grundmodell der sozialistischen Revolution und der sozialistischen Gesellschaft, das – modifiziert durch nationale Besonderheiten – alle Staaten, die die Beseitigung des Kapitalismus anstreben, als Vorbild ansehen müssen. Durch den zeitlichen Vorlauf beim Aufbau des Sozialismus kommt der Sowjetgesellschaft und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die diesen Aufbau leitet, eine natürliche Führungsrolle im weltweiten revolutionären Prozeß zu. Der Hegemonieanspruch der KPdSU gegenüber allen anderen kommunistischen Parteien und allen anderen Arbeiterparteien begründet sich in dem vorbildlichen Charakter der Sowjetgesellschaft für alle sozialistischen Transformationsprozesse ganz gleich, ob sie in hochentwickelten kapitalistischen Ländern, oder ob sie in Ländern mit feudalen Strukturen oder mit primitiven Gesellschaftsstrukturen stattfinden. Die Lehre, die diese Erfahrungen der KPdSU und der kommunistischen Weltbewegung zusammenfaßt, ist der Marxismus-Leninismus; das gemeinsame Band, das die kommunistischen Parteien an die KPdSU bindet, ist der proletarische Internationalismus.

Aufgrund dieser entscheidenden Feststellung bestimmt sich das Verhältnis der Kommunisten zu den Sozialdemokraten und anderen Gruppierungen und Parteien. Jeder Versuch, den Ausschließlichkeitsanspruch des sowjetischen Weges zum Sozialismus in Frage zu stellen, wird als antikommunistisches Manöver „entlarvt“. So werfen die Kommunisten den Sozialdemokraten logischerweise hauptsächlich vor, daß sie Antikommunisten sind. Der Begriff demokratischer Sozialismus wird als ein Paradox abqualifiziert, da er in Wirklichkeit nichts anderes als demokratischer Kapitalismus bedeute. Dieser Begriff habe die Funktion, das Klassenwesen der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu verschleiern und Illusionen über die tatsächlichen Machtverhältnisse zu wecken. Die Sozialdemokratie wird deshalb auch als reformistischer, rechtsopportunistischer Flügel der Arbeiterbewegung definiert, deren Theoretiker auf den Positionen der Verteidigung der kapitalistischen Ordnung und des Antikommunismus stehen. Dies geschehe auf zweierlei Weise: einmal, indem Bestandteile oder die gesamte Lehre des Marxismus-Leninismus in Frage gestellt werden oder dadurch, daß der Vorbildcharakter der sozialistischen Staaten, insbesondere der Sowjetgesellschaft, geleugnet wird.

Nach kommunistischer Anschauung befindet sich jedoch die Sozialdemokratie in einer inneren Zerreißprobe: einerseits bezieht sie – vor allem ihre „rechten Führer“ – die Klassenpositionen der Bourgeoisie, andererseits jedoch muß sie als Teil der Arbeiterbewegung einen bestimmten Grad an antikapitalistischer, sozialistischer Orientierung beibehalten. Vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Krisen verschärft sich dieser Widerspruch. „Während sozialdemokratische Führer in Zeiten der Wirtschaftskrisenkonjunktur den herrschenden Kreisen noch die Erfüllung einzelner Forderungen der Arbeiterklasse auf sozialökonomischem Gebiet abtrotzen und sich damit einen politischen Einfluß auf die Massen sichern konnten, ändert sich die Lage jetzt“, heißt es in einem 1974 erschienenen Standardwerk russischer und deutscher Gesellschaftswissenschaftler über das Wesen des Antikommunismus. Hier – bei der Verschärfung der beiden antagonistischen Seiten der Sozialdemokratie – setzt die kommunistische Strategie und Taktik an. Ziel dieser Strategie ist die Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung unter der Führung der Kommunistischen Partei.

So hat Leonid Breschnew im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU auf dem 24. Parteitag gesagt: „In Übereinstimmung mit der Linie der internationalen Beratung vom Jahre 1969 ist die KPdSU bereit, sowohl im Kampf für Frieden und Demokratie als auch im Kampf für den Sozialismus die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten

Neu Herbst'78

Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie

Hermann Scheer
unter Mitwirkung von Dieter Adelman, Herta Däubler-Gmelin, Volker Hauff, Siegmund Mosdorf, Heinz Rapp, Johano Strasser u.a.

Wohin treibt die CDU?

Etwa 150 S. Brosch. ca. 12,- DM
Namhafte Sozialdemokraten beurteilen die Entwicklung der CDU, ihre Strömungen, Querverbindungen zu rechtsradikalen Gruppen, ihre Haltung zu faschistischen Regimen. Ferner wird die Rolle der CDU-Vereinigungen untersucht.

William E. Paterson/Kurt Thomas Schmitz (Hrsg.): Sozialdemokratische Parteien in Europa
Etwa 320 S. Brosch. ca. 19,80 DM

Bruno W. Reimann: Hochschulreform - Illusion und Pleite?
Etwa 200 S. Brosch. ca. 16,- DM
Reimann mißt die Praxis der Hochschulreformer an deren eigenem Anspruch.

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte

Kurt Thomas Schmitz: Deutsche Einheit und Europäische Integration

Der sozialdemokratische Beitrag zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des programmatischen Wandels einer Oppositionspartei.

Etwa 240 S. Brosch. 48,- DM

Jens Flemming: Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie

Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890-1925
Etwa 440 S. Brosch. 48,- DM

Rosemarie Leuschen-Seppel: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich
Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871-1914

Etwa 400 S., zahlreiche Abbildungen, Brosch. 72,- DM

Reihe Arbeit

Gerhard Hochgürtel/Barbara Stiegler: Die Aufgaben des DGB an der Basis

Zum Berufsbild des DGB-Sekretärs
Etwa 280 S. Brosch. 42,- DM

Ursula Mehrländer: Einflußfaktoren auf das Bildungsverhalten ausländischer Jugendlicher
Vergleiche italienischer und deutscher Auszubildender und Jungerbeiter
Etwa 240 S. Brosch. 32,- DM

Harald Wiedenhofer: Probleme gewerkschaftlicher Interessenvertretung

Das Beispiel der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten
Etwa 210 S. Brosch. 32,- DM

Reihe praktische Demokratie

Sepp Binder: Terrorismus
Herausforderung und Antwort
128 S. Brosch. 8,- DM

Knappe Darstellung und Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen des Terrorismus. Der Verfasser, Pressereferent im Bundesjustizministerium bemüht sich vor allem um eine Güterabwägung zwischen unverzichtbaren demokratischen und rechtsstaatlichen Normen und der gebotenen Entschlossenheit bei der Abwehr des Terrorismus.

Reihe Weltwirtschaft

Manfred Tietzel (Hrsg.): Die Energiekrise: Fünf Jahre danach

Etwa 240 S. Brosch. ca. 28,- DM
Im Oktober '78 jährt sich zum fünftenmal der Tag, an dem die OPEC die Preise für ihre Ölexporte drastisch erhöhte. Fachleute untersuchen in diesem Band, welche der damals in den Industrienationen und den nichterdölsitzenden Entwicklungsländern gehegten Befürchtungen berechtigt waren und welche Probleme besser als erwartet gelöst wurden.

Archiv für Sozialgeschichte

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Verbindung mit dem Institut für Sozialgeschichte Braunschweig-Bonn. Redaktion: Dieter Dowe (Schriftleitung), Kurt Klötzsch, Hans Felger.
Band XVIII 1978, Etwa 750 S.
Ln. ca. 84,- DM

Im Mittelpunkt dieses Bandes steht die Sozialgeschichte der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

Postfach 200 189
Godesberger Allee 143
D-5300 Bonn 2



weiterzuentwickeln, wobei sie selbstverständlich nicht ihre Ideologie und ihre revolutionären Prinzipien preleagt.

Die prinzipielle Feststellung Mitterrands, daß durch die Verabschiedung eines gemeinsamen Regierungsprogramms zwischen PCF und PSF die Kommunisten garantiert hätten, daß die Prinzipien des politischen Pluralismus und der demokratischen Grundgesetze unveräußerlich seien, wird in dem oben zitierten Standardwerk so interpretiert:

„Diese Auslegung der Fähigkeit der Kommunisten, um der allgemeinen Ziele der Arbeiterklasse willen vernünftige Kompromisse einzugehen, zeugt davon, daß die antikommunistischen ‚Traditionen‘ der Sozialdemokratie allein mit der Unterzeichnung eines gemeinsamen Dokuments mit den Kommunisten nicht zu überwinden sind.“

Die Kommunisten gehen davon aus, daß in den Ländern des entwickelten Kapitalismus, vor allem in Westeuropa, die Herstellung der Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten das Schlüsselproblem bei der Herbeiführung der Einheit der Arbeiterbewegung ist, wobei kein Zweifel daran gelassen wird, daß für sie die Aufgabe des Marxismus-Leninismus oder des proletarischen Internationalismus nicht in Frage kommen kann.

Differenzierter und anders, zum Teil prinzipiell anders, sehen die Positionen der eurokommunistischen Parteien Westeuropas zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus aus. Die eurokommunistischen Parteien beurteilen ihr Verhältnis zu den Sozialisten und Sozialdemokraten differenzierter, da sie entweder mit ihnen bereits Linksbündnisse eingegangen sind, die in Zukunft die Regierung übernehmen können (Frankreich) oder mit ihnen bereits Volksbündnisse anstreben, in denen die Sozialdemokraten und Sozialisten eine bedeutende Rolle spielen (Spanien, Italien). Keine nichtkommunistische Partei ist jedoch bereit, ein Bündnis einzugehen, in dem Kommunisten eine natürliche, unumstrittene Führungsrolle zukommen wird und die die nichtkommunistischen Partner zu einer Unterordnung unter die Prinzipien des Marxismus-Leninismus zwingen. So verzichten etwa die PCI und PCE offiziell auf einen Hegemonieanspruch innerhalb der angestrebten breiten Volksbündnisse, während die PCF gegenüber der PSF einen solchen zumindest theoretisch noch vertritt.

Die eurokommunistischen Parteien beurteilen ihr Verhältnis zu den Sozialisten und Sozialdemokraten zum Teil prinzipiell anders als die orthodoxen Kommunisten, da sie eine prinzipiell andere Auffassung haben über die Bedeutung der demokratisch-parlamentarisch verfaßten Staaten und über die Methode der Überwindung kapitalistischer Gesellschaftsstrukturen. Obgleich die eurokommunistischen

Positionen zum bürgerlich-parlamentarischen Staat denen der Sozialdemokraten näherstehen als denjenigen des Marxismus-Leninismus, beurteilen sie die Politik der Sozialdemokraten dennoch außerordentlich skeptisch bis ablehnend. Dies mag auch mit Abgrenzungsproblemen zusammenhängen.

So stellte etwa Enrico Berlinguer auf dem Treffen der kommunistischen Parteien in Ost-Berlin 1978 fest: „Die von den Sozialdemokraten beschrittenen Wege haben sich, obgleich sie in diesem oder jenem Land bestimmte Verbesserungen in den Lebensbedingungen der Werktätigen erreichten, als unfähig erwiesen, zu einer wirklichen Überwindung des Kapitalismus zu führen.“

Diese eindeutige Auffassung steht den orthodox-kommunistischen Auffassungen über das Wesen der Sozialdemokratie näher als man es für eine Partei erwarten könnte, die auf einen politischen Ausschließlichkeitsanspruch verzichtet und ein breites Bündnis mit den wesentlichen demokratischen Parteien anstrebt, also auch einschließlich der Sozialisten und Sozialdemokraten, um eine sozialistische Transformation zu erreichen. Ähnlich äußert sich Santiago Carillo in seinem Buch „Eurokommunismus und Staat“. Der Sozialdemokratie wirft Carillo vor, daß sie den Kapitalismus lediglich verwaltet, bzw. besser verwaltet, will als die bürgerlichen Parteien, ihn jedoch nicht, wie die Eurokommunisten es anstreben, umzugestalten.

Dann jedoch fährt Carillo mit einer interessanten Überlegung fort: „Die historischen Gründe für die Teilung von Kommunisten und Sozialisten bestehen. Wir Kommunisten stehen, soweit es uns betrifft, voll und ganz zu unserer Geschichte mit all ihren Erfolgen, Irrtümern und Fehlern, ohne abzuschwören und ohne sie in eine Siegeslegende zu verwandeln. Wir behandeln sie mit kritischem Geist.“

Wenn die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien ihrerseits einen ähnlichen Prozeß mehr oder minder offen durchmachen – denn zuweilen kritisieren die einen wie die anderen politischen Parteien sich eher selbst, indem sie ihre Strategie und Taktik korrigieren, statt, zumindest in der ersten Zeit, eine Untersuchung der Geschichte vorzunehmen –, wenn das eintritt, dann gibt es keinen Grund, weshalb die Spaltung des Jahres 1920 nicht überwunden werden und ein Zusammengehen auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus und der Demokratie erreicht werden könnte. Ich glaube, daß ein derartiger Prozeß der Entwicklung zugrunde liegt, die in Frankreich zur Linksunion geführt hat.“

Giorgio Amendola bezieht eine dritte Position. Er sieht in der Spaltung in Sozialdemokraten und Kommunisten ein historisch notwendiges Ergebnis der Arbeiterbewegung. Diese Spaltung begreift er jedoch nicht denunziatorisch, sondern als eine Bereicherung des politischen Spektrums innerhalb

der Demokratie und der Arbeiterbewegung. Es bestehe deshalb kein Interesse daran, das historische Erbe der Sozialisten sich einzuverleiben bzw. zu liquidieren. In einem Interview mit Piero Melograni sagt er: „Die sozialistische Partei bildet ihrerseits unserer Meinung nach eine Komponente, deren Verschwinden für die italienische Gesellschaft von Nachteil wäre. In ihr verkörpert sich eine bestimmte Tradition der Arbeiterbewegung, eine bestimmte Art der Arbeitermilanz, die anders sind als bei uns. Oder besser ausgedrückt: Ihre Existenz rechtfertigt die Spaltung von Livorno. Die Spaltung von Livorno ist gerechtfertigt durch die Tatsache, daß es eine sozialistische Partei gibt, die sich von der unseren unterscheidet; unterscheidet durch den Typus der Milanz, durch die Form der politischen Ausbildung und durch den Lebensstil. Wir sind zwei Kräfte, die auf gleichem historischen Boden gewachsen sind, sich dann an einem bestimmten Punkt getrennt haben, die aber das Bewußtsein ihrer gemeinsamen Anfänge weitertragen.“

Fünf Widersprüche des Eurokommunismus

Eine einheitliche Politik der eurokommunistischen Parteien existiert nicht. Wenn es dennoch sinnvoll ist, von eurokommunistischen Parteien zu sprechen, so deshalb, weil ihnen die Abkehr von der traditionellen Lehre des Marxismus-Leninismus, insbesondere seiner Revolutionstheorie, gemeinsam ist.

In entscheidenden politischen Orientierungen, etwa der Frage des Führungsanspruchs der kommunistischen Parteien innerhalb des angestrebten Bündnisses mit nichtkommunistischen Parteien, der Frage der militärischen Bündnisse (Nato, Warschauer Pakt, Neutralität) oder der Bedeutung der Überführung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Staats Eigentum, bestehen große Differenzen.

Entscheidend für eine Beurteilung der eurokommunistischen Parteien werden jedoch nicht diese grundlegenden politischen Orientierungen sein, sondern die Verwirklichung ihres demokratischen und sozialistischen Programms und die tatsächliche Abkehr von der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie.

1. Der verbalen und theoretischen Abkehr von der kommunistischen Revolutionstheorie steht die zwar oft distanzierte, jedoch noch eindeutige Einbindung der eurokommunistischen Parteien in die nach Moskau orientierte kommunistische Weltbewegung entgegen.

2. Es muß als Widerspruch erscheinen, wenn kommunistische Parteien, die den untrennbaren, sich gegenseitig bedingenden Charakter von Demokratie im Sinne unseres pluralistisch parlamentarischen Verständnisses und Sozialismus postulieren, die Staaten Osteuropas als sozialistisch bezeichnen.

3. Als Widerspruch zur angestrebten Politik der weiteren Demokratisierung der Gesellschaft muß das Konzept des „historischen Kompromisses“ erscheinen, der praktisch auf die Bildung einer Altparteienregierung mit christdemokratisch-kommunistischer Führung hinausläuft, d. h. auf die Beseitigung starker demokratischer Oppositionsparteien. Ob durch eine solche Politik nicht die extremistischen Flügel (maoistische u. ä. Parteien und Neofaschisten) erstarken und die Demokratie aus den Angeln heben, bleibt zumindest eine offene Frage.

4. Alle eurokommunistischen Parteien betonen das Bündnis mit nichtkommunistischen Parteien, vor allem mit Sozialisten und Christdemokraten. Die postulierte Gleichberechtigung der Parteien innerhalb des Bündnisses steht jedoch in Widerspruch zur These der Führungsrolle der Arbeiterklassen und deren Partei, der kommunistischen Partei.

5. Sozialdemokraten wird vorgeworfen, sie seien nicht in der Lage, die kapitalistische Klassengesellschaft zu überwinden, bzw. sie verwalteten lediglich den Kapitalismus, gleichwohl fordern Kommunisten Sozialdemokraten auf, gemeinsam ein Regierungsbündnis einzugehen, das die sozialistische Transformation der Gesellschaft bewerkstelligen soll.

Horst Helmann: Die Kommunistische Partei Italiens auf dem Wege zum demokratischen Sozialismus?

Ob die zunehmende politische Verantwortung der KPI bis hin zur Regierungsbeteiligung in Rom ausgedehnt wird, ist zwar nicht in erster Linie ein Problem der deutschen Sozialdemokraten, sondern der italienischen Christdemokraten. Dennoch ist auch für die deutschen Sozialdemokraten und für die Sozialisten der anderen europäischen Länder von größtem politischen Interesse, welche Rolle künftig die KPI in der italienischen Politik spielen wird.

Entscheidend für die Beurteilung einer Regierungsbeteiligung der KPI ist die Frage, ob der mit dem Begriff Eurokommunismus verbundene politische und theoretische Kurswechsel ernsthaft und unwiderruflich ist oder nur ein taktisches Manöver, um an der Macht beteiligt zu werden.

Unter dem Gesichtspunkt, auf welche Weise die politische Demokratie in Italien, und damit auch in Westeuropa, gestärkt werden kann, sei hier folgende These formuliert: Wenn dieser Kurswechsel der Kommunistischen Partei Italiens tatsächlich ernsthaft ist, dann wäre es zu begrüßen – im Interesse einer Stärkung der Demokratie in Italien und in Westeuropa –, wenn diese Kommunistische Partei zunehmend an der politischen Verantwortung in Italien beteiligt würde, und zwar sogar bis hin zur Regierungsbeteiligung in Rom: Denn eine solche Regierungsbeteiligung der Kommunistischen Partei Italiens könnte die gefährlichen politischen und sozialen Konflikte entschärfen und auf diese Weise zum Abbau einer Konfrontation und gefährlichen Entwicklung beitragen. Mit anderen Worten: Durch eine Beteiligung der Kommunistischen Partei Italiens an der Regierungsgewalt könnte die soziale, politische und ökonomische Stabilität gestärkt werden, was gleichzeitig eine Grundlage für eine Stärkung der Demokratie wäre, weil demokratische und liberale Entwicklungen am ehesten gefährdet sind in politischen, ökonomischen und sozialen Krisensituationen.

Ernsthafter Kurswechsel?

Von besonderer Bedeutung für die Antwort auf die Frage, ob der Kurswechsel der KPI ernsthaft ist, ist die Frage: Würden sich die Kommunisten wieder aus der Regierung herauswählen lassen, würden sie, einmal an der Macht, aus demokratischer Überzeugung freiwillig auf diese Macht verzichten? Auf diese Frage kann man nicht mit wissenschaftlich verbindlichen Beweisen antworten, man kann sie weder vollkommen bejahen, noch verneinen.

Es gibt aber einige Fakten und Argumente, die für die eine und solche, die für die andere Antwort sprechen. Es gibt Fakten und Argumente, die dafür sprechen, daß dieser Kurswechsel sehr vorsichtig zu beurteilen und nicht ohne weiteres als eine endgültige Wende hin zu einem demokratischen Sozialismus anzusehen ist.

Ein immer wieder vorgebrachtes Argument ist, daß die politischen, theoretischen, philosophischen Grundpositionen des Marxismus-Leninismus weitgehend aufrecht erhalten worden sind, daß nur an der Oberfläche, in der politischen Programmatik für die tagespolitischen Aussagen wesentliche Änderungen vorgenommen wurden, daß aber die theoretischen Grundlagen gerade für den Gedanken oder die Konzeption der Diktatur des Proletariats aufrechterhalten geblieben sind. Ein Hinweis dafür: In den Reden auch der Eurokommunisten in Italien erfolgt immer wieder ein Verweis auf die Position Lenins. Dabei wird Lenin oft zustimmend zitiert, um eine eigene eurokommunistische demokratische Position zu begründen.

Ein weiteres Argument, das oft vorgetragen wird, lautet, daß vielleicht zwar in der Führungsspitze ein ernsthafter Wandel im politischen Denken erfolgt sei, daß dieser Wandel aber noch nicht die wichtigen mittleren Funktionäreschichten ergriffen hat, was bei einer so gut organisierten Partei mit über 1,7 Millionen Mitgliedern natürlich ein sehr wichtiger, politisch wirksamer Faktor ist.

Ein weiterer Faktor wäre die Organisationsstruktur der Kommunistischen Partei Italiens, die weiter nach dem Prinzip des Demokratischen Zentralismus strukturiert ist, also nach dem leninistischen Prinzip, das nicht mit unseren Vorstellungen von innerparteilicher Demokratie zu vereinbaren ist.

Und ein letztes Argument: Trotz aller Kritik an der Sowjetunion ist der offene Bruch und die offen ausgesprochene Abkehr vom sowjetischen System bisher vermieden worden.

Das sind einige Fakten und Argumente, die gegen die Annahme einer ernsthaften Wende sprechen. Als Fazit aus diesen hier kurz zusammengefaßten Argumenten könnte man die Schlußfolgerung ableiten: Die tatsächliche Abweichung der Kommunistischen Partei Italiens von den nicht-demokratischen Positionen des Marxismus-Leninismus ist in Wirklichkeit nicht so groß, wie es an der Oberfläche erscheint, weil die Kommunistische Partei nur aus taktischen Gründen unter den gegebenen Umständen in Italien versucht, den Eindruck zu erwecken, daß sie sich weiter von diesen Positionen des Marxismus-Leninismus entfernt habe, als sie es tatsächlich getan hat.

Den Schwerpunkt meines Beitrags möchte ich aber auf die anderen Fakten und Argumente legen, nämlich jene, die die Antwort begründen können, daß dieser Kurswechsel tatsächlich ernsthaft, tiefgreifend und nicht mehr rückgängig zu machen ist.

In diesem Sinne möchte ich das Fazit aus den eben genannten Argumenten genau umkehren und die Gegenthese formulieren: Die von der KPI tatsächlich vollzogene Abkehr vom Marxismus-Leninismus und damit von den politischen und

theoretischen Positionen Moskaus ist in Wirklichkeit noch größer und tiefgreifender, als es in den Selbstdarstellungen der Kommunistischen Partei Italiens erscheint. Aus taktischen Gründen versucht die Kommunistische Partei Italiens, ihre Abkehr von den Positionen des Marxismus-Leninismus sogar zu untertreiben. Dies aus mehreren Gründen: einmal natürlich aus Rücksicht auf ihre eigenen Anhänger, die immerhin Jahrzehnte in orthodoxen theoretischen Positionen geschult worden sind, aber auch aus Rücksicht auf linksintellektuelle Kritiker, die der Kommunistischen Partei ja immer wieder Sozialdemokratisierung vorwerfen; schließlich auch aus einer gewissen Rücksicht auf die Sowjetunion, weil man den wirklich offenen Bruch mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vermeiden will. Daher also meine These: Die tatsächliche Abkehr von den marxistisch-leninistischen Positionen ist in der Kommunistischen Partei Italiens sogar größer als in den Selbstdarstellungen der führenden Repräsentanten dieser Partei.

Das zeigt sich unter anderem an dem schon erwähnten Beispiel, daß eurokommunistische Vertreter, besonders in der KPI, sich zur ideologischen Begründung ihrer demokratischen Position auf Lenin berufen und daß sie theoretische und politische Positionen mit Lenin begründen, die Lenin in seiner Zeit schärfstens verurteilt und abgelehnt hat, über die er seinen beißenden Spott ausgegossen hat und die für ihn tatsächlich indiskutabel gewesen sind.

Ein Wandlungsprozeß mit Tradition

Jetzt noch einige grundsätzliche Argumente für die These, daß dieser Wandlungsprozeß tatsächlich ernsthaft und tiefgreifend ist: Dieser Wandlungsprozeß vollzog sich in den letzten Jahren nicht plötzlich aus opportunistisch-taktischen Gründen, um an der Regierung teilhaben zu können, sondern hat eine lange Tradition in der Geschichte der Kommunistischen Partei Italiens selbst. Bereits in den 20er Jahren entwickelte sich unter dem geistigen und politischen Einfluß Antonio Gramscis eine eigenständige theoretische und politische Tradition in der KP. Damals, in den 20er Jahren allerdings, das ist wichtig zu betonen, ohne daß offen gegen die Position der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Stellung genommen wurde. Ein weiterer wichtiger Faktor, der den Wandlungsprozeß der Kommunistischen Partei beeinflußt hat, war ihre Beteiligung am Widerstand gegen den Faschismus und gegen die deutsche Besatzung und die Beteiligung am demokratischen Neubeginn in Italien nach 1944. Daraus entwickelte sich eine starke eigenständige, demokratische und auch besonders nationale Komponente und ein pragmatisches politisches Verhalten, das darin zum Ausdruck

kam, daß die Kommunistische Partei Italiens, vor allem auch Togliatti (Palmiro Togliatti [1893–1964], Mitbegründer der KPI [1921] und dessen Generalsekretär [1947–1964]), immer wieder betonten: Wir wollen nicht nur revolutionäre Thesen, Utopien, Konzepte verkünden, sondern wir wollen aktiv in das politische Geschehen unseres Landes eingreifen, dort Einfluß gewinnen, uns beteiligen, und zwar auf der Grundlage politischer Kompromissbereitschaft und in der Zusammenarbeit mit anderen politischen und geistigen Gruppen.

Dieser Prozeß der Demokratisierung der Kommunistischen Partei Italiens wurde dann eher durch einen äußeren Faktor unterbrochen, nämlich durch den Kalten Krieg, der letzten Endes die Ursache dafür war, daß die Kommunistische Partei Italiens 1947 aus der Regierung hinausgedrängt wurde. Aber, und das wäre wiederum eine These, gerade diese dann einsetzende Stalinisierung in der Kommunistischen Partei Italiens ist nicht so tiefgreifend gewesen, wie in anderen kommunistischen Parteien.

Nach Stalins Tod (1953) wurde dann aber dieser Prozeß der eigenständigen politischen und theoretischen Entwicklung in der Kommunistischen Partei Italiens bald wiederaufgenommen. Togliatti gehörte zu den konsequentesten Kritikern des Stalinismus nach dem XX. Parteitag (1956). Er bemühte sich um eine viel radikalere Kritik des sowjetischen Systems, und das nicht nur mit der Alibiargumentation, nach der alles auf Stalin als Repräsentant des sogenannten Persönlichkeitskultes geschoben wurde, sondern anhand einer Analyse der ökonomischen, sozialen und politischen Grundlagen der stalinistischen Entartung. In diesem Zusammenhang formulierte er das Konzept des Polyzentrismus: daß es keine führende kommunistische Partei geben kann, daß die einzelnen kommunistischen Parteien autonom sind und das Recht auf einen eigenen Weg zum Sozialismus haben, unabhängig von den Vorbildern der Sowjetunion.

Konzept des „historischen Kompromisses“

Dieser Wandlungsprozeß, der nach Stalins Tod wieder einsetzte, wurde in den letzten Jahren beschleunigt. Dies geschah wiederum durch ein äußeres Ereignis, nämlich den faschistischen Militärputsch in Chile gegen die demokratische Regierung Allendes. Dieser Militärputsch in Chile wurde zum Auslöser für das Konzept des „historischen Kompromisses“.

In der Berichterstattung werden die Begriffe „Volksfront“ und „historischer Kompromiß“ immer wieder verwechselt. Aber gerade das Konzept des „historischen Kompromisses“ der KPI ist eben nicht ein Konzept der Volksfront, sondern eindeutig

sogar eine Alternative zu einer Volksfront-Strategie, wenn man unter Volksfront-Strategie die enge Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zur Abwehr einer faschistischen Gefahr versteht, eventuell noch unter Beteiligung von linken Radikaldemokraten. Gerade das Konzept der Volksfront wird von den italienischen Kommunisten wegen der Erfahrungen in Chile im Unterschied gerade auch zur KPF und zur Konzeption in Chile abgelehnt. Die Argumentation, die auch schon in der Nachkriegszeit und im Widerstand eine wichtige Rolle spielte, war dabei, daß zur Lösung der politischen Probleme in Italien die Zusammenarbeit zwischen breiten sozialen, geistigen und politischen Kräften notwendig ist. Dieses Konzept wurde im Widerstand bereits praktiziert. Bereits vor dem Begriff „historischer Kompromiß“ tauchte immer wieder das Argument auf, daß in Italien eine Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten politischen und geistigen Strömungen, nämlich zwischen Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten bzw. den katholischen Kräften notwendig ist, weil eine Spaltung oder eine Konfrontation zwischen diesen Kräften nur eine Gefährdung der Demokratie bedeuten würde und keineswegs eine Chance für die Verwirklichung eines sozialistischen Konzeptes wäre.

Aus diesem Konzept also, das schon in der Widerstandsbewegung angelegt war, das aber durch die Ereignisse in Chile neue Aktualität erhielt, wurde der Gedanke des „historischen Kompromisses“ entwickelt, der eindeutig sagt, daß breite Kreise der italienischen Gesellschaft zusammenarbeiten müssen, um die tiefe ökonomische, politische, aber auch geistige Krise ihres Landes, ihrer Gesellschaft zu überwinden. Von linker Seite wird den Kommunisten immer wieder vorgeworfen: Ihr wollt ja erst 51 % der Bevölkerung in freien Wahlen gewinnen, ehe ihr überhaupt sozialistische Politik macht, worauf die italienischen Kommunisten antworten: Im Gegenteil, selbst 51 % der Wähler auf unserer Seite würden für eine sozialistische demokratische Umgestaltung einer Gesellschaft noch nicht ausreichen. Denn eine Konfrontation zwischen 51 % der Bevölkerung und den übrigen 49 % würde nur zu einer Gefährdung der Demokratie führen.

Nur einige Stichworte, die belegen sollen, daß in den Konzepten der KPI eine wirklich radikale Absage an die orthodoxe marxistisch-leninistische Position zum Ausdruck kommt: Revidiert wurde in der Kommunistischen Partei Italiens die sogenannte orthodoxe Verelendungstheorie und die Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus, nämlich die Erwartung, daß der Kapitalismus sich selbst strangulieren würde und daß dann in einer solchen Krisensituation die Chance für sozialistische und

kommunistische Bewegungen besteht, eine neue Gesellschaft zu errichten. Dagegen haben die Kommunisten Italiens ihre Hoffnung nicht auf die Krise gesetzt, sondern ihr Bemühen ist es, einen konstruktiven Beitrag zur Überwindung der Krise zu leisten, in der sich die italienische Gesellschaft befindet. In diesem Zusammenhang haben sie ein eindeutig reformistisches und revisionistisches Konzept entwickelt, meines Erachtens ein in der Tat sozialdemokratisches Konzept im besten Sinne des Wortes, wonach die gesellschaftlichen Veränderungen nicht in einem einzigen revolutionären Akt, sondern in einem längeren Transformationsprozeß, in einer graduellistischen Transformationsstrategie anzusehen sind. Damit ist auch eine Absage sowohl an die politische Revolution als auch an das Konzept der Diktatur des Proletariats erteilt, weil politische Revolution und Diktatur des Proletariats in der klassischen orthodoxen Theorie eng miteinander verbunden sind.

Beitrag zu größerer Stabilität

Noch einige Stichworte zum Regierungsprogramm: Durch eine Regierungsbeteiligung möchte die KPI u. a. erreichen, daß Italien mehr produziert, daß eine neue Arbeitsmoral im Dienste der Nation entsteht, daß die Produktivität gesteigert wird, daß durch bessere Technologien die italienische Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig wird und daß die ökonomische Effizienz auch bei sozialen Veränderungen aufrechterhalten und gesichert wird. Sozialismus wird nicht als Nahziel angegeben, sondern als ein längerfristiges Ziel. Man stellt nicht mehr hier kapitalistische und dort sozialistische Gesellschaft strikt gegenüber, sondern man geht davon aus, daß man im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft bereits sozialistische Elemente verwirklichen kann, daß es also so etwas wie eine Koexistenz oder auch einen „historischen Kompromiß“ zwischen kapitalistischen und sozialistischen Elementen in der Gesellschaft gibt.

Auch zum Problem der Verstaatlichung sind die Aussagen eindeutig: man sträbt keine Ausdehnung des staatlichen Wirtschaftssektors an, weil nach Auffassung der KPI dieser staatliche Sektor bereits umfangreich genug ist; es komme nur darauf an, diesen staatlichen Sektor effizienter einzusetzen.

Mit ihrem Programm für eine Regierungsbeteiligung möchten die italienischen Kommunisten auch einen Beitrag zu einer größeren demokratischen Stabilität nicht nur in Italien, sondern auch in Europa leisten. Es gibt bekanntlich eine Studie des amerikanischen Außenministeriums, in der ebenfalls die These vertreten wird, eine Beteiligung der Kommunistischen Partei Italiens an der Regierung würde die politische und soziale Stabilität West-

europas und damit zumindest die politische Position Westeuropas in der Auseinandersetzung mit Osteuropa stärken.

Aktive EG-Politik

Die KPI ist auch die eurokommunistische Partei, die am stärksten für die europäische Integration eintritt und diesen Wechsel von einer Gegnerschaft zur Befürwortung der europäischen Integration schon wesentlich früher vollzogen hat, unter anderem unter dem Einfluß der starken Gewerkschaftsbewegung, die an einer Kooperation und tritt aus der NATO hält man auch unter interessiert war. Daher soll nach Auffassung der KPI Italien keineswegs aus der EG austreten, sondern im Gegenteil noch aktiver und konstruktiver in den europäischen Institutionen mitarbeiten.

Selbst das militärische Bündnis des Westens wird von der KPI nicht in Frage gestellt. Einen Austritt aus der Nato hält man auch unter internationalen Gesichtspunkten nicht für sinnvoll, da dies den Entspannungsprozeß nicht fördern, sondern im Gegenteil schädigen würde. Indirekt wurde sogar angedeutet, daß das NATO-Bündnis auch die KPI vor einer „brüderlichen Hilfe“ der großen Sowjetunion schützen könne.

Abschließend noch einige Bemerkungen zum

Thema Sozialdemokratie und Eurokommunismus: Die SPD braucht die Ausstrahlungskraft, die gegenwärtig von der KPI ausgeht, nicht zu fürchten. Sie kann sogar mit Genugtuung und Stolz den Wandlungsprozeß in den europäischen kommunistischen Parteien zur Kenntnis nehmen, die mit ihren Kurskorrekturen den historischen Streit über die politische Strategie der Arbeiterbewegung endgültig zugunsten der revisionistisch-reformistischen Position des deutschen Sozialdemokraten Eduard Bernstein entschieden haben.

In einer an Frustration so reichen Zeit kann der Wandlungsprozeß im Eurokommunismus auch Anlaß zu Hoffnung bieten: Besonders die Entwicklung der KPI hat gezeigt, daß auch große Organisationen und Parteien trotz eines mächtigen Apparates und einer konservativen Ideologie noch wandlungsfähig, lernfähig und innovationsfähig sind.

Der vorstehende Artikel basiert teilweise auf einem Referat des Autors während eines Seminars des Managementinstituts Hohenstein.

horst mahler: staatsstreu in werl
hans kung: mein gott kreisky
michael siegert: fritz adlers vatermord 1916
friedrich geyrhofer: trauriges dreieck
subliteratur: untergangscommune wien
23 seiten Öliteratur: pataki kamenko/herzog
zeemann kerschbaumer zimmermann

mai/juni
1978

NEUES

FORUM

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Ich bestelle ☐ obiges Heft, um öS 44 DM/sfr 6,50 ☐ ein Gratisprobeheft ☐ 1 Jahresabo um öS 320 DM/sfr 48 (☐ Student öS 240 DM/sfr 36 / Nachweis!) / Diese Anzeige fand ich in:
NAME _____ ADRESSE _____

Karl-Ludolf Hübener: Reden allein schaffen keine gerechtere Weltordnung Die SI in Dakar

Erstmals tagte die Sozialistische Internationale auf dem afrikanischen Kontinent. Die zweitägige Sitzung (12./13. Mai) des SI-Büros in Dakar stellt zweifellos einen weiteren Schritt auf dem Wege von einer Euro-Internationale mit einigen mehr oder weniger bedeutenden außerkontinentalen Anhängseln zu einer tatsächlich weltumfassenden Internationalen dar. Die Caracas-Konferenz führender europäischer Sozialdemokraten mit lateinamerikanischen Politikern im Mai 1976, Nahost, Afrika und Lateinamerika-Missionen und nicht zuletzt der von manchem als Neuaufbruch bezeichnete Genfer-SI-Kongreß 1976 waren zusätzliche Stationen auf dem langen Marsch demokratischer Sozialisten auch in die Dritte Welt. SI-Präsident Willy Brandt in Dakar: „Die Internationale hat an Reputation gewonnen; sie ist für die Mitgliedsparteien wieder zu einer attraktiven Organisation geworden, und sie hat einen nicht zu unterschätzenden politischen Einfluß zurückgewonnen.“

Dennoch tut man sich schwer, die Eurolastigkeit ein wenig konsequenter abzuschütteln. Die in Dakar für die Vancouver-SI-Konferenz (3.–5. November) präsentierte Referentenliste hat eindeutig Euro-Schlagseite und ist korrekturbedürftig. Unter einem Dutzend Experten ist mit Michael Manley zur Zeit nur ein Vertreter der Dritten Welt nominiert. Und es mutet nicht nur „komisch“ (Jamaikas Außenminister Patterson) an, daß zum Thema „Südliches Afrika“ lediglich zwei Europäer auf der Vorschlagsliste stehen.

Zu starre Aufnahmekriterien

Leicht dürfte das Engagement der SI in Afrika sicherlich nicht fallen, da die politischen Strukturen in zahlreichen Ländern mit dem wenig flexiblen Aufnahmeprinzip der SI kollidieren. Außer Mauritius hat sich bislang nur die senegalesische Sozialistische Partei bei der SI eingeschrieben. Von einer mehr oder weniger lupenreinen Verwirklichung der Prinzipien westlicher Demokratien mit einem pluralistischen Parteiensystem – wie von Staatspräsident Leopold Senghor für den Senegal in Anspruch genommen – kann nicht die Rede sein. Es stellt sich deshalb immer drängender die Frage, ob an dem weitgehend europäisch geprägten starren SI-Aufnahmekriterium be-

dingungslos festgehalten werden kann und ob europäische Sozialisten afrikanische Sozialisten, die zunehmend über ein Einparteiensystem ihren eigenen Weg zum Sozialismus gehen wollen, links liegenlassen sollten.

Willy Brandt hat 1975 in einem Gespräch mit Bruno Kreisky und Olof Palme richtungsweisend die harte Prinzipienkruste aufgebrochen: „Die Doktrin der Internationale erschwert zum Beispiel den Kontakt mit den Parteien vieler Länder – wie etwa Schwarzafrikas –, weil ihre insoweit richtigen Grundsätze nicht mit dem Phänomen der Monoparteien zu vereinbaren sind... Und nun existieren dort oft Gliederungen innerhalb ein und derselben Partei, von denen man sagen kann, sie könnten woanders auch in unterschiedlichen Parteien organisiert sein. Warum also nicht befreundete Kräfte, sozialistisch sich empfindende und tatsächlich so eingestellte Parteien oder Parteigruppierungen in Afrika dazu bringen, daß sie allein oder in einer Gruppierung mit den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in Europa nicht nur ad hoc, sondern mit einer gewissen Regelmäßigkeit zusammenarbeiten?“

Eine Prinzipienreform sollte jedenfalls die unterschiedlichen, in der jeweiligen Tradition verankerten oder aus dieser zu entwickelnden politischen, ökonomischen und sozialen Partizipations- und Selbstbestimmungsmodelle berücksichtigen – sofern sie mit den Zielen des demokratischen Sozialismus – Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – übereinstimmen. Ein Beharren auf Euro-demokratischen Vorstellungen könnte leicht zu einem die SI in Afrika isolierenden Bumerang werden, zu einer Stagnation der SI-Aktivitäten führen und den bereits geäußerten Verdacht einer unverändert „kolonialistisch“ lehramtsheftigen Attitüde verstärken.

Afrikanische Sozialistische Internationale?

Es ist jedenfalls noch nicht ausgemacht, ob die von Staatspräsident Senghor für Ende 1978 angekündigte Gründung einer afrikanischen Sozialistischen Internationale mit einem Dutzend Parteien das gewünschte breite Forum sein kann. Nicht nur, daß einige Splittergruppen aus verschiedensterlei Gründen nie die viel umworbenen Massen erreichen und mehrheits-

fähig werden. Sondern es ist auch Vorsicht geboten gegenüber nicht nur in Afrika agierenden Gruppierungen und Parteien, die herrschenden ökonomischen Interessen dienen, jedoch konjunkturbedingt ihre Liebe zum demokratischen Sozialismus entdecken und die SI mit wohlgesetztem Sozialdemokratie-Vokabular zu umgarnen suchen. Vorbehalte weckt auch die von der senegalesischen Mitgliedspartei betriebene simple Einteilung Afrikas in ein marxistisch-leninistisches, liberales und demokratisch-sozialistisches Lager. Eine genauere Untersuchung mit einem differenzierteren Instrumentarium — nicht nur von einem Land gestellt — wird unumgänglich sein. Was auch wohl für die aktuellen Konfliktherde gilt.

Willy Brandt teilte die Unruhe des senegalesischen Präsidenten „angesichts des Anwachsens ausländischer Interventionen in die Angelegenheiten des afrikanischen Kontinents“. Verwies Senghor zunächst allgemein auf die von Senegal eingebrachte Resolution der Organisation für die Einheit Afrikas (OAU), die jegliche ausländische Interventionen in die inneren Angelegenheiten eines afrikanischen Staates verdammt, so wurde er später einseitig eindeutig, indem er die in Afrika je nach Optik „helfenden“ oder „intervenierenden“ Kubaner als Beispiel zitierte. Gleichzeitig beklagte er unerschwellig die Inaktivität des Westens, wobei er geflissentlich die in Afrika stationierten französischen Militäreinheiten unerwähnt ließ, die beispielsweise vom Senegal aus Einsätze gegen die um die Unabhängigkeit der Westsahara kämpfende Polisario flogen, was wiederum von der mit der Polisario in Kontakt stehenden PSOE Spaniens verurteilt wird. Der Antrag, eine sogenannte „fact-finding“-Mission der SI durch die in den Krieg verwickelten Länder zu schicken, mußte aufgrund senegalesischer Einwände zurückgestellt werden.

Neue Weltwirtschaftsordnung

Wesentlich größer war der Konsens, als der zentrale Diskussionspunkt der Bürositzung — Beziehungen zwischen Norden und Süden / Neue Weltwirtschaftsordnung — auf die Tagesordnung kam. Jeweils zwei Vertreter der Industrieländer — der niederländische Ex-

Entwicklungsminister Jan Pronk / EG-Kommissar für Entwicklung, Claude Cheysson — und der Dritten Welt — Jamaikas Außenminister P. J. Patterson und Habib Thiam, Mitglied des Politischen Büros der senegalesischen Sozialistischen Partei — führten in die Thematik ein. Der SI-Präsident bündelte abschließend Vorschläge und Gedanken zu folgenden Forderungen:

- Hauptaufgabe sei es, die öffentliche Meinung und die Entscheidungsebene zu beeinflussen;
- Vorbereitung einer Expertise für Vancouver, die der Wechselbeziehung zwischen der Krise in den industrialisierten Ländern und der Entwicklung höchste Aufmerksamkeit zollt.
- Die Grundbedürfnisse spielen eine zentrale Bedeutung, wobei die Länder der Dritten Welt eigene Strategien zur Befriedigung der Grundbedürfnisse entwerfen müßten.
- Einbeziehung Osteuropas in den Nord-Süd-Dialog.

Umstritten ist beim letztgenannten Punkt lediglich der Zeitpunkt. Es wird nicht ohne Grund befürchtet, daß das Nord-Süd-Thema bei einer Teilnahme osteuropäischer Staaten zum jetzigen Zeitpunkt von der Ost-West-Diskussion überlagert und allenfalls über die Frage, „wer für die gegenwärtigen Ungerechtigkeiten verantwortlich zu machen ist“ (Patterson), polemisiert würde.

Die pessimistische Einschätzung geringer Fortschritte in den Nord-Süd-Beziehungen möchte Hans-Jürgen Wischniewski unter Verweis auf die Konvention von Lomé, die trotz ihrer Unzulänglichkeiten ein Modell für die weltweite Entwicklung sei, nicht gelten lassen. Habib Thiam dämpfte die optimistische Einschätzung, indem er den 9 EG-Staaten, insbesondere der Bundesrepublik und Großbritannien, die UNCTAD-Konferenz in Nairobi vorhielt, wo diese gegenüber den Forderungen der Dritten Welt keine Einsicht à la Lomé gezeigt hätten.

Neudefinition gemeinsamer Interessen

Aus dem momentanen Stillstand, der wesentlich auf den mangelnden politischen Willen der Industrieländer zurückzuführen sei, führt laut Jan Pronk eine Neudefinition der gemein-

samen Interessen heraus. Wenn auch kurzfristig eine Neue Weltwirtschaftsordnung Nachteile für die entwickelten Staaten (z. B. höhere Preise für Produkte aus der Dritten Welt) mit sich brächte, so sei langfristig politisch und ökonomisch eine Änderung des alten gescheiterten Systems sinnvoll und notwendig: Die Interdependenz demonstriere, daß nicht nur die Entwicklungsländer Importe aus den Zentren benötigten, sondern auch die Industrieländer in steigendem Maße auf die Dritte Welt als Rohstoff- und Energiequelle, Verarbeiter und Exportmarkt angewiesen seien. Die Weitergabe von Nukleartechnologie an Entwicklungsländer mache eine neue Ordnung aus Gründen der Sicherheit und des Friedens wünschenswert. Gewalt werde aus Mangel an besseren Zukunftsperspektiven provoziert. Pronk: „Armut und Arbeitslosigkeit sind nur erträglich, wenn Hoffnung auf Besserung in einer nicht zu fernen Zukunft besteht.“

Änderung der Werte und Strukturen

Anknüpfend an die Erkenntnis, daß ein Konzept nationaler und internationaler Entwicklung auf der Analyse von Unterentwicklung als Resultat ungleicher Verteilung von ökonomischer und politischer Macht basiert, schlägt Pronk eine Änderung der ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen vor – verbunden mit Wandlungen des herrschenden Werte- und Normensystems u. a.: Soziale Gerechtigkeit; Selbstvertrauen; Solidarität; Wohlstandswachstum; am Menschen statt am Kapital orientierte Entwicklungsprozesse; effiziente Nutzung der Naturschätze sowie Bewahrung ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Menschenrechte treten in den Vordergrund. Zur Verwirklichung bietet Pronk ein breitgefächertes integriertes Politikinstrumentarium an, das von einer selektiven Wachstumspolitik, einer entschiedenen Erhöhung der Entwicklungshilfe und der Exporterlöse der Dritten Welt, einer Reform der Währungspolitik bis zu strukturellen Reformen der Entscheidungsprozesse reicht: So zum Beispiel über extranationale mit gewissen Vollmachten ausgestattete Institutionen und durch eine Stärkung der UNO als „einzigem Forum, in dem alle Völker der Welt über ihre Regierungen repräsentiert sind“. Ein neues System inter-

nationaler Rechte und Pflichten sei aber nicht ausreichend, wenn nicht komplementär innenpolitische Konsequenzen gezogen, d. h. die Strukturen in Entwicklungs- und Industrieländern geändert würden.

Die Ausführungen wurden allgemein von Nord- und Süd-SI-lern als „völlig akzeptabel“ gewürdigt und ergänzt. Ein massiver Ressourcentransfer sei dringend, den Transnationalen Unternehmen mit ihrer weltumspannenden Strategie müsse eine gemeinsame Strategie entgegengesetzt werden, weshalb die Gewerkschaften stärker eingebunden und angesprochen werden sollten, um gegebenenfalls eine eventuelle Konfrontation zwischen Arbeitern der Dritten Welt und Industriestaaten zu verhindern.

Folgen den Worten keine Taten?

Jamaikas Außenminister Patterson sprach allerdings die Sorge aus, daß man die Zeit mit Reden – „was wir tun sollten“ – verbringe und den Worten keine Taten folgten. Es bestehe die Gefahr, daß die demokratischen Sozialisten nicht in der Lage seien, zu verwirklichen, was von ihnen erwartet würde und dann Diktaturen extrem rechter oder linker Couleur Platz machen müßten. Deshalb seien folgende Schritte zu einer nicht nur im nationalen Rahmen der Gleichheit und Gerechtigkeit verpflichteten Politik einzuleiten:

1. Ohne Vorbehalt die Notwendigkeit einer Neuen Weltwirtschaftsordnung akzeptieren und zu einem grundlegenden internationalen Anliegen machen.
2. Die Innenpolitik in den Ländern der SI-Mitgliederparteien daraufhin untersuchen, ob diese die weltweite Ungerechtigkeit mit verursacht.
3. Für die Vancouver-Konferenz einen entsprechenden Aktionsplan entwerfen. Patterson: „Der Sinn und Zweck der Tagung ist verfehlt, wenn wir nicht klar sagen, was wir wollen.“

Aufgezwungene Lösungen

Die Dringlichkeit konkreter Schritte unterstrich auch der internationale Sekretär der venezolanischen Regierungspartei Accion Democratica, Enrique Tejeria Paris: „Die Zeit arbeitet gegen uns. Mit der Verschlechterung

der Terms of trade wachsen Macht und Möglichkeiten des Imperialismus, der Dritten Welt seine „Lösungen“ aufzuzwingen.“ Die drastisch ansteigende Verschuldung zahlreicher Staaten der Dritten Welt mag dem Venezolaner dabei vorgeschwebt haben. Und als jüngstes Negativ-Beispiel vielleicht Peru, das vor dem wirtschaftlichen Bankrott steht und sich dem Diktat des von den ökonomisch mächtigen kapitalistischen Staaten dominierten Internationalen Währungsfonds (IWF) unterwerfen mußte. Die IWF-kommandierte Wirtschaftsanrierung bedeutet nichts anderes, als gerade die sozialen Ansätze der „peruanischen Revolution“ zugunsten der schwächsten Volksschichten zu opfern, zu liberaler Wirtschaftspolitik zurückzukehren und den Transnationalen uneingeschränkten Freiraum zu gewähren.

SI in Lateinamerika

Größeres Verständnis für die ökonomischen und politischen Probleme forderte ebenfalls die vom portugiesischen Ministerpräsidenten Mario Soares geleitete Mission durch Lateinamerika (15.–28. März) in ihren Empfehlungen für die Büro-Sitzung in Dakar: Das gelte vor allem für Mitgliedsparteien in den Industriestaaten und insbesondere für SI-Mitglieder, die Regierungsgewalt ausübten! Die Delegation, die in Jamaika, in der Dominikanischen Republik, in Venezuela, Costa Rica und Mexiko mit Politikern und Exilierten konferierte, kommt zu dem Schluß, daß die Präsenz der SI in Lateinamerika und die Zahl der Mitgliedsparteien auf dem Kontinent dringend erhöht werden müsse. Das SI-Komitee für Lateinamerika und die Karibik und die Gründung eines Informations- und Propaganda-Zentrums der SI könnten zusätzlich im Kampf für die Menschenrechte und gegen diktatorische Regime, für die Schaffung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung und gegen die ökonomische Ausbeutung durch den Imperialismus helfen.

Daß SI-Aktivitäten und permanente Kontakte sinnvoll und effektiv sein können, unterstreichen die Wahlen in der Dominikanischen Republik und das vom jamaikanischen Premier, Michael Manley, angestrebte informelle Treffen einflußreicher Regierungschefs des Westens und der Dritten Welt, um dem festgefahrenen

Nord-Süd-Dialog neue Impulse zu geben. Jamaika führt 1978 den Vorsitz in der „Gruppe der 77“, der über 100 Entwicklungsländer angehören. Der Zeitpunkt liegt noch nicht weit zurück, da die regierende People's National Party nicht mehr so recht an eine auch für die Dritte Welt positive Perspektive der SI-Politik glauben mochte und einige führende PNP-Köpfe mit dem Gedanken an einen Austritt spielten ...

Die politische Treuepflicht

von Edmund Brandt (Hrsg.):
Rechtsquellen zur Geschichte des
deutschen Berufsbeamtentums. Mit
einer Einleitung von Hans Mommsen.
C. F. Müller Juristischer Verlag
Karlsruhe und Heidelberg 1978,
256 S., DM 19,80

Die allzuoft totgesagte Geschichte feiert heute nicht nur in kommerziell ausgewerteter Nostalgie und landespolitischen Jubiläumsfestlichkeiten Urständ; es ist auch auf einem anderen Gebiet gründlich für das Wiederaufleben unseres historischen Bewußtseins gesorgt: in der Radikalenfrage. Die Gegner unserer radikalen Erlasse haben immer wieder an unbequeme Parallelen aus den zahlreichen „Hexenjagden“ der unbewältigten Vergangenheit erinnert — aus der Gegenauflärung im Umfeld der französischen Revolution; der „Demagogenverfolgung“ im Anschluß an die Karlsbader Beschlüsse; der Restauration nach 1848; der Bismarckschen Sozialistenverfolgung; der reaktionären Rechtsprechung während der Weimarer Republik und den Endlösungsversuchen des Dritten Reiches. Doch auch die Befürworter der wehrhaften Demokratie zitieren die Geschichte, obschon seltener, in ihrem Sinne herbei. Insbesondere die der „wehrlosen“ Weimarer Republik. Die Voraussetzungen für soviel unverhoffte Geschichtsbeflissenheit haben die „Väter“ unseres Grundgesetzes selber mitgeschaffen: Der Artikel 33 Abs. 5 greift bekanntlich auf die „hergebrachten Grundsätze“ des Berufsbeamtentums zurück. Wie diese näher verstanden werden sollen, haben Gesetzgebung und Rechtsprechung bestimmt; wie sie darüber hinaus womöglich verstanden werden müssen, zeigt die rechtsgeschichtliche Tradition. Das Buch von Brandt und Mommsen bietet dazu die bisher umfassendste Dokumentation; außerdem drückt es sich nicht vor

einer historisch-kritischen Stellungnahme.

Der durchgehende Bezugspunkt der Sammlung ist die Treueformel, die heute dem Kandidaten des öffentlichen Dienstes von den Beamtengesetzen und den Radikalen-Erlässen des Bundes und der Länder vorgeschrieben wird: nämlich „durch sein gesamtes Verhalten die Gewähr dafür“ zu bieten, daß er „jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes“ eintritt, und zwar aktiv, der sonst auferlegten politischen „Mäßigung und Zurückhaltung“ ungeachtet.

Rechtsverbindlich ist damit eine besondere Treuepflicht für den Beamten, die seine gesamte Existenz, die inner- wie die außerdienstliche, die gegenwärtige wie die vergangene und (prognostisch) die zukünftige betrifft; die ihn im Tausch gegen seine „wohl-erworbenen“ Standesrechte in der Wahrnehmung seiner Grundrechte beschneidet und trotz der Erlaubnis, „an Erscheinungen dieses Staates Kritik“ zu üben, „jetzt und jederzeit“ der jeweiligen „verfassungsmäßigen Regierung“ gilt.

Die Wurzeln dieses wahrhaft umfassenden Rechtsbegriffs? Lauter „hergebrachte Grundsätze“, die, wie es die Dokumentation schlagend zeigt, vom Absolutismus über das Metternichsche System und das Wilhelminische Deutschland bis zum Nationalsozialismus reichen. Schlimm, aber wahr zu sagen: Drei wesentliche Bestandteile der Treueformel des Dritten Reiches („gesamtes Verhalten“, „jederzeit“, „die Gewähr dafür bieten“) sind in der unsrigen wieder zu zweifelhaften Ehren gelangt.

Natürlich ist damit nicht der Eindruck einer totalen „Wiederkehr des Gleichen“ von den Autoren beabsichtigt. Der Leser der Dokumentation wird sich wahrscheinlich die Überlegungen des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil vom 17. 12. 1953 zu eigen

machen, das sich mit der heiklen Kontinuität der altpreußischen Tradition im NS-Beamtengesetz auseinandersetzt, bevor es den rettenden Unterschied betont: „Man hat zwar darauf hingewiesen, daß die ‚Verfolgung der geistigen Genese des Deutschen Beamtengesetzes‘ erkennen läßt, daß das ‚Gesetzgebungswerk des Jahres 1937 ... das Ergebnis einer langen organischen Rechtswicklung war.‘ ... Eine solche Betrachtungsweise ist jedoch nur für diejenigen Bestimmungen gerechtfertigt, die den ... formal-rechtlichen Inhalt des Beamtenverhältnisses regeln.“ Ob man aber auch mit dem Mehrheitsbeschuß vom 22. 5. 1975 (es gab auch Gegenstimmen) die Ahnengalerie des deutschen Obrigkeitsstaates akzeptiert: „Die Geschichte des deutschen Berufsbeamtentums seit dem Ende des 18. Jahrhunderts ... kennt — unbeschadet von Veränderungen im Verständnis dieses Spezifikums je nach den wechselnden Verfassungsordnungen (Hervorhebung vom Verf.) — eine besondere Bindung des Beamten. ... In der absoluten Monarchie galt sie der Person des Monarchen als dem Repräsentanten des Staates, in der konstitutionellen Monarchie dem verfassungsrechtlich gebundenen Monarchen, der jenseits des politischen Streits stand und seine ‚Staatsdiener‘ auf das Gemeinwohl verpflichtete. In der Republik bestand sie fort“? In dieser erstaunlichen Aufzählung erscheint den Herausgebern allenfalls Weimar als unverdächtig Zeuge; doch sie haben mit Recht hervor, daß das „Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik“ von 1922 die amtliche Treuepflicht betonte, und zwar zur Befestigung der republikanischen Staatsform gegen die herrschenden reaktionären Traditionen. Und der „Beschuß des preußischen Staatsministeriums“ vom 25. 6. 1930, der den Beamten wohlaukgewogen sowohl die NSDAP-

wie die KPD-Mitgliedschaft untersagte, ist von der Disziplinargenrichtbarkeit durchweg „mäßig und zurückhaltend“ gegen „rechts“, aber „rückhaltlos“ gegen „links“ angewandt worden. Im übrigen wurde schon zwei Jahre später mit dem sog. „Preußenschlag“ das Verbot der NSDAP-Mitgliedschaft aufgehoben, dafür ein Jahr später das der SPD-Mitgliedschaft ergänzt.

So bleibt mit den Autoren der Eindruck „vordemokratischer beamtenrechtlicher Vorstellungen“ vorherrschend – von einer Beamtentugend, die sich als wandel- und reibungslose Funktionstüchtigkeit „unbeschadet“ der wechselnden Spezifika begreift; im Rahmen einer obrigkeitstaatlichen Tradition, die sich selber von der „absoluten Monarchie“ datiert, vom Dritten Reich formal „nicht allzu stark verändert worden“ ist und sich heute in der Tat als das „Ergebnis einer langen organischen Rechtsentwicklung“ darstellt. Wie heißt es noch in dem zitierten Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22. 5. 1975: „Das Verhältnis von Meinungsfreiheit und Treuepflicht ... hat seine Geschichte.“ Was zu beherzigen wäre.

Ludger Lütkehaus

Wodka – Cola

Die gefährliche Kehrseite der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West
Von Charles Levinson
Rowohlt Verlag, Reinbek 1978,
237 S., DM 24,-

„Mit der wachsenden Anzahl der Geschäfte der Koproduktion und der Gemeinschaftsunternehmen laufen wir Gefahr, daß die Kritik und jegliche Opposition ge-

gen die Entspannung zunehmend unterdrückt werden, um jede kritische, öffentliche und demokratische Diskussion zu ersticken. Dieses Werk wurde geschrieben in der Hoffnung, daß es zur Eröffnung einer freien und öffentlichen Auseinandersetzung über die Probleme und Gefahren der Entspannung beitragen möge“.

Mit diesen Sätzen beschließt der auch in Deutschland nicht unbekannte Wirtschaftswissenschaftler und Generalsekretär des Internationalen Bundes der Chemiarbeiter, Charles Levinson, sein neuestes Buch, das zunächst 1977 in Frankreich erschien und nun in einer gekürzten deutschen Ausgabe vorliegt. Und mit genau diesen Sätzen ist auch bereits die zentrale These des Autors umschrieben: Entspannung ist nichts anderes als die stillschweigende Übereinkunft der Eliten in Ost und West, sich gegenseitig zu unterstützen, die bestehenden Privilegien zu sichern und aus der ökonomischen Zusammenarbeit beiderseitigen Profit zu ziehen. Entspannung ist mit anderen Worten nur eine Funktion ökonomischer Interessen.

Die Konsequenz lautet daher folgerichtig: Die Arbeiterbewegung in Ost und West kann an dieser Art von Entspannung keinerlei Interesse haben, da sie notwendig zur Verkrustung der bestehenden Gesellschaftsstrukturen führt. Zwar versieht Levinson seine Aussage noch mit einem Fragezeichen, doch bestehen für ihn offensichtlich keinerlei Zweifel an der bevorstehenden „negativen Konvergenz“ der beiden Gesellschaftsstrukturen. Den deutlichsten Hinweis auf diese „negative Konvergenz“ – d. h. eine Zunahme der autoritären und zentralistischen Entwicklungen in Ost und West, die zugleich zum Abbau bestehender demokratischer Strukturen führen – glaubt Levinson in der sich ausbreitenden Praxis der Koproduktion zwischen Ost und West zu erkennen.

Doch was heißt hier „Koproduktion“? Gemeint ist damit eine Entwicklung, von der zur Zeit alle „Hochlohnländer“ der westlichen Industrielwelt betroffen sind: nämlich die zunehmende Investitionsflucht der Unternehmen – insbesondere der Multis – in die „Billiglohnländer“ vor allem der Dritten Welt. Daß die westlichen Konzerne dabei auch die politisch (relativ) stabilen, weit autoritären Ostblockstaaten als Investitionsgebiete schätzen gelernt haben, um den „Fängen“ der mächtigen Gewerkschaften im Westen zu entfliehen, veranlaßt den Gewerkschaftler Levinson, das ganze „Gerede“ über Entspannung als fadenscheinige Umschreibung seitens der Konzerne für Ausbeutung abzuqualifizieren.

In der Praxis läuft diese Koproduktion so ab: Die westlichen Firmen liefern Technologie und Know-how an ein osteuropäisches Land, das wiederum den Boden, die Bauten und vor allem die Arbeitskraft stellt. Die westlichen Regierungen gewähren zinsgünstige Kredite, um das Werk zu finanzieren sowie den Transport des Materials, der Maschinen und die Ausbildung der Arbeiter. „Sobald das Projekt in Angriff genommen worden ist, werden die endgültigen Produkte unter den Partnern nach den vertraglich festgelegten Anteilen aufgeteilt. Ein Teil der Produktion wird dem östlichen Partner für seinen Binnenmarkt oder für den Export zugeteilt ... Ein bedeutender Teil, gewöhnlich der größte, wird normalerweise dem direkten Export zugedacht, der beständigen Quelle harter Devisen. In Höhe dieser Exporte werden den westlichen Banken die Ausgangsarbeiten zurückgezahlt, die sie zum Start des genannten Projekts gewährt haben.“

So gibt es eigentlich nur Gewinner an dieser Koproduktion: Die westlichen Konzerne, die Banken, die Regierungen und die herrschenden Eliten im kommunisti-

schen Machtbereich. Als Verlierer bleiben „lediglich“ die Arbeiter in Ost und West auf der Strecke; erstere werden zu Lasten der Konzernprofite ausgebeutet, letztere verlieren durch die Investitionsflucht ihre Arbeitsplätze.

Sieht es wirklich so trübe aus? Natürlich läßt sich nicht bestreiten, daß ein Staat, der kein Streikrecht und staatlich festgesetzte Löhne kennt, für die Konzerne eine große Attraktivität besitzt; dies gilt für faschistische Staaten ebenso wie für kommunistische. Nur, wer aus dieser unbestreitbaren Tatsache die gesamte Entspannungspolitik seit der Kuba-Krise herleitet, der stellt zwar eine hochinteressante These auf, für die aber selbst der passionierte Journalist Charles Levinson zu wenig handfeste Belege liefert.

Überhaupt wirkt Levinsons Streitschrift, die kaum wissenschaftlichen Ansprüchen genügt (keinerlei Quellenhinweise!), insgesamt überhastet geschrieben. Häufige Gedankensprünge lassen den roten Faden vermissen, Emotionen ersetzen Argumente dort, wo sie für eine überzeugende Gedankenführung unerlässlich wären. So versucht der Verfasser ernsthaft, dem Leser einzusuggerieren, daß die Frage „Kalter Krieg oder Entspannung“ davon abhängt, ob mehr Vertreter von Coca-Cola oder von Pepsi-Cola im Beraterkreis des amerikanischen Präsidenten tätig sind.

Schade, denn die angesprochene Thematik harret noch immer einer überzeugenden Aufarbeitung. Charles Levinson ist bei seinem Versuch gescheitert.

Günter Wohlers

Legitimationsprobleme

der Bundesrepublik

von Martin Kriele

Verlag C. H. Beck, München 1977, 298 S., DM 18,—

Der Verlag kündigt einen interessanten Titel an, der Name des Autors verspricht eine interessante Lektüre und einen großen Lesegewinn. So greift man zum Buch und — ist enttäuscht. Bereits das Inhaltsverzeichnis zeigt lauter alte Bekannte. Was ist geschehen? Hier hat jemand einige Aufsätze zu den verschiedenen Themen zusammengefaßt und zwischen zwei Buchdeckel gebracht. Der kundige Leser fühlt sich geprellt. Ein solches immer mehr einreißendes Verfahren ist nur unter bestimmten Voraussetzungen angemessen und zweckmäßig: wenn es sich um Aufsätze handelt, die verstreut und schwer zugänglich sind. Doch solche Rechtfertigungsgründe sind hier nicht gegeben, denn die Quellen sind leicht zugänglich; „Die Zeit“, „Der Staat“, „Merkur“, „Juristenzeitung“, „Zeitschrift für Rechtspolitik“ u. a.

Wenn sich dennoch die Lektüre lohnt und das Buch hier empfohlen wird, so ist es die Gewichtigkeit der vorgetragenen Argumente, die Aktualität der Themen und die Autorität des Verfassers. Martin Kriele, Kölner Staatsrechtler, nimmt engagiert zur Relativierung des politischen Systems der Bundesrepublik Stellung wie zu den Versuchen, die Gesetzesgeltung infragezustellen (etwa an Hochschulen). Er wendet sich sowohl gegen eine vordergründige Benutzung der politischen Grundbegriffe Demokratie und Freiheit wie gegen Schelskys „pluralistischen Totalitarismus“. Im einzelnen werden u. a. behandelt: Wirtschaftsfreiheit und Grundgesetz, Das demokratische Prinzip im Grundgesetz, Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst — ein unlösbares Problem?, § 218 StGB nach dem Urteil des Bundesverfassungsge-

richts und Grundrechte als Verfassungsauftrag. Im weiteren erhält der Leser einen guten Überblick über den rechtlichen Gehalt des „Deutschland“-begriffs, über die Bedeutung der Ost- und Deutschlandverträge und über das Viermächteabkommen über Berlin. Abschließend befaßt sich Kriele mit den Menschenrechten in der Außenpolitik.

Leitender Gesichtspunkt Kriesles ist die Legitimität d. h. die innere Anerkennung des Staates und seiner Verfassung. „Unter den Bedingungen des modernen demokratischen Verfassungsstaats beruht die Legitimität auf der Überzeugung, daß Staat und Staatsvertretung im großen und ganzen vernünftig begründbar sind, weil sie die verhältnismäßig günstigsten Voraussetzungen für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit bieten und deshalb jeder Alternative vorzuziehen sind“ (so in der Einleitung, S. 7).

Legitimationsprobleme entstehen, wenn daran Zweifel auftauchen. Hat die Bundesrepublik Legitimationsprobleme? Eine bündige Antwort ist schwierig. In der Bundesrepublik haben wir jetzt jedenfalls keine akute, den letzten Jahren der Weimarer Republik vergleichbare Legitimationskrise. Dennoch seien die „Risse“, wie Kriele sagt, deutlich erkennbar, „an denen sich die Brüche vollziehen können, wenn wirtschaftliche Schwierigkeiten und zunehmende Arbeitslosigkeit eine Reduktion des privaten und öffentlichen Lebensstandards erzwingen. Die Legitimationsprobleme haben ihre Virulenz verloren; ob sie auch ihre Tiefenwirkung verloren haben, wird erst die Zukunft erweisen“ (S. 15).

Insbesondere die Beiträge Kriesles zur Deutschland- und Ostpolitik sollen helfen, ihre Bedeutung für unser staatliches Selbstverständnis zu klären, sie vor Fehlinterpretationen zu bewahren und die Diskussion aus Einseitigkeiten zu lösen.

W. B.

Vorwärts: „Hier ist ein Gutschein, der zu schade zum Wegwerfen ist. Denn dafür gibt's ein seltenes Poster. Und drei mal

Bitte diesen Gutschein innerhalb von 14 Tagen einlösen an:

Vorwärts, Postfach 20 09 10, 5300 Bonn 2

Mein Posterwunsch: ☐ Poster Sozialistengesetz
☐ Halbritter-Plakat
☐ Plakat Frauenwahlrecht (bitte ankreuzen)

Hiermit erwerbe ich das Anrecht, den Vorwärts drei Wochen umsonst ins Haus zu bekommen. Das Poster kann ich auf jeden Fall behalten. Vom „Kleingedruckten“ habe ich Kenntnis genommen.

Name _____ Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

NG



Poster 1: Plakat mit einer Karikatur zu den Sozialistengesetzen.



Poster 2: Kurt Halbritter zum Strauß-Aufenthalt in Chile.



Poster 3: Das berühmte Frauenwahlrechtsplakat aus dem Jahre 1914 (farbig).

Vorwärts. Umsonst!"

P.S.: Beachten Sie das Klein

gedruckte.

Wir schenken Ihnen ein Poster. Das behalten Sie auf jeden Fall. Dazu noch ein zweites Geschenk: Dreimal kommt der Vorwärts kostenlos. Sollten Sie nach den Probe-Exemplaren keine weitere Zusendung wünschen, genügt eine formlose Mitteilung innerhalb von 14 Tagen. Antworten Sie nicht, erhalten Sie jeden Donnerstag den Vorwärts per Post. Zum Jahres-Abopreis von DM 72,-. Sie sparen gegenüber dem Einzelverkaufspreis DM 32,-.

Die revolutionäre Illusion

Zur Geschichte des linken Flügels der USPD

Erinnerungen von Curt Geyer
Hrsg. von Wolfgang Benz und
Hermann Graml
Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart 1976, 304 S., DM 28,—

Curt Geyer, dem Historiker der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung vor allem durch sein heute noch beachtliches, 1923 erschienenes Buch „Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Ein soziologischer Versuch“ bekannt, war einer der führenden Akteure in der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges, der Revolution und vor allem in der Phase der Konsolidierung, der Spaltung und des Endes der USPD. 1891 als Sohn des gestandenen Sozialdemokraten Friedrich Geyer geboren, promovierte er mit 23 Jahren in neuerer Geschichte und trat kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges in die Redaktion der Leipziger Volkszeitung ein. Unter dem Einfluß seines Vaters, Reichstagsabgeordneter seit 1886, der seit dem August 1914 zur innerparteilichen Opposition zählte, trat er unmittelbar nach ihrer Gründung der USPD bei. An führender Stelle war er in der Rätebewegung tätig und wurde in die Nationalversammlung gewählt.

Seine besondere Rolle spielte er im Zusammenhang der Diskussion um die Aufnahme der USPD in die Kommunistische Internationale, konkret in der Diskussion um die berühmten 21 Bedingungen. Curt Geyer war einer der entscheidenden Befürworter der Akzeptierung dieser Bedingungen, erhielt demzufolge auch eine wichtige Funktion in der VKPD und reiste 1921 als Vertreter der deutschen Kommunistischen Partei im Exekutivkomitee der Komintern für drei Monate nach Moskau. Sein Weg zur SPD zurück führte über Levi, die KAG und die Rest-USPD. Bis

1933 war er verantwortlicher „Vorwärts“-Redakteur für den Bereich Innenpolitik, übernahm in der Emigration die Chefredaktion des „Neuen Vorwärts“ unter dem Pseudonym Max Klinger, zog sich seit 1941 weitgehend von der sozialistischen Arbeiterbewegung zurück, blieb schließlich im englischen Asyl und erwarb die britische Staatsbürgerschaft. Gestorben ist er 1967.

Die hier veröffentlichten Erinnerungen reichen von der Kindheit bis zum Bruch mit der KPD und der Rückkehr in die USPD. Sie lesen sich gut, zeitweise ist die Lektüre ausgesprochen spannend, und der Leser, der vorher die ganz vorzügliche Einführung des Sachkenners Wheeler zur Kenntnis genommen hat, profitiert trotz der gelegentlichen Fehler und der Manier Geyers, sich in das beste Licht zu setzen, von diesen Erinnerungen.

Überaus plastisch die Schilderung des „Radikalismus“ der Leipziger Arbeiter vor 1914, anschaulich die Analyse des Novembers 1918 in Leipzig, wo glaubhaft wird, wie sehr die Macht auf der Straße lag. Geradezu gespenstisch und abweichend von dem üblichen hagiographischen Quatsch die Schilderung seines Zusammentreffens mit Karl Liebknecht während der Januar-Kämpfe in Berlin und überzeugend, weil durch andere Quellen bestätigt, die schonungslose Kritik an Repräsentanten des linken (Ledebour) und rechten (Gustav Bauer, „einer der geistig beschränktesten, verständnislosen und stursten Figuren der Weimarer Republik und unter den deutschen Gewerkschaftsführern“) Flügels der Partei. Gut und mit unbekannten Tatsachen — wenn auch im einzelnen anfechtbar — seine Darstellung des 13. Januar 1920 und überaus instruktiv die Schilderung des Verlaufs des Parteitagess der USPD vom 12. bis 19. 10. 1920 und die geradezu literarisch wertvolle Cha-

rakterisierung von Sinowjew.

Die Arbeit der Herausgeber ist nur mit einigen Abstrichen positiv zu werten. Zuerst einmal ist unbedingt zu beanstanden, daß das Manuskript Geyers „für den Druck leicht gekürzt“ wurde. So ganz leicht jedenfalls nicht, denn fast zehn Prozent sind wohl weggefallen. Und die Kriterien dafür sind mir jedenfalls nicht einsichtig. Wieso werden, wo alles nach Quellen für eine Sozialgeschichte Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg schreit, 2 1/2 Manuskriptseiten ausgelassen, in denen es um die Wohnverhältnisse der Geyers und die Umgebung geht?

Woher schließlich nehmen sich die Herausgeber das Recht, eine längere Passage über „amoureuse Affären“ im Moskauer Hotel Lux zu unterschlagen? Seitdem ich Herbert Wehners „Notizen 1946“ gelesen habe, weiß ich, daß alles, was in diesen Hotels passiert ist, wichtig sein kann, und man möge die Entscheidung darüber bitte mir, d. h. dem Leser, überlassen.

Überhaupt ist zu sagen, daß die Erinnerungen Geyers weniger durch die Annotationen der Herausgeber als durch die Einführung von Wheeler erschlossen werden, dessen Name allerdings auf dem Umschlag nicht erwähnt wird.

Zum Schluß noch dies: Wenn ein Mann wie Curt Geyer, der während der 20er Jahre ganz offensichtlich auf den rechten Flügel der SPD gerückt und im englischen Exil noch weiter nach rechts abgedriftet ist, in den 60er Jahren so hart mit der Mehrheitssozialdemokratie, mit Ebert, Heine, Noske usw., ins Gericht geht, wie es hier geschieht, ja dann muß doch zwischen 1918 und 1922 etwas ganz entschieden falsch gelaufen sein.

Hans-Josef Steinberg

Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert

von Klaus Tenfelde
Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Bonn-Bad Godesberg 1977,
738 S., DM 98,—

Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation

Bergarbeiterbewegung und kapitalistischer Bergbau im Ruhrgebiet, 1851—1889
von Knut Hartmann
tuduv Verlagsgesellschaft mbH
München 1977, 415 S., DM 36,—

Zwei Neuerscheinungen sind anzuzeigen. Sie betreffen die Geschichte der Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet. Beide weisen über den Rahmen regionalgeschichtlicher Themen hinaus und bieten eine Fülle historischer Darstellungen und Analysen, die für jeden interessant sind, der sich für die Geschichte der Arbeiterbewegung interessiert.

Die Bergarbeiterschaft ist innerhalb eines halben Jahrhunderts aus fast noch ständischen in industrielle Lebensformen hineingewachsen. Die Umwälzungen waren schwerwiegend. Die Bergarbeiter erlebten sie unmittelbar. Die Förderkapazitäten der Bergwerke wurden immer größer, die Schächte immer tiefer, die Bergbaugesellschaften immer größer. Die fortschreitende Industrialisierung führte zu großen und den Arbeitern gegenüber mächtigen Kapitalgesellschaften. Die Wirtschaftsform wurde kapitalistisch, die eigentliche Arbeit des Bergmanns unter Tage aber veränderte sich kaum. Technische Hilfen wurden eingesetzt, um die Kohle zu Tage zu fördern. Der Hauer aber arbeitete vor Ort in kaum veränderter Weise mit den Werkzeugen, die er seit Jahrzehnten und Jahrhunderten verwendete.

Unter der fürsorglichen Obhut einer konservativ gestimmten Bergbaubürokratie hatten die Bergarbeiter bis zur Mitte des

Jahrhunderts keinen Anlaß, andere Formen der Interessenvertretung als gelegentliche Beschwerden oder Unmutsäußerungen zu erproben. Um so unverständlicher war ihnen die Liberalisierung des Bergrechts, wie sie nach der Revolution von 1848/49 einsetzte. Sie mußten erleben, daß überkommene Rechte außer Kraft gesetzt wurden. Sie richteten Beschwerden an die Bergbehörde, mußten zum Ende der fünfziger Jahre jedoch erkennen, daß der neue Adressat ihrer Forderungen die Unternehmer waren. Nach einer bis dahin nicht erlebten guten Wirtschaftskonjunktur mit hohen Wachstumszahlen folgte die erste schwere Wirtschaftskrise. Die Arbeiter waren erstmals auf sich allein gestellt. Es begann ein schwieriger Weg für sie.

Die Bergarbeiter mußten lernen, ihre gemeinsamen Interessen solidarisch gegenüber den Unternehmern zu vertreten. Dabei kam es darauf an, die Erfolgsaussichten des eigenen Vorgehens zu kalkulieren. Die Macht der Unternehmer, staatliches Ordnungsinteresse und zunehmend auch die öffentliche Meinung mußten berücksichtigt und eingeschätzt werden. Dieser Lernprozeß, wie er insbesondere in seinen Irritationen und Rückschlägen von H. geschildert wird, erreichte seine Höhepunkte in den Streiks von 1872 und 1889. Ein Jahr, bevor die Zeit des Sozialistengesetzes zu Ende ging, waren die Bergarbeiter in der Lage, einen gewerkschaftlichen Verband zu gründen. In der Gewerkschaftsgeschichte sollte die Bergarbeitergewerkschaft künftig eine wichtige und entscheidende Rolle spielen.

Beide Veröffentlichungen verfolgen die Geschichte bis zur Gründung der Bergarbeitergewerkschaft mit unterschiedlichen Fragestellungen, aber gleichem Forschungsinteresse. T. gliedert seine Untersuchung in drei große Teile mit spiegelbildlichen Kapiteln und Zwischenüberschriften. Mit Detailreichtum und großer Akribie ver-

folgt er so manche Verästelung des von ihm abgesteckten Problembereichs. Er vermittelt dem Leser interessante Einblicke auch in Teilbereiche wie etwa die Bergrechtsreform und die Lebensverhältnisse im bergmännischen Haus. Wenn dabei der rote Faden der Untersuchung manchmal verloren geht, so muß das vom Leser nicht als Nachteil empfunden werden.

H. stellt dagegen deutlicher auf sein Ziel historischer Analyse ab, den Prozeß der „Orientierungsfindung“ zu untersuchen, wie ihn die Bergarbeiter bis 1889 durchgemacht haben. In straffer, leserlicher Analyse wird herausgearbeitet: die Herausbildung kapitalistischen Wirtschaftsinteresses, seine Auswirkung auf die Arbeitsplatzsituation im Bergbau sowie die soziale Sicherung der Bergarbeiter.

Vor dem Hintergrund der so gewonnenen Ergebnisse werden die Organisationsbemühungen der Bergarbeiterbewegung vor 1889 und im Jahre des großen Streiks auf Probleme, Hemmnisse und Erfolgsaussichten abgeklopft. Das ständige Spannungsverhältnis von Spontanität und Organisation sowie gesellschaftliche Widersprüche und ihre Bedeutung für die Bergarbeiterbewegung werden in subtiler Betrachtung ausgeleuchtet. Die Ausführungen zu den Anfängen staatlicher Sozialpolitik, zur Bergarbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz und zur Legitimationskontroverse unter gewerkschaftlich ausgerichteten Bergarbeitern bei der Verbandsgründung 1889 stachen besonders hervor.

T. behandelt die Vorgänge von 1889 weniger eingehend. Er liefert jedoch zu den Vorstadien materialreiche Darstellungen, die das Bild der Entwicklung zum organisierten gewerkschaftlichen Verband um zahlreiche Einzelheiten bereichern. Da, wo er seine beachtenswert breite Darstellung zur Analyse filtert, wird erkennbar,

daß beide Autoren zu ähnlichen Wertungen kommen. T. bringt sie auf den Nenner „Interessenfindung“, H. auf den Nenner „Orientierungsfindung“. Orientierungsfindung scheint dabei der weitere Begriff zu sein. Die Bergarbeiter kannten wohl ihre Interessen, sie hatten im Verlaufe der Jahre bis 1889 aber lernen müssen, sie in einer kapitalistischen Wirtschaft gegenüber den Unternehmern auf angemessene und erfolgversprechende Weise kampfkraftig durchzusetzen. H. macht dazu die zutreffende Erläuterung, daß dies ein Emanzipationsprozeß gewesen ist.

Emanzipation ist kein Prozeß, der an einem Punkt endgültig ab-

geschlossen ist. H. verweist darauf, daß zuvor vertretene Emanzipationsanliegen erfüllt sein können, neue aber durch gesellschaftliche Veränderungen provoziert werden. Dieser Hinweis trifft auf das Jahr 1889 für die Bergarbeiterbewegung zu. Es bedeutete keinen Endpunkt der Entwicklung. Die Bergarbeiter sollten nur unter weiteren Schwierigkeiten zu der mächtigen Gewerkschaft werden, als die sie später in der Deutschen Geschichte eine wichtige Rolle gespielt haben. Wenn T. das Ergebnis des Streiks und der Verbandsgründung im Jahre 1889 so wertet, daß er die Einübung „Industriegesellschaftlichen“ Verhaltens

bei den Bergarbeitern feststellt, so setzt er einen nicht ganz angemessenen Schlußpunkt.

Beide vorliegenden Veröffentlichungen sind fachhistorische Arbeiten. Sie befinden sich auf der Höhe auch der methodischen Diskussion der Disziplin Sozialgeschichte. Wer sich über einen wichtigen Abschnitt der Geschichte deutscher Arbeiterbewegung im neunzehnten Jahrhundert informieren möchte, sollte sich vom wissenschaftlichen Charakter nicht abschrecken lassen. Die Lektüre lohnt sich. Beiden Büchern ist unter Gewerkschaftern und Sozialdemokraten reiches Leserinteresse zu wünschen. Andreas Merz

Mitarbeiter dieses Heftes

Johannes Rau
Wissenschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen; Landesvorsitzender der SPD NRW

Peter Conrad
SPD-MdB; Architekt

Dr. Dietrich Sperling
SPD-MdB; Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Sigrid Skarpella-Sperk
Wiss. Assistentin am Lehrstuhl für Finanzwissenschaften der Universität München

Gerhard E. Gröndler
Redakteur beim „stern“

Gerhard Jahn
SPD-MdB; Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Heidemarie Wiecezorek-Zeul
Lehrerin; ehemalige Bundesvorsitzende der Jungsozialisten

Hermann Scheer
Mitglied des Parteirats der SPD

Thomas H. Eschbach
Student der Sozialwissenschaften; Stellv. Landesvorsitzender der Jungsozialisten Nordrhein-Westfalens

Ulrich Kalbitzer
Dipl.-Volkswirt; Hilfsreferent im Bundesministerium der Finanzen

Dr. Wilhelm Bruns
Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg

Dr. Reimund Seidelmann
Dozent für Internationale Politik an der Universität Gießen; IUSY-Vizepräsident

Dr. Klaus Funken
Wiss. Mitarbeiter bei der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Horst Heilmann
Dozent bei der Friedrich-Ebert-Stiftung; Mitglied im Vorstand der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus

Dr. Karl-Ludolf Hübener
Chefredakteur von „Nueva Sociedad“, Caracas